



Warum nicht neutral?

Vorbild Schweiz: Wie Deutschland seine Zukunft sichern sollte

Seite 3



Ohne EU und Euro

Europa muss sich neu ausrichten und den Brüsseler Irrweg verlassen

Seite 7



Ehrensold für Wulff?

Erhält der Bundespräsident nach einem Rücktritt jedes Jahr 200.000 Euro?

Seite 2

Nr. 8 | 17.2.2012 | B 2295 | € 2,20

National * Zeitung

DEUTSCHE WOCHENZEITUNG | 62. JAHRGANG



Exklusiv-Interviews zu Syrien:

◀ Alain de Benoist, der weltbekannte Philosoph, enthüllt die Ziele der Koalition gegen Assad.

▶ Alain Soral, französischer Denker, betrachtet die offizielle westliche Version als Kriegspropaganda.



Syrien: Was uns verschwiegen wird

Wer hat den Tod in Syrien gesät? Bilder wie dieses, auf dem Präsident Baschar al-Assad zu sehen ist, wie er einen verwundeten Soldaten in einem Krankenhaus in Damaskus besucht, bringen die scheinbar „klaren Verhältnisse“ durcheinander. Handelt es sich in Syrien wirklich um einen Volksaufstand? Alain de Benoist erklärt: „Es ist offensichtlich, dass es heute in Syrien eine Opposition gegen das herrschende Regime gibt, dass diese Opposition Reformen verlangt und dass der syrische Präsident falsch beraten war, sie nicht früher vorzunehmen. Aber diese Fraktion hat weder die zahlenmäßige Bedeutung, die ihr die westlichen Medien zuschreiben, noch die große Unterstützung im Volk, die man ihr nachsagt. Alles deutet darauf hin, dass Assads Gegner ihre gewaltsamen Aktivitäten ohne die Unterstützung aus dem Ausland nicht durchführen könnten.“ Das Ziel der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs sei es, sich einer Regierung zu entledigen, die sich ihren Forderungen niemals beugen wollte. Dafür ging man eine schmutzige Allianz ein ...

Interviews auf Seite 6

Das Neueste aus Dresden „Debatte um Opferzahlen nicht beendet“

Auf dem von den Dresdner Stadtoberen eingerichteten Internetportal www.13februar.dresden.de steht ein Aufruf der Oberbürgermeisterin und der Fraktionen des Stadtrates. Darin ein bemerkenswerter Satz: „Lassen Sie uns entschieden und zahlreich den neuen Anhängern der schrecklichen alten Ideologie friedlich entgegentreten.“

Wer nun glaubt, das richte sich gegen die Verfechter der Luftkriegsdoktrin, der Dresden zum Opfer fiel, also gegen die RAF-Luftmarschälle Charles Portal und Arthur „Bomber“ Harris, Churchill-Berater Frederick Lindemann und ihre Epigonen, täuscht sich. Denn obwohl es sich um das Gedenken an die Zerstörung Dresdens vor 67 Jahren handelte, wandte sich dieser Appell der Stadtoberen nicht gegen Luftterror, sondern gegen Rechtsextremismus. Thema verfehlt!

Kein Wunder, dass mehr als 2.000 Bürger den Wunsch hatten, einfach nur der Opfer der Zerstörung der Stadt durch alliierte Bomberflotten zu gedenken. Laut Schätzung der „taz“ waren es 2.400. Sie nahmen am Abend des Montag, 13. Februar, am schon traditionellen Dresdner Trauermarsch teil. Aufgrund kurzfristig erteilter polizeilicher Auflagen konnte jedoch nur eine stark verkürzte Ausweichstrecke genutzt werden.

Unmittelbar vor Beginn des Trauermarsches stellten Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse („Straßen und Plätze Dresdens nicht missbrauchen lassen“) und Grünen-Chefin Claudia Roth („Die Nazis sind keinen Meter vorangekommen“) ihr Verständnis von Versammlungsfreiheit erneut unter Beweis.

Szenenwechsel. Vergangene Woche richtete National-Zeitungs-Redakteur Sven Eggers eine Anfrage an das Dresdner Stadtarchiv: „Ist Ihnen der Polizeifunkspruch, der von Engländern am 24. März 1945

abgefangen und entschlüsselt wurde, bekannt? War der Dresdner Historikerkommission dieses Dokument bekannt? Wie bewertet sie dieses?“

Die Rede ist von dem Dokument, auf das der britische Historiker David Irving Anfang 2010 im Londoner „Public Record Office“ stieß, das die National-Zeitung im Februar 2010 veröffentlichte und das in dem Buch „Geheimsache“ erörtert wird. Darin berichtete der Dresdner Polizeipräsident an jenem 24. März: „80 bis 100.000 Vermisstenanzeigen bis jetzt schätzungsweise eingegangen.“ Was „vermisst“ aus damaliger Sicht bedeutete, geht aus einem am 5. April 1945 abgefangenen Polizeifunkspruch hervor, in dem es heißt: „Größter Teil der Vermissten höchstwahrscheinlich total verkohlt, daher nicht (zu) identifizieren.“

Thomas Kübler, Leiter des Stadtarchivs Dresden, geht in seiner Antwort an Eggers auf die Funksprüche nicht ein, aber er erklärt: „Mit der Übergabe des Abschlussberichtes am 17. März 2010 an die Dresdner Oberbürgermeisterin hat die Historikerkommission zu den Luftangriffen auf Dresden vom 13. bis 15. Februar 1945 ihre Arbeit offiziell beendet. Mit dem Abschlussbericht wird die Debatte um die Opferzahlen nicht beendet sein, viel eher findet eine intensive Auseinandersetzung um die vorgelegten Ergebnisse statt.“

Die National-Zeitung ersucht nun die Dresdner Oberbürgermeisterin um Auskunft, ob die beiden genannten Polizeifunksprüche der Historikerkommission, die von 25.000 Toten ausging, bekannt waren und wie die Kommission diese ggf. bewertet hat. Das Büro der Oberbürgermeisterin teilt dazu am 13. Februar 2012 mit: „Wir haben Ihre Anfrage an die Historikerkommission weitergeleitet. Wir werden uns umgehend bei Ihnen melden.“

B. Schreiber

H. J. Vogel als Moralwächter

Der frühere SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel kündigte für Samstag, den 18. Februar, eine Rede beim Dresdner „Fest der Demokratie“ an. Ideal für den unübertrefflichen Konformisten ist das Motto, unter dem der Tag in Dresden steht: „Mit Mut, Respekt und Toleranz – Dresden bekennt Farbe.“ Keiner ist für einen derartigen Auftritt geeigneter als H. J. Vogel.

Über ihn ist in dem von mir herausgegebenen Werk „Prominente ohne Maske“ des Jahres 1984 nachzulesen, ohne dass der Betroffene dagegen vorgegangen wäre: „Er entstammt einem tiefbraunen Nest. Sein Vater amtierte als NS-Dozentenbundführer an der Universität Gießen und erzog seinen Sprössling Hans-Jochen zum strammen Gefolgsmann des ‚Führers‘. Die NS-Karriere des H. J. V. begann in den Reihen des NS-Nachwuchses. Er wurde HJ-Führer, dem selbst sein NS-Vater noch nicht fanatisch genug war.“

H. J. Vogel blieb sich auch als Justizminister treu. In dieser Funktion versuchte er, die National-Zeitung per Sondergesetz („Lex Frey“) zu knebeln.

In „Prominente ohne Maske – Aktuell“, erschienen 2001, heißt es ergänzend, dass Vogel von sozialdemokratischer Seite als „moralische Instanz in Deutschland“ charakterisiert wurde: „Die Qualifikation dafür dürfte er sich insbesondere durch unaufhörliche radikale Vergan-

genheitsbewältigung erworben haben. Wobei er allerdings stets ausspart, dass er, der einstige HJ-Führer und Aktivist in der Bann- und Untergauspielschar Gießen, selbst glühender Nationalsozialist gewesen war und sein Vater, Dr. Hermann Vogel, Adolf Hitler als NS-Dozentenbundführer an der Universität Gießen gedient hatte. Dabei dürfte H. J. Vogel als Chef des Vereins ‚Gegen das Vergessen‘, der er von 1993 bis 2000 war, doch wohl nicht an Gedächtnislücken laborieren, zumindest nicht an solchen, die das Dritte Reich betreffen.“

Vogel, der zuletzt als Unteroffizier der deutschen Wehrmacht angehörte, übernahm „auch noch den Vorsitz des ‚Vereins zur Förderung der Ausstellung ‚Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht‘ und damit die Mitverantwortung für die Manipulationsschau des Gespanns Reemtsma/Heer. Im November 1999 musste er dann – noch griesgrämiger als sonst (laut Berliner Schnauze ist er ‚der Erfinder des Sodabrennens‘) – den Stopp der Schau verkünden: Nicht aus besserer Einsicht, sondern wegen der Enthüllungen ausländischer Historiker. Als Justizminister in Bonn war die ‚moralische Instanz‘ mitverantwortlich für die 1975 vom Bundesverfassungsgericht als grundgesetzwidrig gestoppte ‚Fristenlösung‘ (§ 218).“

Dr. Gerhard Frey

AUSSERDEM LESEN SIE IN DIESER AUSGABE:

► Für mehr Demokratie!

Mehr als 70 Prozent der Deutschen wollen, dass sie über wichtige Beschlüsse zu Europa abstimmen dürfen. So eine neue Umfrage. Warum Volksentscheide auf Bundesebene ein Segen wären. **Seite 5**

► Bundesverfassungsgericht stärkt Versammlungsfreiheit

Das oberste deutsche Gericht stellt klar: Demonstrationen an Gedenktagen wie dem 27. Januar sind nur dann unzulässig, wenn davon Provokationen ausgehen. **Seite 8**

► Bundeswehr als US-Hilfstruppe?

Das auf der kürzlichen Münchner Sicherheitskonferenz diskutierte NATO-Konzept der „intelligenten Verteidigung“: Gefahren, Folgen und Rückschlüsse. Was der Bundeswehr droht. **Seite 9**

► Eckel, Posipal, Herberger

Fußball-Weltmeister Horst Eckel wurde jetzt 80 Jahre alt. Vor 15 Jahren verstarb sein Mitspieler Jupp Posipal. Und der Geburtstag von Trainer Sepp Herberger jährt sich demnächst zum 115. Male. Gründe genug für einen Rückblick auf große Fußball-Stunden. **Seite 11**



DSZ-Verlag
81238 München
info@dsz-verlag.de



Was Wulff noch verlieren könnte

Erhält er nach einem Rücktritt den Ehrensold?

Im Ausland, wie bei seinem Staatsbesuch in Italien vom 13. bis 15. Februar, hat es Bundespräsident Wulff leichter. Dort tritt die Person zurück und die weithin positiven Gefühle für Deutschland kommen dem Repräsentanten zugute. Dagegen war der Empfang des Bundespräsidenten aus Anlass der Berlinale, der 62. Internationalen Filmfestspiele Berlin, auf Schloss Bellevue am 12. Februar für alle Beteiligten qualvoll. „Der Mann ist in so einer Not, dass er nichts mehr zu verlieren hat“, wird einer seiner Gesprächspartner jenes Abends zitiert.

Warum tut Christian Wulff sich das an? Und hat er wirklich nichts

mehr zu verlieren? Ein Blick in das „Gesetz über die Ruhebezüge des Bundespräsidenten“ hilft weiter. Dessen Paragraf 1 lautet: „Scheidet der Bundespräsident mit Ablauf seiner Amtszeit oder vorher aus politischen oder gesundheitlichen Gründen aus seinem Amt aus, so erhält er einen Ehrensold in Höhe der Amtsbezüge mit Ausnahme der Aufwandsfelder.“

„Politische oder gesundheitliche Gründe“

Daraus schließt Hans-Herbert von Arnim, entpflichteter Universitätsprofessor an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften,

in der „Neuen Zeitschrift für Verwaltungsrecht“ vom 30. Januar 2012 in einem Beitrag mit der Überschrift „Warum der Bundespräsident nicht zurücktreten kann“: „Das Gesetz nennt also drei Gründe, die einen Ehrensold zur Folge haben: Ablauf der Amtszeit und Rücktritt aus politischen oder aus gesundheitlichen Gründen. Diese Aufzählung bedeutet zugleich, dass beim Rücktritt aus anderen, z. B. aus persönlichen Gründen kein Ehrensold gewährt wird. Bereits aus dem Wortlaut ergibt sich also, dass der Bundespräsident in einem solchen Fall keinen Anspruch auf Ehrensold erwirbt.“

Von Arnim untermauert diesen Befund mit der Entstehungsgeschichte des Gesetzes: „In der Begründung zum Vorgänger-Gesetz, dem ‚Gesetz über das Ruhegehalt des Reichspräsidenten‘ vom 31.12.1922, wird ausdrücklich festgestellt, dass ein lediglich aus persönlichen Gründen zurücktretender Präsident keinen Anspruch auf das Ruhegehalt besitzt.“ Dies, so von Arnim, gelte auch für den Bundespräsidenten. Denn Bundestag und Bundesregierung hätten sich bei der Gestaltung des Gesetzes Anfang der Fünfzigerjahre eng an das Reichspräsidenten-Gesetz angelehnt.

Von Arnims zusammenfassender Befund: „Bundespräsident Christian Wulff erhielt im Falle seines Rücktritts – entgegen verbreiteter Meinung – keinen ‚Ehrensold‘, es sei denn, die Bundesregierung würde dem Gesetz Gewalt antun.“

Expertisen des Deutschen Bundestags zu Wulffs Ehrensold, die Abgeordnete einholten, bestätigen von Arnims Auslegung nun. Der Wissenschaftliche Dienst des Parlaments ist darin zu dem Schluss gekommen: „Gründe, die im privaten Verhalten des Präsidenten liegen, werden eher keine politischen Gründe“ sein. Politische Gründe im Sinne des Gesetzes seien solche, „die weder gesundheitlicher, privater noch persönlicher Natur sind, da sie im Zusammenhang mit der Gestaltung des öffentlichen Lebens stehen müssen. Hierunter wären wohl insbesondere schwerwiegende Differenzen über die Innen- oder Außenpolitik der Regierung zu fassen.“

Der Bundespräsident ist kein Mann ohne Nerven

In dem erwähnten Fachbeitrag in der „Neuen Zeitschrift für Verwaltungsrecht“ geht von Arnim ungewöhnlich hart mit dem Bundespräsidenten ins Gericht: „Da Wulff auch seine Ministerpräsidenten- und Abgeordneten-pension erst später erhält, er im Falle eines Rücktritts also ziemlich mittellos dastehen würde, wird nun klar, warum er so hartnäckig an seinem Amt festhält und freiwillig kaum zum Rücktritt bereit sein dürfte. Wir werden ihn nicht los, auch wenn er sich für sein Amt disqualifiziert hat.“

Wulff hat aber auch einen bürgerlichen Beruf, er ist Anwalt. Wenn er, der jetzt 52 Jahre alt ist, die restliche Amtszeit durchhält, ist ihm zwar der Ehrensold von 199.000 Euro im Jahr bis an sein Lebensende sicher. Aber die Stimmung auf dem Berlinale-Empfang, der Ton in einer für Trockenheit und Nüchternheit bekannten Juristenzeitung und die „Hart, aber fair“-Sendungen über den Bundespräsidenten legen nahe, dass weitere dreieinhalb Jahre in dieser Lage auch einen Mann ohne Nerven kaputtmachen würden, der Wulff ersichtlich nicht ist.

Bundesbank verkleinert deutschen Goldschatz

Eine nur schwer nachvollziehbare Entscheidung

Man fragt sich, welcher Teufel da die Bundesbanker geritten hat: Während weltweit die Notenbanken ihre Goldvorräte teils massiv aufstocken, um angesichts des sich abzeichnenden Werteverfalls von Euro und Dollar gewappnet zu sein, hat die Deutsche Bundesbank entgegen dem internationalen Trend ihren Goldschatz, wenn auch in geringem Maße, auf jetzt noch 3.396 Tonnen verkleinert. Die Erklärung der Bundesbank, das veräußerte Gold habe der Ausprägung von Euro-Goldmünzen gedient, stieß bei Experten auf Unverständnis. Die Bundesbank hätte sich, so argumentieren sie, das Edelmetall auf dem freien Markt besorgen können, anstatt den deutschen Goldschatz anzugreifen. In den vergangenen fünf Jahren hat die Bundesbank ihren Goldbestand um insgesamt 31,5 Tonnen verringert. Damit steht sie unter allen wichtigen Notenbanken allein da.

Nach Schätzungen haben Zentralbanken aus aller Welt im vergangenen Jahr ca. 400 bis 450 Tonnen Gold zugekauft. Das ist ein erheblicher Anteil an der jährlichen Goldförderung von etwa 2.700 Tonnen und eine Erklärung für die Rallye des Goldpreises, der zudem von der stark gewachsenen Nachfrage privater und institutioneller

Anleger hochgetrieben wird. Vor allem in China geht man davon aus, dass der Dollar seine Stellung als Leitwährung nicht mehr lange halten kann und Gold als Alternative große Bedeutung bekommt.

Noch unverständlicher als der Abbau des deutschen Goldschatzes ist allerdings der Umstand, dass dieser zum größten Teil im Ausland gelagert wird. Auch hier steht die Bundesbank allein auf weiter Flur: Unter den führenden Zentralbanken mit Goldbesitz ist sie die einzige, die nur einen kleinen Teil ihres Goldes auf eigenem Gelände aufbewahrt, nämlich 80 Tonnen, die in ihren Tresorräumen in Frankfurt am Main liegen. Der Rest von rund 98 Prozent befindet sich zum größten Teil bei der Federal Reserve Bank in New York und der Bank of England in London, ein kleiner Teil auch bei der Banque de France in Paris. Hanebüchen ist das Argument der Bundesbank, ein Transport des deutschen Goldes nach Deutschland und die Verwahrung in eigenen Tresoranlagen erscheine wegen hoher Kosten als nicht sinnvoll.

Empfehlung: **Deutsche Medaillen.** Herrliche Sammlerstücke in Gold und Silber (siehe Anzeige auf Seite 15).

Hauptsache friedlich

Wie die Jüdische Gemeinde gegen den Trauermarsch mobilisierte

Eine umfassende Berichterstattung liefert die „Jüdische Allgemeine“ für Aktionen gegen den Dresdner Trauermarsch, der alljährlich dem Gedenken an die Auslöschung der Kultur-Metropole vom 13. bis 15. Februar 1945 gewidmet ist. Die damit befasste Arbeitsgruppe, schreibt die „Jüdische Allgemeine“, „bestehend aus Vertretern der Stadt, aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Sport, Gewerkschaften, Kirchen und der jüdischen Gemeinde, will auf friedliche Weise dagegenhalten. Geplant war, wie schon in den vergangenen Jahren, eine Menschenkette, die die Innenstadt umschließen und an der Synagoge vorbei bis auf die Neustädter Seite führen soll.“

Weiter organisierte die Arbeitsgruppe eine Kundgebung auf dem Schlossplatz. Die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Dresden, Nora Goldenbogen, warnte: „Wir haben nicht vergessen, wie es war, als diese erschreckenden, immer zahlreicher werdenden Umzüge direkt an unserer Synagoge vorbeizogen.“ Während der Arbeitskreis 13. Februar sich das Ziel gesetzt habe, gegen allerlei Aufmärsche zu protestieren, „will das ‚Bündnis Dresden Nazi-

frei‘ rechtsextreme Demonstrationen verhindern und ruft zur Blockade auf“. Öffentlich Sympathie für die Sitzblockade bekunde, so die „Jüdische Allgemeine“, Gemeindeglied Herbert Lappe mit den Worten: „Wo der Rechtsstaat versagt, muss der verantwortungsvolle Bürger eigenständig handeln.“

Unklar bleibt dabei, wo der Rechtsstaat versagt, wenn er ein Demonstrationsrecht im Gedenken an die beim Luftterror Ermordeten durchsetzt. Interessanterweise pflegt die „Jüdische Allgemeine“ in derselben Ausgabe ein regelrechtes Heldegedenken. Unter der Überschrift „Am 9. Mai in Uniform“ ist zu lesen, dass „unser größter Stolz die Kriegsveteranen“ sind. Unter den Einwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion gebe es viele, die mit der Waffe gekämpft und Deutschland befreit hätten. Eine Aktivistin: „Wir feiern mit unseren Veteranen den 9. Mai, singen die Lieder der Kriegszeit, erzählen über die Taten unserer Helden. Ich ziehe dazu eine Militär-Uniform an, wie sie die Soldatinnen im Zweiten Weltkrieg getragen haben.“ Die Schwiegermutter habe „ein passendes schönes Kostüm für die Feier des 9. Mai“ maßgeschneidert.

Sehr verehrter Leser!

Zu den Hauptanliegen der National-Zeitung zählt die Verhinderung der Auflösung Deutschlands. Wir wollen nicht mehr Europa, sondern mehr Deutschland! Das Kartell der Bundestagsparteien aber – mit Ausnahme eines Teils der Linkspartei – will unser exzellentes Grundgesetz umkehren und Deutschland mehr noch als bisher fremden Mächten unterwerfen u. a. in NATO, EU und durch vom deutschen Steuerzahler finanzierte Euro-Rettungsschirme.

Entsprechend dem Willen der übergroßen Mehrheit unseres Volkes wenden wir uns entschieden gegen deutsche Militäreinsätze außerhalb Mitteleuropas und gegen jede Kriegspolitik. Merkel und Genossen wollen uns als Satelliten der „westlichen Wertegemeinschaft“ an allen möglichen Konflikten teilhaben lassen, die uns nichts angehen. Die National-Zeitung aber beherzigt Bismarcks Mahnung, sich von fremden Kriegen unbedingt fernzuhalten.

Einführung und Beibehaltung des Euro waren der reine Wahnsinn. Selbstverständlich geht Europa nicht unter, wenn der Euro als bald endlich verschwindet. Unser Vorbild ist die Schweiz, die ein halbes Jahrtausend hindurch ihre Selbstständigkeit und Souveränität bewahren konnte, so wie wir es auch für ganz Mitteleuropa anstreben.

Sie, sehr verehrter Leser, haben schon bisher vorbildlich unsere gemeinsame gerechte Sache gefördert. Darum bitte ich Sie auch heute. Vermerken Sie das von Ihnen gewünschte auf dem Bestellschein Seite 16 und wählen Sie aus den Abonnement-Angeboten auf der letzten Seite. Leiten Sie mir Ihre Bestellung bitte per Telefax: 089/8341534 oder per E-Post: dr.frey@national-zeitung.de zu. Gerne können Sie auch anrufen unter 089/896085-69.

Ihnen, sehr verehrter Leser, meine allerbesten Wünsche und die herzlichsten Grüße

Dr. Gerhard Frey

Dr. Gerhard Frey

Ein Gewinn für unsere Rohstoffversorgung

Kooperationsabkommen mit Kasachstan freut deutsche Wirtschaft

Vergangene Woche vereinbarten die Wirtschaftsminister von Deutschland und Kasachstan, Philipp Rösler und Aset Issekeshov, im Berliner Bundeskanzleramt eine Rohstoffpartnerschaft zwischen ihren Ländern. Künftig dürfen deutsche Unternehmen nach Metallen der Seltenen Erden in Kasachstan suchen. Diese Mineralien verdanken ihren Namen dem Umstand, dass sie tatsächlich selten gefunden werden. Da sie zur Herstellung von Hochtechnologieprodukten benötigt werden, sind sie von wachsender Bedeutung.

Ferner wurde vereinbart, dass die deutsche Wirtschaft Kasachstan bei der Industrialisierung helfen wird. Entsprechende Verträge schlossen der Siemens-Konzern für seine Eisenbahnsparte, der Industriegasehersteller Linde, der Chemiekonzern Lanxess und der Stahlkonzern Thyssen-Krupp. Der bei der Unterzeichnung im Bundeskanzleramt anwesende kasachische Staatspräsident Nursultan Nasarbajev bezifferte den Umfang der Verträge auf 4,5 Milliarden Euro.

Die Kooperation mit Kasachstan dürfte sich für Deutschland als sehr hilfreich erweisen. Die zentralasiatische Republik ist bereits der drittgrößte Öllieferant Deutschlands und nicht nur reich an Seltenen Erden, sondern verfügt darüber hinaus über die fünfgrößten Rohstoffvorkommen der Welt an Metallen, Rohöl, Erdgas, Uran und Gold. Dementsprechend begrüßte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) die Vereinbarungen mit Kasachstan lebhaft. Und Eckhard Cordes, Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, erklärte: „Wir brauchen solche Kooperationen, um die deutsche Wirtschaft vor Rohstoffengpässen zu schützen.“

Die im Kern wirtschaftsfeindlichen „Grünen“ hingegen kritisier-

ten die Vereinbarungen und warfen dem kasachischen Präsidenten „undemokratisches Verhalten und Unterdrückung von Oppositionellen“ vor. Ein solches Verhalten, nämlich bundesdeutsche Vorstellungen von Demokratie und Menschenrechten anderen Ländern aufzuzwingen zu wollen, wird in der Welt zunehmend als Anmaßung empfunden. In der ehemaligen Sowjetrepublik Kasachstan mit ihrer Vielzahl an unterschiedlichen Völkern herrschen nun einmal andere Bedingungen als in Mitteleuropa und die Kasachen haben alles Recht, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Und was die Unterdrückung von Oppositionellen betrifft, so herrschen auf diesem Gebiet auch in der Bundesrepublik keine goldenen Verhältnisse, wovon vor allem die nationale Opposition ein Lied singen kann.

National * Zeitung

Herausgeber: DR. GERHARD FREY
BRUNO WETZEL (verantwortlich für redaktionellen Teil und Anzeigen). ERIK JANUS (Chef vom Dienst). Sämtliche in Paosostraße 2, 81243 München. Verlag: DSZ – Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH, Paosost. 2, 81243 München, Telefon (089) 896 08 50, Telefax (089) 834 15 34. E-Post: info@dsz-verlag.de Internet: http://www.dsz-verlag.de • Druck: DSZ Druck GmbH, Paosost. 2, 81243 München. Erscheinungsweise: wöchentlich freitags zum Einzelpreis von 2,20 €. Abonnements nimmt der Verlag entgegen. Bezugspreis (inkl. 7% MwSt.) 9,50 € monatlich. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Zeitungslieferung oder Rückzahlung des Bezugsgeldes. Abonnement-Kündigung: 3 Monate zum Ende des Kalenderjahres. • Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet. • Für unverlangt eingesandte Manuskripte sowie Quellen irgendwelcher Art übernimmt der Verlag keine Haftung; sie werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt. • Zurzeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 27. Sie fußt auf einem Grundpreis von 3,- € zzgl. MwSt. (3,57 € inkl. MwSt.) für Privatanzeigen bzw. 3,90 € zzgl. MwSt. für Geschäftsanzeigen für die ein-spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil und 7,90 € zzgl. MwSt. für die einspaltige mm-Zeile im Textteil. • Verantwortlicher Herausgeber für Belgien: Hubert Verhelst, Beeweg 21, 8310 St. Kruis/Flandern
Erfüllungsort München. ISSN: 0340 – 1421

Neutralität als Rettung

Welche Chancen hat Deutschland?

Von Dr. Gerhard FREY

Die Gretchenfrage lautet: Welche Ziele verfolgt die deutsche Politik? Vor dem Zusammenbruch der Mauer wollte Merkel die Vorherrschaft der Sowjetunion stärken, seitdem die Stellung der USA und Israels. Wie aber sehen die deutschen Lebensinteressen aus? Was kann geschehen, damit wir nicht in Kriegen und am Ende einem Dritten Weltkrieg untergehen?

NATO als Gefahr für den Weltfrieden

Nicht den Wünschen unseres Volkes entspricht die Zugehörigkeit zu fremdgeführten Militäralianzen wie der NATO. Entsprechend den Praktiken in der 250-jährigen Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika reiht sie zum Ausbau ihrer weltweiten Dominanz einen Konflikt an den anderen, meist pharisäerhaft verklärt durch angebliche Verteidigung von Menschenrechten. Auch die letzten Abenteuer brachten Hunderttausenden Unschuldiger den Tod und zerstörten weite Landstriche. Der Überfall auf Libyen soll die Erdölschätze sichern. Der Irak wurde ruiniert und dem Terrorismus preisgegeben. Der Abzug aus Afghanistan erfolgt jetzt vorzeitig, wenn auch nicht in so wilder Flucht wie einst in Vietnam. Als Nächstes soll der Iran überfallen werden, der schon im vergangenen Jahrhundert infolge seines Erdölreichtums neokolonialistischer Gier ausgesetzt war.

Freundschaft mit allen Staaten und Völkern rund um die Welt.

Nationalstaat statt Völkerkerker

Die antideutsche Propaganda hat Berlin ein Streben nach Weltherrschaft unterstellt. Um diesen Anwurf zu untermauern, hat US-Präsident Roosevelt wiederholt Horrorszenarien erfunden, wie die Deutschen via Island, Grönland, Neufundland oder über Brasilien und Mexiko in die USA eindringen wollten. In Wirklichkeit haben solche Vorstellungen auf deutscher Seite nie bestanden. Berlin hat gewiss in Konkurrenz mit Paris und London seit der Gründung des Zweiten Reiches die Führung in Europa angestrebt. Doch die Weltherrschaft übten andere aus. Das waren zuerst Griechen und Römer, dann Spanier und Portugiesen, weiter Engländer und Franzosen und sind heute, mit Einschränkungen, die USA.

Was aber dient dem deutschen Volk? Verteidigungsminister de Maizière pries auf der Sicherheitskonferenz in München die Bundesrepublik „als bevölkerungsreichstes Land, stärkste Volkswirtschaft Europas und drittstärkste Exportnation der Welt“. De Maizière's Schlussfolgerung: „Die Bundeswehr kann

Was die Europäer wollen und brauchen, sind souveräne rechtsstaatliche und demokratische Nationalstaaten, wie sie seit langem den Reichtum des alten Kontinents repräsentieren.

Für wen soll die Bundeswehr kämpfen?

Unser Vorbild ist die Schweiz. In der „Geschichte der schweizerischen Neutralität“ von Edgar Bonjour wird dokumentiert, worauf es den Eidgenossen, nach den Worten ihrer Bundesregierung, ankommt: „Angepunkt der schweizerischen Außenpolitik bilde die immerwährende Neutralität. Diese besitze einen Doppelcharakter: Die 1815 in Wien vertretenen Mächte hätten sie ‚als in den wahren Interessen Europas liegend‘ gewünscht, sie aber der

Krieg verschont zu bleiben, ist die heutige Berliner Militärpolitik direkt konträr. De Maizière platzt vor Stolz, dass derzeit „über 7.000 deutsche Soldatinnen und Soldaten auf drei Kontinenten ihren Dienst“ leisten. Seit 1991 seien über 300.000 unserer Soldaten im Einsatz gewesen. Die mit dem Grundgesetz in Einklang stehende Heimatverteidigung wird systematisch abgebaut. Das mutet umso merkwürdiger an, als die israelische Rüstung seit Jahrzehnten mit Dutzenden Milliarden deutscher Steuergelder vorangetrieben wird.

Wer wird uns verteidigen, wenn nicht wir selbst?

Glaubt jemand, Israel würde die Bundesrepublik im Falle eines An-

griffs schützen? Wäre es nicht normaler und dem deutschen Lebensinteresse entsprechend, wenn die Bundesrepublik ihre Kraft auf die eigene Verteidigung richten wollte? Die Eidgenossen sind mit Recht stolz, dass ihre Verteidigungsfähigkeit im Zweiten Weltkrieg jeden potenziellen Angriff verhindert hat. In der „Geschichte der schweizerischen Neutralität“ wird die Haltung der Regierung in Bern wie folgt wiedergegeben: „Wenn die Schweiz zwar tatsächlich die hauptsächlichste Nutznießerin der Neutralität gewesen sei, in dem Sinne, dass sie nicht Krieg führen musste, so habe die Neutralität ihr indessen doch auch erlaubt – als Schutzmacht und als Heimat des Internationalen Roten Kreuzes –, den alliierten Nationen Dienste zu erweisen. Diese Tätigkeit des Internationalen Roten Kreuzes wiege viel schwerer als eine allfällige Kriegshilfe. Ferner habe ihre geografische Lage der Schweiz erlaubt, vielen Verfolgten Zuflucht zu gewähren.“ Deutschland kann von den vorbildlichen Verteidigungsanstrengungen der Eidgenossen lernen, die jeden potentiellen Angreifer abschrecken. Zugleich nimmt die Schweiz erfreulicherweise nicht an Aggressionen teil. Stattdessen wird die Heimatverteidigung verstärkt und nicht wie in Bundesdeutschland aufgelöst.

Blockfreiheit statt Kolonialismus

Die beiden Weltkriege, in denen Millionen den Tod fanden, signalisieren dramatisch das überfällige Ende jeder Großmachtpolitik in Europa. Für die Schweiz war die Niederlage 1515 bei Marignano das Signal, die bisherige Kriegspolitik durch die Neutralität abzulösen, die dann vom Wiener Kongress 1815 völkerrechtlich anerkannt wurde.

Was aber machen die heute in Mitteleuropa Verantwortlichen? Kohl hat bei den Wiedervereinungsverhandlungen die russische Offerte der Neutralität beziehungsweise Blockfreiheit brüsk zurückgewiesen. Merkel ist nach

Kräften bemüht, Deutschland nicht nur politisch und wirtschaftlich, sondern auch militärisch an Washington zu ketten (wozu auch das „Smart Defence“-Konzept dient).

Die USA ringen weiterhin um weltweite Vorherrschaft, wenngleich mit – infolge des Aufkom-

Fortsetzung auf Seite 4



Eigentlich ist es mit Händen zu greifen, dass sich Deutschland keinen Krieg mehr „leisten“ kann. Die Karte links zeigt den Deutschen Bund, wie er 1815 auf dem Wiener Kongress entstand. Der Vorsitz im in Frankfurt am Main tagenden Bundestag lag damals bei Österreich. Bei der Reichsgründung 1871 bleibt Österreich ausgeschlossen. Durch die Pariser Vorortverträge von 1919 verliert das Deutsche Reich – obere Karte – ein Achtel seines Gebiets (u. a. Nordschleswig, Eupen-Malmedy, Elsass-Lothringen, Westpreußen und Posen sowie Ostoberschlesien) und Österreich darf sich nicht anschließen. 45 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, 1990, erhält der größte deutsche Staat immerhin wieder die rechts zu sehenden Konturen.



griffs schützen? Wäre es nicht normaler und dem deutschen Lebensinteresse entsprechend, wenn die Bundesrepublik ihre Kraft auf die eigene Verteidigung richten wollte?

Die Eidgenossen sind mit Recht



Deutschland ist weltweit so beliebt wie keine andere Nation. Doch die dem Völkerrecht zuwiderlaufende Politik Berlins beispielsweise gegen Palästina erbittert die Staaten nicht nur der Dritten Welt.

Dem deutschen Volk ist nicht mit der von Merkel erfundenen Staatsräson gedient, „die Sicherheit Israels zu schützen“ beziehungsweise Generation um Generation israelische Interessen zu verteidigen. Maßgeblich für uns ist das Grundgesetz, wonach der Nutzen des deutschen Volkes zu mehren und Schaden von ihm zu wenden ist. Das kann aber nicht durch kolonialistische und imperialistische Abenteuer geschehen, sondern nur durch eine auf Mitteleuropa konzentrierte Politik des Friedens und der

kämpfen und führen.“ Das aber will das deutsche Volk nach den mörderischen Kriegen seiner zweitausendjährigen Geschichte keinesfalls. Die Deutschen wollen nach ihrer eigenen Fassung in einem souveränen Nationalstaat selig werden.

Ganz anders sieht der von Merkel angestrebte europäische Kunststaat zwischen Mittelmeer und Arktis aus, den Deutschland nicht führen, aber finanzieren soll. Viele Völker unterschiedlicher Ausprägungen und Interessen, von denen manche nicht zusammenpassen, sollen in einen Vielvölkerkerker gezwungen werden. Die Euro-Krise bestätigt voll und ganz die zunehmende Kritik der Zweifler an Merkels politischer Kunst. Ein solches Staatswesen läge auch nicht im Interesse der Völker.

Schweiz keineswegs auferlegt, sondern bloß einen Jahrhundertbestehenden Zustand bestätigt. Die Schweiz sehe in der Neutralität ein Element ihrer Souveränität und habe sich verpflichtet, sie selber zu beobachten und sie vor jedem fremden Zugriff zu schützen. Diese Verpflichtung halte das Schweizervolk für heilig. Es habe stets willig die schweren Opfer auf sich genommen, die ihm die Notwendigkeit auferlege, zu jeder Zeit die Neutralität mit den Waffen zu verteidigen.“

Dass die Eidgenossen ihre Neutralität schützen und erforderlichenfalls mit allen Mitteln verteidigen, kann nicht anders sein und ist aller Ehren wert. Wofür aber sollen deutsche Soldaten in der NATO kämpfen? Dem Schweizer Konzept, vom



Geheimsache!
Was nicht im Geschichtsbuch steht
19,90 € | 240 Seiten | Best. Nr.: 6376

GEHEIMSACHE! stellt Fragen und stellt auch in Frage. Lesen Sie, was die etablierte Historikerzunft nur zu gerne „vergisst“, unter den Teppich kehrt oder unter Verschluss hält. Eine spannende Zeitreise mit Hunderten zeitgeschichtlichen Details. Hier finden Sie die fehlenden Puzzleteile zum historischen Gesamtbild. Lesen Sie und staunen Sie! Zeitgeschichtliche Aha-Erlebnisse sind reihenweise garantiert.

Deutscher Buchdienst • 81238 München • © 089 / 89 60 85 21
Fax 089 / 8 34 15 34 • info@deutscher-buchdienst.de

Welche Chancen hat Deutschland?



Kühne Rettungstat: Mit der Konvention von Tauroggen zwischen Preußen und Russland leitete der preußische General Yorck – ohne ausdrückliches Einverständnis König Friedrich Wilhelms III., also seinen Kopf riskierend – am 30. Dezember 1812 die Wende im Kampf gegen Napoleon ein. Ab sofort waren die preußischen Truppen neutral. Er besiegelte das Abkommen mit Hans-Karl von Diebitsch, Feldmarschall in russischen Diensten. Wenige Wochen später, am 6. Februar 1813, ruft Yorck in Königsberg die ostpreussischen Stände zum Kampf auf.

Fortsetzung von Seite 3

mens neuer Weltmächte – wesentlich reduzierten Chancen. Für uns gibt es keinerlei Interessen, uns an derlei Auseinandersetzungen zu beteiligen. Eine Politik des Friedens gegenüber allen Staaten und Völkern wird durch die Erfahrungen der Geschichte bestätigt.

Von China bis Liechtenstein

Ihre Neutralität hat die Eidgenossen 500 Jahre hindurch vor Kriegen bewahrt. Gänzlich abwegig ist die Argumentation, die Bundesrepublik Deutschland sei mit ihren 82 Millionen Einwohnern zu klein oder zu groß, um neutral zu werden. Die Schweiz erreichte dieses Ziel mit einer viel geringeren Zahl von Staatsbürgern, die bis heute auf 7,5 Millionen anwuchs.

Sehen wir uns andere neutrale Staaten an: Der kleinste neutrale Staat ist zugleich ein deutscher Staat, nämlich Liechtenstein mit 30.000 Einwohnern. Als im Mai 1945, am Ende des Zweiten Weltkriegs, knapp 500 Russen, die auf deutscher Seite gekämpft hatten, um Asyl baten, wurde es ihnen gewährt. Ein sowjetisches Auslieferungsbegehren ließ die Regierung in Vaduz unbeachtet.

Das größte und mächtigste neutrale Land ist China mit 1,4 Milliar-

den Einwohnern. Es geht keinerlei Militärbündnis ein und legt großen Wert darauf, selbstbestimmt auch über seine Verteidigung zu entscheiden. Die neuntausendjährige Geschichte des „gelben Drachen“ ist durch Friedfertigkeit und Vermeidung von Angriffskriegen gekennzeichnet.

Vorbild Türkei

Indien (1,2 Milliarden Einwohner), das eine große Rolle unter den blockfreien Ländern spielte, entscheidet stets nach seinen Interessen und konnte auch nicht durch die Erlaubnis einer atomaren Rüstung für ein US-dominiertes Bündnis gewonnen werden. Nach Einwohnern wird Indien China bald überholen.

Ein bedeutender europäischer Staat, der in beiden Weltkriegen neutral blieb, war Schweden (heute 9 Millionen Einwohner). Solange Deutschland auf der Siegesstraße war, konnte die Wehrmacht das skandinavische Land nach Belieben durchqueren.

Spanien (jetzt 47 Millionen Einwohner) konnte sich zum Segen seiner Bürger in beiden Weltkriegen neutral halten. Dies gilt auch für Portugal (heute 11 Millionen Einwohner) im Zweiten Weltkrieg.

Die Türkei (heute 80 Millionen Einwohner) widerstand vielen Presionen insbesondere durch London

und Washington, aber auch durch Moskau, und blieb im Zweiten Weltkrieg bis kurz vor Kriegsende neutral. Als alles längst entschieden war, erklärte Ankara im Februar 1945 dem Deutschen Reich den Krieg.

Einzigartiges Irland

Unglaublich beinahe ist die Geschichte, wie Irland zur Neutralität kam. 1916 scheiterte der berühmte Osteraufstand. Damit begann eine endlose Auseinandersetzung mit Großbritannien. Der irische Freiheitsheld Éamon de Valera gelangte 1932 an die Regierung und schaffte den Treueeid gegenüber dem englischen König ab. Dass Irland ein souveräner, unabhängiger und demokratischer Staat wurde, musste London hinnehmen, das 1938 die letzten militärischen Stützpunkte auf der Insel räumte. Im Zweiten Weltkrieg erklärte Irland seine Neutralität und weigerte sich, Stützpunkte der Alliierten zuzulassen. Die kleine, aber todesmutige Nation (heute 4,7 Millionen Einwohner) stellte sich gegen das einst gewaltige und riesige britische Weltreich.

Im Grunde ist Neutralität oder Krieg eine Alternative wie Himmel oder Hölle. In Kriegen hat unser Volk hinreichend gelitten. Wir können die Aggressionen der „westlichen Wertegemeinschaft“ nicht verhindern, aber wir können unsere Teilnahme verweigern, wie es die deutschen Lebensinteressen verlangen.

Als Abonnent der National-Zeitung erfahren Sie Woche für Woche Hintergründe des Geschehens, von denen der Durchschnittsbürger nichts ahnt.

Weiterführende Literatur: **Geheimsache!** / Was nicht im Geschichtsbuch steht **Genießen Sie Meinungsfreiheit?!** / Die sensationellsten Interviews in 60 Jahren National-Zeitung David Korn: **Wem dient Merkel wirklich?** / Der wahre Werdegang der Bundeskanzlerin **Deutscher National-Atlas**

Auf gute Nachbarschaft

Das Verhältnis zwischen Schweiz und Bundesrepublik

Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland findet, dass die Schweiz und die Bundesrepublik, „nicht zuletzt aufgrund der im größten Teil der Schweiz gemeinsamen Sprache, ein enges und vielgestaltiges, gutnachbarschaftliches Verhältnis“ verbinde. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten hält fest: „Mit keinem anderen Land der Welt unterhält die Schweiz so intensive Beziehungen wie mit der Bundesrepublik Deutschland, was ein breites und solides Fundament für die Gestaltung der Zusammenarbeit schafft.“

Tim Guldemann ist seit Mai 2010 Schweizer Botschafter in Berlin. Seine Meinung zum bilateralen Verhältnis tat er vor zwei Jahren in einem Zeitungsinterview kund: „Ich glaube, ihr Deutschen empfindet im Allgemeinen Wohlwollen gegenüber den Schweizern, wir aber haben ein Bedürfnis nach Abgrenzung.“ Dieses Begehren sei – bedingt durch zwei Weltkriege – im 20. Jahrhundert größer geworden. Eine Hotelfachfrau aus Sachsen, die für fünf Jahre in der Schweiz arbeiten will, um sich durch das deutlich üppigere Gehalt Rücklagen zu verschaffen, wird mit der Beschwerde von Schweizer Gästen konfrontiert, weil sie von ihr und nicht von einer einheimischen Kraft bedient werden. Und die Konstanzer ärgern sich, wenn sie samstags in ihrer Stadt keinen Parkplatz bekommen, weil Heerscharen von Schweizer Konsumenten die Geschäfte unsicher machen.

Seit die Eidgenossen durch den Westfälischen Frieden 1648 ihre Unabhängigkeit vom Heiligen Römischen Reich gewonnen haben, sind die Schweiz und Deutschland Nachbarn, – und über die Jahrhunderte betrachtet – sehr gute Nachbarn. Der Ärger am Hoteltresen und in den Konstanzer Parkhäusern fällt als individuelle Befindlichkeit nicht ins Gewicht.

Noch einmal das Auswärtige Amt: „Die kulturellen Beziehungen sind infolge der Zugehörigkeit des größten Teils der Schweiz zum deutschen Sprach- und Kulturraum sehr eng und vielfältig. Sie beruhen auf einer Jahrhunderte langen Tradition menschlicher Kontakte und personellen Austauschs.“

Auswanderungsziel Nummer 1

Seit Jahren ist die Schweiz das beliebteste Auswanderungsziel der Bundesdeutschen. 2008 waren es rund 23.000, die ihren Wohnsitz in den Nachbarstaat verlegten, 2010 noch mehr, nämlich 24.600. Insgesamt leben 260.000 Bundesdeutsche in der Eidgenossenschaft. Doch auch rund 30.000 Schweizer zieht es jedes Jahr in die Ferne, die meisten davon in die Nachbarländer Frankreich und Deutschland. So hat die Zahl der Schweizer in der Bundesrepublik in den letzten Jahren ebenfalls zugenommen und liegt nun bei ungefähr 77.000.

Nach Informationen des Auswärtigen Amtes gab es 2009 an Schweizer Universitäten und Fachhochschulen 1.366 bundesdeutsche Professoren und 3.343 Dozenten. Von insgesamt 52 Prozent Nichtschweizer Professoren, stellen die bundesdeutschen Hochschullehrer mit rund 42 Prozent die größte Gruppe, in der Deutschschweiz liegt ihr Anteil sogar bei ungefähr zwei Dritteln. Studenten aus der Bundesrepublik waren im Studienjahr 2010/11 mit 10.276

(30,5 Prozent) und 3.160 (28,5 Prozent) die größte Gruppe Studierender an schweizerischen Universitäten und Fachhochschulen, die nicht aus der Schweiz stammt.

Wirtschaftlich profitieren beide

„Deutschland ist für die Schweiz weiterhin der mit Abstand wichtigste Handelspartner. Im Jahr 2010 betrug das bilaterale Handelsvolumen, über ein Viertel des gesamten Außenhandels der Schweiz, rund 95 Milliarden Franken. Die Schweiz lag 2010 in der Rangfolge des deutschen Außenhandels bei der Einfuhr und Ausfuhr an neunter Stelle. Die Bedeutung der Schweiz für den deutschen Außenhandel außerhalb des europäischen Binnenmarkts wird nur von den USA und China übertroffen. Auch die Direktinvestitionen liegen in beiden Richtungen auf sehr hohem Niveau“, sagt das Auswärtige Amt.

Die Bundesrepublik ist Marktführer auf dem Schweizer Importmarkt: Ein Drittel aller Importe in die Schweiz stammt aus Deutschland. Das Schweizer Außenministerium rechnet vor: „Das sind mehr als die Einfuhren aus Italien, Frankreich, den USA und den Niederlanden zusammen. Damit kaufen die 7,8 Millionen Einwohner der Schweiz etwa halb so viel von Deutschland wie die über 300 Millionen US-Amerikaner.“

Über 57.000 deutsche Grenzgänger haben ihren Arbeitsplatz in der Schweiz und erwirtschaften gesamthaft ein Erwerbseinkommen von etwa sieben Milliarden Schweizer Franken.

Nachbar und Vorbild

Eine gute Nachbarschaft bedeutet auch, dass man von einander lernen kann. Als Vorbild kann die Schweiz der Bundesrepublik vor allem in Sachen direkter Demokratie und Neutralität gelten. In der Schweiz kann die Bevölkerung über die Gesetze des Parlamentes abstimmen und Entscheidungen über Verfassungsänderungen erzwingen. Hätte die Bundesrepublik eine ähnlich direkte Demokratie, darf man davon ausgehen, dass noch die D-Mark gültige Währung wäre. Auch die Auslandseinsätze der Bundeswehr stünden mit Sicherheit in Frage.

Die Neutralität wahrt sich die Schweiz seit gut 465 Jahren. Kurz vor Ende des Dreißigjährigen Krieges, der Mitteleuropa und vor allem das Deutsche Reich in Schutt und Asche legte, wurde mit dem „Defensionale von Will“ die „immerwährende bewaffnete Neutralität“ beschlossen. Der Sonderbundkrieg 1847 war der letzte militärische Konflikt auf Schweizer Boden.

Literaturhinweis: **Erfolgsmodell Schweiz.** Direkte Demokratie, selbstbestimmte Steuern, Neutralität

Hauptsache Kriegspartei

Vierspaltig schwört die FAZ-Sonntagszeitung ihr Publikum unter der Überschrift „Vor der Stunde der Bewährung / Wenn Israel Iran angreift, muss Deutschland an seiner Seite stehen“ ein. Begründung: Wenn Israel Iran angreife, müsse Deutschland „aus moralischer Verantwortung“ als Partei an der Seite des Aggressors stehen.

Anzeige

Jetzt lieferbar!

GENIEßEN SIE MEINUNGSFREIHEIT?!
Begegnungen aus sechs Jahrzehnten
National-Zeitung
14,90 € | 176 Seiten | Best. Nr.: 6450

Dramatisch interessante Interviews mit Mächtigen und Prominenten der jeweiligen Zeit. „Genießen Sie Meinungsfreiheit?!“: Dieser Streifzug durch sechs Jahrzehnte National-Zeitung ist in jeder Hinsicht aufschlussreich und lesenswert. Auf Wunsch vom Herausgeber Dr. Gerhard Frey signiert.



Genießen Sie Meinungsfreiheit?!
Begegnungen aus sechs Jahrzehnten National-Zeitung

Deutscher Buchdienst • 81238 München • © 089 / 89 60 85 21
Fax 089 / 83 34 15 34 • info@deutscher-buchdienst.de

Für mehr direkte Demokratie!

Warum Volksentscheide auf Bundesebene ein Segen wären

Die weit gehenden und Deutschland gewaltige finanzielle Lasten aufbürdenden Entscheidungen von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat zur Bewältigung der Euro-Krise, die gegen den erkennbaren Willen einer Mehrheit der Bürger gefällt werden, haben wieder einmal eine Debatte über mehr direkte Demokratie ausgelöst. Das Forschungsinstitut Emnid ermittelte im vergangenen November bei einer Umfrage, dass 71 Prozent der Deutschen wollen, dass sie über wichtige Beschlüsse zu Europa abstimmen dürfen. Lediglich 27 Prozent sprachen sich dagegen aus.

Ferdinand Kirchhof, Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, erklärte gegenüber der „Welt am Sonntag“: „Wir brauchen endlich direkte Demokratie in der EU, weil sie sich weit von ihrer Bevölkerung und ihren Heimatregionen entfernt hat.“ Direkte Demokratie sei bei grundlegenden Entscheidungen angebracht; dazu zählten die europäischen Verträge und auch der Euro. Er habe die Sorge, so Kirchhof weiter, „ob wir nicht Geld, das wir gar nicht haben, jemandem geben, der es unter diesen Bedingungen gar nicht will“.

„Eklatantes Demokratiedefizit“

Das Grundgesetz sieht nur in zwei Ausnahmefällen Volksentscheide vor: Bei einer Neugliederung des Bundesgebietes in den betroffenen Ländern (Artikel 29) und für den Fall, dass das Grundgesetz durch eine andere Verfassung abgelöst wird (Artikel 146). Die notwendige Zweidrittelmehrheit im Bundestag und Bundesrat für eine Änderung des Grundgesetzes zugunsten von mehr Volksentscheiden ist nicht in Sicht, nachdem CDU und CSU strikt dagegen sind. Insbesondere Bundeskanzlerin Angela Merkel postulierte wiederholt, politische Sachfragen dürften nicht von den Bürgern, sondern müssten von Politikern entschieden werden. Ängste der Bürger sollten zwar ernst genommen werden, das heiße aber nicht, dass die Bürger über konkrete Fragen entscheiden sollten.

In der SPD, in deren Reihen zwar ebenfalls Vorbehalte gegen Volksentscheide herrschen, mehren sich hingegen die Stimmen für mehr direkte Demokratie. Der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel sprach sich für die Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene mit dem Argument aus, sie seien manchmal der einzige Weg, „Politik aus der Selbstblockade zu befreien“. Und Thomas Oppermann, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, beklagte ein „eklatantes Demokratiedefizit“ in Europa. Allerdings empfahl er, „zunächst das neu eingeführte Instrument der Europäischen Bürgerinitiative zu erproben“.

Die im Vertrag von Lissabon eingeführte Europäische Bürgerinitiative kann allerdings in keiner Weise als Ersatz für Volksentscheide in den Nationalstaaten dienen. Sie erscheint eher als ein schlechter Witz. Wichtige Bereiche wie der Beitritt neuer EU-Mitgliedstaaten oder die Neuverteilung der politischen Kompetenzen innerhalb der EU dürfen überhaupt nicht aufgegriffen werden. Nach bestandener Zulässigkeitsprüfung durch die EU-Kommission müssen die Initiatoren einer solchen Bürgerinitiative innerhalb von zwölf Monaten eine Million Unterschriften sammeln, die aus min-

destens einem Viertel der EU-Mitgliedstaaten stammen. Aus jedem dieser Mitgliedstaaten ist eine Mindestanzahl von Unterschriften erforderlich, die das 750-fache der Anzahl der Mitglieder des Europäischen Parlamentes dieses Staates beträgt. Sind die extrem schwierigen Bedingungen erfüllt, muss sich zwar die EU-Kommission mit dem betreffenden Thema befassen, ist aber nicht verpflichtet, das Bürgerbegehren in eine Gesetzesinitiative umzusetzen.

Das Muster der Schweiz

Offenbar soll die deutsche Bevölkerung mit dem Minimalzugeständnis der Europäischen Bürgerinitiative hinteres Licht geführt werden. An-

Die Abgeordneten könnten sich jedoch eher dem Fraktionszwang entziehen, wenn die Bürger die Möglichkeit hätten, gegen ihren Willen beschlossene Gesetze durch einen Volksentscheid aufzuheben.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Marco Bülow (40) machte seinem Unmut über die faktische Einflusslosigkeit der Volksvertreter in seinem Buch „Wir Abnicker / Über Macht und Ohnmacht der Volksvertreter“ Luft. Anhand konkreter Beispiele zeigt er auf, wie übersteigerte Fraktionsdisziplin und Regierungshandeln die Abgeordneten oft zu hilflosen Randfiguren degradieren, so bei der Beschlussfassung des Bundestages über das Rettungspaket für Banken (Soffin) im Umfang von rund 500 Milliarden Euro im

verkündet.

Im Einzelnen handelt es sich um die Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU), Hanns-Seidel-Stiftung (CSU), Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD), Friedrich-Naumann-Stiftung (FDP), Heinrich-Böll-Stiftung (Grüne) und Rosa-Luxemburg-Stiftung (Linke). Alle diese Stiftungen unterhalten Einrichtungen in Deutschland und im Ausland. Ihr Wirken in anderen Staaten aber ist problematisch. Nachdem sie zwar nicht im Auftrag des deutschen Staates handeln, aber von diesem finanziert werden, nimmt man sie letztlich doch als Instrument der deutschen Außenpolitik wahr. Dies gilt erst recht für solche Stiftungen, die deutschen Regierungsparteien nahestehen.

Beschuldigte wurde ein Ausreiseverbot verhängt. Man wirft den Verdächtigten vor, sie hätten mit ausländischem Geld die Sicherheit Ägyptens gefährdet und ohne Lizenz gearbeitet. Das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung wurde von der ägyptischen Polizei durchsucht, Computer und Dokumente beschlagnahmt. Die Stiftung habe, so die Begründung, auf illegale Art und Weise Büros in Ägypten eröffnet und damit gegen das Gesetz verstoßen. Auch in den Büros anderer Organisationen fanden Razzien statt. Bundesaußenminister Guido Westerwelle protestierte und bestellte den ägyptischen Botschafter ins Auswärtige Amt ein.

Die ägyptischen Ermittler nahmen neben der Konrad-Adenauer-Stiftung zwei US-amerikanische Organisationen besonders ins Visier: Das National Democratic Institute (NDI), das von der US-Regierung finanziert und der früheren Außenministerin Madeleine Albright geleitet wird, setzt sich für den „Aufbau demokratischer Parteien“ und das Training von Wahlbeobachtern ein. Dem NDI wird unter anderem Spionage und die Weitergabe von Geld vorgeworfen. Gleiches gilt für das International Republican Institute (IRI), das den US-Republikanern nahesteht und dessen Chef der republikanische Senator John McCain ist. Das Kairoer Büro leitet Sam LaHood, Sohn des US-Verkehrsmisters Ray LaHood.

Entgleitet Ägypten dem westlichen Einfluss?

Hintergrund des ägyptischen Vorgehens gegen die ausländischen Organisationen könnte sein, dass sie dem Vernehmen nach beim sogenannten arabischen Frühling, sprich dem Sturz mehrerer eingesessener Regime, im Hintergrund kräftig mitmischten. Jetzt aber, nach dem triumphalen Wahlsieg der Islamisten und dem Festhalten des Militärs an der Macht, droht Ägypten dem Westen zu entgleiten. Vor allem in Israel befürchtet man einen Kurswechsel Ägyptens im Verhältnis zum Judenstaat. Nicht ausgeschlossen, dass man in Tel Aviv sehnsüchtig an die Herrschaft von Husni Mubarak zurückdenkt. Der Kairoer Militär will offenbar ausländischer Einflussnahme auf die Entwicklung in Ägypten entgegenwirken.

Die deutschen Parteistiftungen aber haben kein Mandat vom deutschen Volk für außenpolitische Abenteuer und die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Auch das macht deutlich, dass der Ruf nach mehr direkter Demokratie in Deutschland berechtigt ist. Mehr Mitbestimmung des Volkes bedeutet nämlich auch mehr gesunden Menschenverstand in der Politik.

Bruno Wetzel



Im Visier der ägyptischen Justiz: Andreas Jacobs, Büroleiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kairo, vor dem Gebäude der Stiftung. Nach der Durchsuchung durch die Polizei wurde das Büro versiegelt und durfte zunächst nicht mehr betreten werden.

bieten würde sich stattdessen die direkte Demokratie nach dem Muster der Schweiz. Dort unterliegen Verfassungsänderungen grundsätzlich einer Volksabstimmung. Daneben können die Schweizer Bürger Abstimmungen über Bundes- und Kantonsgesetze erzwingen („Referendum“). Es ist nicht einsehbar, warum die Bundesbürger zwar auf Kommunal- und Landesebene beispielsweise über ein Einkaufszentrum oder ein Rauchverbot in der Gastronomie direkt entscheiden dürfen, nicht aber über nationale Schicksalsfragen wie die Beteiligung an einer Währungsunion, die Deutschland zu ruinieren droht. Mit der direkten Demokratie könnte auch die Parteienverdrossenheit und die gesamte Politikverdrossenheit beseitigt werden.

Das Argument, die Abgeordneten seien geeigneter als die Bürger, über wichtige Fragen zu entscheiden, kann nicht überzeugen. Denn bei den Abstimmungen im Bundestag herrscht meist der Fraktionszwang. Hinzu kommen einflussreiche Lobbyisten, die immer stärker die Abstimmungen im Bundestag beeinflussen. Auch die Massenmedien üben Druck auf die Politik aus. Das hat zu einer schleichenden Entmachtung der Abgeordneten geführt, die gemäß Artikel 38 Absatz 1 Grundgesetz „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“ sind. Doch die Praxis sieht anders aus.

Jahr 2008. Von den führenden Politikern und Ökonomen des Regierungsapparates sei den Abgeordneten eingeredet worden, nahezu jeder wäre vom drohenden Zusammenbruch der Banken betroffen, vor allem diejenigen, die am wenigsten zur Krise beigetragen hätten. So gut wie keiner der Abgeordneten sei in der Lage gewesen, dieser Argumentation fundiert etwas entgegenzuhalten. Die wenigen kritischen Einwürfe seien ignoriert worden. Bülow wörtlich: „Also hoben wir unsere Hände und das Rettungspaket wurde demokratisch abgesegnet.“

Die Rolle der Parteistiftungen

Außerhalb der Parlamente können die Bundestagsparteien Einfluss über Stiftungen ausüben. Aus rechtlichen Gründen sind diese von den ihnen nahestehenden Parteien getrennt, arbeiten aber mit ihnen zusammen und werben mehr oder weniger offen für deren Grundsätze und Ansichten. Die Stiftungen dürfen zwar die Parteien nicht direkt finanziell unterstützen, nehmen diesen aber viele Aufgaben ab wie beispielsweise das Erstellen von Studien oder die Schulung von Parteifunktionären. Finanziert werden die Stiftungen durch staatliche Zuschüsse und Spenden. Als offizielle Aufgaben der parteinahen Stiftungen werden unter anderem politische Bildung und Begabtenförderung

Die deutschen Parteistiftungen genießen es auch offensichtlich, im Ausland Kontakte zu regierungsfeindlichen Gruppierungen zu pflegen, was deutschen Diplomaten meist verwehrt ist. Die Stiftungen erklären das mit ihrem Eintreten für Demokratie und Menschenrechte, Begriffe, die sie allerdings aus rein westlicher Perspektive definieren. Nachdem aber in vielen Ländern der Welt andere Sitten und Gebräuche herrschen, stößt das naturgemäß oft auf Abwehr.

In Ägypten hat nun die Justiz Anklagen gegen 43 Angehörige mehrerer ausländischer Einrichtungen erhoben, darunter Andreas Jacobs, Büroleiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kairo, und eine seiner Mitarbeiterinnen. Gegen mehrere

Anzeige

Dr. Gerhard Frey
DEUTSCHE EINHEIT, DEUTSCHE FREIHEIT
14,90 € | 160 Seiten | bebildert | Best. Nr.: 6267

Das Verbrechen der Teilung. Wie es scheiterte. Was zu tun bleibt.

20 Jahre nach dem Fall der Mauer: Die deutsche Einheit ist nichts für die Vitrine, sondern eine immer neue Aufgabe. Sie endet nicht an Staatsgrenzen. Und sie muss zur Freiheit führen.

Deutscher Buchdienst • 81204 München • ☎ 089/89 60 85 21
Fax: 089/834 1534 • www.deutscher-buchdienst.de

Wer hat den Tod in Syrien gesät?

Interview mit dem Schriftsteller und Philosophen Alain de Benoist

National-Zeitung: Herr de Benoist, handelt es sich in Syrien um einen Volksaufstand?

de Benoist: Wie wir alle bin ich auf die in der Presse und im Internet veröffentlichten Informationen angewiesen. Und ich stelle fest, dass nur die für das syrische Regime nachteiligen Informationen von den westlichen Medien verbreitet werden. Die anderen werden schlicht und einfach ignoriert. Wenn in Damaskus oder in Aleppo Autobomben explodieren, verbreiten die Massenmedien sofort die Anschuldigungen der Assad-Gegner, wonach diese Attentate in Wirklichkeit das Werk der Regierung seien, ohne jemals den geringsten Beweis vorzulegen, der diese Behauptungen stützt.

Es ist offensichtlich, dass es heute in Syrien eine Opposition gegen das herrschende Regime gibt, dass diese Opposition Reformen verlangt und dass der syrische Präsident falsch beraten war, sie nicht früher vorzunehmen. Aber diese Fraktion hat weder die zahlenmäßige Bedeutung, die ihr die westlichen Medien zuschreiben, noch die große Unterstützung im Volk, die man ihr nachsagt. Alles deutet darauf hin, dass Assads Gegner ihre gewaltsamen Aktivitäten ohne die Unterstützung aus dem Ausland nicht durchführen könnten.

„Was Massenmedien schreiben“

National-Zeitung: Folgt man den großen internationalen Medien, handelt es sich bei den Toten in Syrien ausschließlich um Oppositionelle und die Sicherheitskräfte erscheinen nur als Täter. Entspricht dieses Bild der wirklichen Situation?

de Benoist: Die Kluft zwischen dem, was die Massenmedien schreiben, und den Berichten unabhängiger Quellen wird immer größer. Man zitiert die von den Gegnern Assads bekanntgegebenen Zahlen ziviler Opfer, ohne sich um die Glaubwürdigkeit zu kümmern – und ohne in Erinnerung zu rufen, dass in diesem Land der Großteil der „Zivilisten“ bewaffnet ist. Wenn man an die Lü-

gen denkt, die in der Vergangenheit in Bezug auf den Irak und auf Afghanistan und erst kürzlich über Libyen verbreitet wurden, ist es richtig, skeptisch zu sein.

National-Zeitung: Jene Intellektuellen und Journalisten, die von einem Komplott oder einer Verschwörung gegen Syrien und von Desinformation sprechen, sind in den Medien kaum präsent. Haben sie dennoch recht?

de Benoist: Präsident Baschar al-Assad selbst hat von einem „Komplott“ gegen Syrien gesprochen, insbesondere bei seiner Rede an der Universität Damaskus im Januar. Jedenfalls kann man feststellen, dass der „Syrische Nationalrat“, bei dem total außer Acht gelassen wird, wie repräsentativ er wirklich ist, sofort die Unterstützung sämtlicher bedeutender Mächte des Westens, angefangen bei den USA, Großbritannien und Frankreich, erhalten hat, aber auch die der Arabischen Liga, der Türkei, der Ölmonarchien am Golf, von Katar und Saudi-Arabien, der Muslimbrüder, der salafistischen Islamisten und so weiter. Diese große Koalition hilft ganz offensichtlich den Oppositionellen, direkt oder indirekt. Sie liefert ihnen Waffen. Sie infiltriert sie zum Teil, was die Situation verschlimmert.

Die Ziele der Assad-Gegner

National-Zeitung: Soll das Regime in Syrien fallen, weil es mit Russland und dem Iran verbündet ist?

de Benoist: Das Ziel der Vereinigten



Alain de Benoist, Jahrgang 1943, befasst sich unter anderem mit Ideen- und Religionsgeschichte. Er veröffentlichte über 50 Bücher und mehr als 3.000 Aufsätze.

Staaten, Englands und Frankreichs ist es, sich einer Regierung zu entledigen, die sich ihren Forderungen niemals beugen wollte und der man vorwirft, die Hisbollah im Libanon und die Hamas in Palästina zu unterstützen. Darüber hinaus ist es klar, dass die Weltmächte heute einen „sunnitischen Halbmond“ dem iranischen „schiiischen Bogen“ entgegensetzen wollen. Über Syrien will man offenbar den Iran erreichen, auf die Gefahr hin, im Nahen Osten einen neuen Krieg auszulösen, der die ganze Region entflammen und auf der ganzen Welt Auswirkungen haben würde, die heute niemand vorhersehen kann.

Den Muslimbrüdern geht es darum, sich für die Unterdrückung ihrer Bewegung durch Hafis al-Assad im Jahr 1982 zu rächen. Die Salafisten verfolgen das Ziel, die „Ketzersekte“ der Alawiten als soziale und politische Macht in Syrien zu zerstören. Weil sie den Dialog verweigerten, den ihnen Präsident Baschar al-Assad vorgeschlagen hat, tragen die Muslimbrüder – die auf die Angel-

sachsen setzen, um zur Macht zu gelangen – eine große Verantwortung für die Verschlimmerung der Situation. Aber die Rolle Katars muss auch hervorgehoben werden. Dieser Mikrostaat verfügt, dank des Erdöls, über quasi unerschöpfliche Finanzreserven, die er dem Westen zur Verfügung stellt, wobei er die fanatischsten Islamisten unterstützt. Scheich Hamad ibn Chalifa Al Thani, Katars Staatsoberhaupt, ist heute der Vasall der Vereinigten Staaten, so wie seine Familie im 19. Jahrhundert der Vasall Englands war. Gleichzeitig ist Katar eine deutlich schärfere Diktatur als diejenige von Baschar al-Assad: Politische Parteien sind dort verboten, die Parlamentsmitglieder werden von der Staatsgewalt ernannt, unabhängige Medien werden mundtot gemacht und ausländische Arbeitnehmer, also achtzig Prozent der Bevölkerung des Emirats, werden wie Sklaven behandelt.

„Balkanisierung des Nahen Ostens“

National-Zeitung: Wie beurteilen Sie den russischen und chinesischen Widerstand gegen eine „internationale“, also eine NATO-Intervention in Syrien?

de Benoist: Syrien besitzt in der Tat die Unterstützung nicht nur des Iran, sondern auch Chinas und Russlands, die sehr zu Recht im Sicherheitsrat ihr Veto gegen die jüngsten vom Westen unterstützten antisyrischen Resolutionen eingelegt haben, nachdem sie sich bei der Abstimmung über die „Resolution 1973“ narren ließen, die es Frankreich und Großbritannien möglich machte, Oberst Gaddafi zu stürzen.

Russen und Chinesen haben vollkommen verstanden, dass die Ereignisse in Syrien Teil der weitreichenden politischen und geopolitischen Umgestaltung der Region sind, die seit dem „arabischen Frühling“ des vergangenen Jahres dazu geführt hat, dass die Islamisten in Tunesien, Ägypten und Marokko am Ruder sind. Sie wissen vor allem, dass die Destabilisierung Syriens, nach der

des Irak und der Libyens, Teil des westlichen Projekts ist, die arabische Welt nach stammesmäßigen, ethnischen und konfessionellen Kriterien zu zerstückeln. Dieses Vorhaben ähnelt dem Ynon-Plan von 1982. Oded Ynon, ein Mitarbeiter des israelischen Außenministeriums, empfahl damals die erzwungene Balkanisierung des Nahen Ostens – nach dem Prinzip „Teile und herrsche“. In Syrien könnte das Ziel sein, einen Staat von Aleppo, einen Staat von Damaskus, einen Alawitenstaat und einen Drusenstaat wiederherzustellen, wie sie zur Zeit des französischen Mandats über Syrien in den 1920er-Jahren bestanden.

National-Zeitung: Was kann für die Wiederherstellung des Friedens in Syrien getan werden?

de Benoist: Statt zu einer „Kanonenbootpolitik“ im Dienst der geostrategischen Interessen des Westens zurückzukehren, muss man Präsident Baschar al-Assad beim Wort nehmen und ihm zugestehen, das Reformprogramm zu Ende zu führen, das er auf den Weg gebracht hat. Im August 2011 wurde per Verordnung das Mehrparteiensystem in Syrien eingeführt. Artikel 8 der Verfassung, der den Baath zur führenden Partei erklärte, wurde aufgehoben. Eine neue Verfassung ist jetzt angekündigt. Eines ist sicher: Wenn das Schlimmste vermieden werden soll, muss die Zukunft Syriens allein von den Syrern abhängen.

Fragen: Gerhard Frey jr.

Deutschland im Kräftefeld der Großmächte

Den 2. Teil der spannenden Ausführungen von Professor Dr. Wjatscheslaw Daschtschew, in dem sich der langjährige Gorbatschow-Berater und Wegbereiter der Wiedervereinigung von 1989/90 mit dem Rätsel der Stalin-Note vom 10. März 1952 befasst, finden Sie in der kommenden Ausgabe Ihrer National-Zeitung.

Die Redaktion

„Dem Dritten Weltkrieg entgegen“

Assad, sagt Alain Soral, soll gestürzt werden, weil er sich nicht der neuen Weltordnung unterwirft

National-Zeitung: Herr Soral, was passiert Ihres Erachtens in Syrien?

Soral: Ich bin zweimal dort gewesen und sage Ihnen, was alle unabhängigen Beobachter antworten, die sich in Syrien selbst ein Bild gemacht haben: Wir sind Zeugen des Versuchs, ein Regime zu stürzen, das noch nicht der neuen Weltordnung unterworfen ist.

Eines Umsturzversuchs, der sich weit mehr auf ausländische Akteure stützt – Al-Quaida-Söldner, bewaffnet und geführt von türkischen, katarischen und sogar englischen und französischen Elitekommandos – als auf inländische Gegner, die es selbstverständlich gibt, vor allem die sunnitischen Muslime im Norden des Landes.

Eines Umsturzversuchs, der einem Programm zur brutalen Neuordnung der arabisch-muslimischen Welt nach dem libyschen Muster folgt. Und der im Augenblick, anders als in Libyen, nicht zum Ziel kommt – dank der konsequenten Unterstützung, die Russland und China bis jetzt trotz des Drucks leisten.

„Die offizielle westliche Version ist Propaganda“

National-Zeitung: Folgt man den großen internationalen Medien, handelt es sich bei den Toten in Syrien ausschließlich um Oppositionelle und die Sicherheitskräfte erscheinen nur als Täter.

Soral: Diese offizielle westliche Version, die nichts als Kriegspropaganda ist, korrespondiert absolut nicht mit der Wirklichkeit, in der bewaffnete Gruppen vom Ausland bezahlter Söldner eine Bevölkerung töten und terrorisieren, die mehrheitlich pro Assad eingestellt ist, um dieses einst ruhige und relativ florierende Land in einen Bürgerkrieg zu stürzen und daraus einen neuen Irak zu machen ...

National-Zeitung: Haben also jene

Intellektuellen und Journalisten recht, die von einer Verschwörung gegen Syrien sprechen, auch wenn sie in den Massenmedien kaum präsent sind?

Soral: Stellen Sie sich lieber die Frage, warum diese ehrlichen Zeugen und Beobachter in unseren Medien so wenig präsent sind. Das wiederum führt zu der Frage, wem fast alle westlichen Medien gehören oder gehorchen.

National-Zeitung: Will man das Regime in Syrien zu Fall bringen, weil es mit Russland und dem Iran verbündet ist?

Soral: Der Sturz des syrischen Regimes und die militärische Besetzung, die Banken Herrschaft nicht zu vergessen, dieses der neuen Weltordnung nicht unterworfenen Landes sind in der Tat eine Vorbedingung für den Angriff des Imperiums auf den Iran. Den Iran zu Fall zu bringen, dient – außer den unmittelbaren Interessen Israels – auch der Einkreisung des von Putin wiederhergestellten Russland und dem amerikanischen Ziel, den Aufstieg Chinas zu bremsen, indem man die weltweiten Ressourcen für die Ener-

gieversorgung kontrolliert.

„Russen und Chinesen setzen sich zur Wehr“

National-Zeitung: Warum leisten Moskau und Peking diesmal Widerstand gegen eine Intervention?

Soral: Russen und Chinesen sehen sehr klar, was die Vereinigten Staaten mit der gewaltsamen Neuordnung des Nahen Ostens erreichen wollen. Indem sie Syrien und konsequenterweise den Iran beschützen, machen sie nichts anderes als sich selbst gegen den Willen der USA zur ungeteilten Herrschaft zur Wehr zu setzen.

National-Zeitung: Was kann zur Wiederherstellung des Friedens in Syrien beitragen?

Soral: Dass man die westlichen Bevölkerungen über die Realität informiert, wie ich das versuche. Das Imperium der Lüge und des Raubes steht am Rande des finanziellen, wirtschaftlichen und moralischen Bankrotts. Bei dem Versuch, trotzdem zu überleben und zu triumphieren, treibt es uns jeden Tag ein Stück weiter dem Dritten Weltkrieg entgegen.



Alain Soral, Jahrgang 1958, französischer Intellektueller, Essayist und Filmmacher, besitzt auch die Schweizer Staatsangehörigkeit. Er stuft sich als „linksnational“ ein und sieht sich als Dissident und Avantgarde zugleich.

Den Irrweg der Brüssel-EU verlassen!

Wie sich Europa neu ausrichten und aufstellen kann

Ferdinand Kirchhof, Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichtes, stellte unlängst in einem Interview mit der „Welt am Sonntag“ fest, dass es um die Demokratie in Europa nicht sonderlich gut bestellt sei. Die EU müsse ihre innere Ordnung dringend ändern und vor allem demokratischer werden. „Direkte Demokratie ist dort angebracht, wo für die Unionsbürger grundlegende Entscheidungen getroffen werden sollen“, so der Verfassungsrichter. Dazu zählt er auch die Frage über die Zukunft der Währungsunion.

Was Europa ausmacht

Die zunehmende Zentralisierung und die Entmachtung der nationalen Parlamente zugunsten eines sich bereits abzeichnenden EU-Superstaates sind die Symptome einer falschen Vorstellung von Europa und der Missachtung nationaler und regionaler Eigenarten. Die Wurzel allen Übels ist jedoch, dass die EU-Bürokraten von Brüssel und die politischen Eliten in den EU-Einzelstaaten Europa nicht als geografischen Raum mit – trotz aller Unterschiedlichkeit der einzelnen Völker – gemeinsamen geistig-kulturellen Wurzeln sehen, sondern lediglich eine diffuse „Wertegemeinschaft“ und einen großen Markt, der beliebig erweitert werden kann. So diskutiert man nicht nur schon seit vielen Jahren über einen EU-Beitritt der Türkei, die geografisch zu nur drei Prozent und kulturell gar nicht Europa zugehörig ist, sondern bringt nun sogar schon Israel oder die nordafrikanischen Maghreb-Staaten als potenzielle Beitrittskandidaten ins Gespräch.

Israels Außenminister Avigdor Lieberman nimmt solche Anregungen dankbar auf und stellt, wie kürzlich in Wien, entsprechende Forderungen auf. „Meine Vision ist, dass Israel ein Teil des vereinten Europa sein muss“, so Lieberman auf einem Kongress Ende Januar in der Donaumetropole. Israel vertrete seiner Ansicht nach im Nahen Osten „die gesamte westliche Zivilisation“ und sei „die einzige stabile Demokratie“ in diesem Raum. „Es wäre besser gewesen, wenn uns Moses in die Nachbarschaft von Deutschland, Österreich und Italien geführt hätte“, fügte er hinzu.

Tunesien wiederum bekam von

der EU schon mal eine privilegierte Partnerschaft angeboten, womit dem nordafrikanischen Land unter anderem Freihandel mit der Union und eine Liberalisierung beim Handel mit landwirtschaftlichen Produkten in Aussicht gestellt wurde. EU-Kommissionspräsident Barroso erklärte gleichzeitig: „Eine neue Zeit ist in Tunesien angebrochen, und ich glaube, dass der demokratische Wandel eine deutliche Auswirkung haben wird, nicht nur in der Region, in der arabischen Welt, sondern in der gesamten Welt.“ Warum dies gleichzeitig bedeuten müsse, dass Tunesien und vielleicht auch andere Staaten der Region an Europa herangeführt werden müssen, bleibt allerdings das Geheimnis Barrosos.

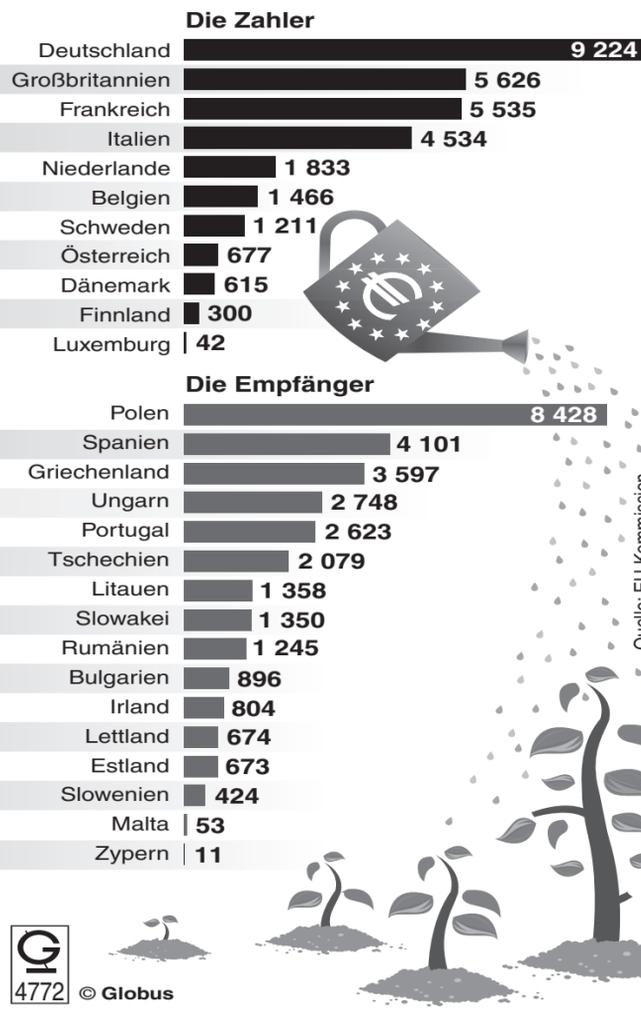
Europas geistig-kulturelle Dimension

Weder Ankara noch Jerusalem oder Tunis liegen in Europa. Geografisch hat Europa im Westen die Atlantikküste Portugals, im Osten das Uralgebirge als Grenze. Im Norden grenzt es ans Nordmeer, im Südosten ans Kaspische Meer, im Süden ans Schwarze Meer und ans Mittelmeer. Wenn von Europa die Rede ist, dann ist in erster Linie dieser begrenzte Raum gemeint, selbst wenn im Hafenviertel von Tel Aviv oder im türkischen Antalya ein Lebensstil gepflegt wird, der unserem gleicht. Das war auch in Beirut einmal so, doch niemand kam auf die Idee, im Libanon, der dem Westen als „Schweiz des Nahen Ostens“ als Musterstaat der Region galt, ein europäisches Land zu sehen.

Neben dieser geografischen hat Europa freilich auch eine geistig-kulturelle Dimension. In seiner „Rede an die Jugend“ sprach 1956 der damalige Bundespräsident Theodor Heuss davon, dass das europäische Abendland auf drei Hügeln ruhe: auf der Akropolis, auf dem Kapitol und auf Golgatha. Dieses Bild verdeutlicht wie kaum ein anderes die ideengeschichtlichen und geistigen Grundlagen Europas, bedeutet es doch übersetzt, dass das Abendland maßgeblich von der Philosophie des antiken Griechenlands, dem römischen Recht und dem europäischen Christentum geprägt ist. Als weiterer tragender Pfeiler sind in neuerer Zeit die Ideen der Aufklärung hinzugekommen – und als direkte Folgen unsere Vorstellungen

Europäische Union: Zahler und Empfänger

Nettobeträge im Jahr 2010 in Millionen Euro



Deutschland zahlt und Polen kassiert: Deutschland ist größter Nettozahler in der EU. Nach Berechnungen der EU-Kommission zahlte Deutschland im vergangenen Jahr rund 9,2 Milliarden Euro mehr in die EU-Kasse ein, als es an Mitteln aus Brüssel erhielt. Im Jahr zuvor hatte der deutsche Nettobeitrag bei 6,4 Milliarden Euro gelegen. Mitte der neunziger Jahre waren es sogar über elf Milliarden Euro. Auf der anderen Seite steht Polen, das als größter Nettoempfänger rund 8,4 Milliarden Euro aus der EU-Kasse bezog.

von Volkssouveränität und Nationalstaatlichkeit. Alles zusammen bildet das Fundament dessen, was wir Europa nennen.

Nationale Souveränität zurückgewinnen

Der von der etablierten Politik und Brüssel vorgezeichnete Weg in einen

europäischen Superstaat hat sich nicht nur als schwerer Fehler erwiesen, er widerspricht auch allem, was Europa tatsächlich ausmacht. Die Rückkehr zu nationalen Währungen oder zumindest eine neue, abgespeckte Form der Währungsunion kann somit nur einer von vielen Schritten sein, die getan werden müssen, damit die Idee von Europa als Gemeinschaft der Völker eine Zukunft hat.

Die Europäische Union in ihrer jetzigen Form muss grundlegend reformiert oder durch die Schaffung eines Europas der freien und unabhängigen Nationen im Rahmen eines Staatenbundes souveräner Nationalstaaten ersetzt werden. Von dem hehren Grundsatz der Subsidiarität ist die heutige EU weiter denn je entfernt. Brüssel zieht immer mehr Souveränitätsrechte bis hin zur Budgethoheit, dem Königsrecht der Parlamente, von den Nationalstaaten ab, um so eine zentralistische Kommissarsherrschaft zu errichten, die der bekannte britische Euroskeptiker Nigel Farage mit der untergegangenen UdSSR vergleicht. Jüngstes Beispiel für diesen quasi-diktatorischen Irrsinn ist der geplante ESM-Schuldenschirm der, zusammen mit bereits bestehenden europäischen und nationalen Schuldenschirmen, Transferprogrammen und dem billigen Geld der EZB, nicht nur eine monetäre Planwirtschaft in Europa begründen, sondern unsere ökonomischen Lebensgrundlagen nachhaltig zerstören könnte. Gerade hier zeigt sich, wie skrupellos die

Eurokraten mittlerweile vorgehen, um die Transfer- und Fiskalunion auf dem Rücken der Völker zu schmieden: Anders als beim bisherigen EFSF sollen nämlich die Entscheidungen des sogenannten Gouverneursrates, also des obersten Leitungsgremiums des ESM, nicht mehr einstimmig beschlossen werden müssen, sondern schon mit 85 Prozent der Stimmen möglich werden. Damit werden die Hürden deutlich niedriger.

Aber es geht noch weiter: Das Grundkapital des ESM soll ohne besondere Zustimmung der nationalen Parlamente erhöht werden können, und ein etwaiger Zuschuss ist binnen sieben Tagen nach Aufforderung zu zahlen. Leistet ein ESM-Mitglied bei einem Kapitalabruf keine Zahlung, erfolgt an alle ESM-Mitglieder ein geänderter Kapitalabruf zur Einzahlung von höheren Beträgen – eine Einladung an alle schon bankrotten Staaten, die wenigen noch zahlungsfähigen Staaten immer weiter auszuplündern. Diese Zuschüsse in das Grundkapital des ESM können sogar mit einfacher Mehrheit beschlossen werden. Die Mitglieder des Gouverneursrates, den man nur als neuen Obersten Sowjet der Europäischen Union bezeichnen kann, genießen nach den Artikeln 27 und 30 der ESM-Satzung Immunität und tragen damit keine juristische Verantwortung für ihr Handeln. Rechenschaft sind die ESM-Bürokraten keinem schuldig, und irgendwelche Kontrollmöglichkeiten für die nationalen Parlamente existieren nicht.

Gemeinsame Aufgaben meistern

Neben solchen Fragen der inneren Organisation muss in einem neuen Europa einer schrankenlosen Ausweitung der europäischen Integration auf geographisch, kulturell, religiös und ethnisch nicht-europäische Gebiete Asiens und Afrikas wie etwa der Türkei eine Absage erteilt werden. Wünschenswert wären auch Maßnahmen gegen eine ungebremste Massenzuwanderung, die bereits jetzt dazu führte, dass sich in Teilen westeuropäischer Großstädte parallelgesellschaftlich organisierte Strukturen herausgebildet haben.

Auch in einem „Europa der Vaterländer“, wie es Charles de Gaulle vorschwebte, kann und muss es Beriche geben, in denen mit einer Stimme gesprochen wird. Hier sind vor allem die Außen- und Sicherheitspolitik sowie Teile der Wirtschaftspolitik zu nennen. Die europäischen Nationen müssen sich auch gegen Gefahren wie den Weltmächtsanspruch der US-Politik und die wirtschaftliche Aggression durch Niedriglohnländer schützen. Europäische Völker sollten solidarisch sein bei der gemeinsamen Bekämpfung der sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Globalisierung, was nicht zuletzt auch bedeutet, dass die sozialen Systeme in den Mitgliedstaaten so wiederhergestellt werden müssen, dass der Dumpinglohnwettbewerb innerhalb Europas und im Weltmaßstab gestoppt wird.

Letztlich sollte sich Europa außen- und verteidigungspolitisch von Washington emanzipieren. Mit Russland und China stehen Partner bereit, mit denen nicht nur tragfähige Handels- und Wirtschaftsallianzen aufgebaut werden können, sondern die auch eine Alternative zur einseitigen Bindung an die Vereinigten Staaten darstellen.

Alexander Frisch

„Druck auf Syrien erhöht“ Verfassungsschutz enttarnt syrische Agenten

Deutsche Medien loben den Verfassungsschutz über den grünen Klee, weil es ihm gelungen sei, syrische Spione in der Bundesrepublik zu enttarnen. Ein Syrer und ein „Deutsch-Libane“ seien festgenommen worden, gegen weitere sechs Verdächtige ermittle der Generalbundesanwalt. Bundesaußenminister Guido Westerwelle habe daraufhin – im eigenen Land – den Druck auf Syrien erhöht und vier syrische Diplomaten zu unerwünschten Personen erklärt; mit ihren Familien mussten sie Deutschland verlassen.

Den ins Visier des Verfassungsschutzes geratenen Personen wird vorgeworfen, in Deutschland lebende syrische Oppositionelle im Auftrag des syrischen Geheimdienstes ausgeforscht und unter Druck gesetzt zu haben. Es sei unter anderem darum gegangen, Informationen über Veranstaltungen und Demon-

strationen gegen die Regierung von Präsident Assad zu erlangen. Das erscheint allerdings nachvollziehbar, wenn man bedenkt, dass in Syrien nicht nur Veranstaltungen und Demonstrationen gegen das herrschende Regime stattfinden, sondern dass ein erbitterter Bürgerkrieg ausgebrochen ist, der bereits viele Tote gefordert hat.

Nun herrschen im Vergleich dazu in Deutschland geradezu paradiesische Verhältnisse, gleichwohl bespitzelt der sich Verfassungsschutz nennende deutsche Inlandsgeheimdienst bekanntermaßen den etablierten Kräften unliebsame oppositionelle Gruppen, wovon vor allem die NPD und die Linkspartei betroffen sind. Und nicht nur das. Die Verfassungsschutzämter sind über die Sammlung von Informationen schon lange hinausgegangen. Immer wieder waren sie bei Gewalttaten sogenannter Rechtsextremisten ganz

nah an den Tätern dran, so beispielsweise bei dem Solinger Brandanschlag von 1993.

Manche sagen, der Verfassungsschutz sei auf dem rechten Auge blind, andere wiederum beziehen das auf das linke Auge. Auf beiden Augen aber scheint der auch für die Spionageabwehr zuständige Verfassungsschutz blind zu sein, wenn es um die Abwehr von Agenten geht, die für Staaten der „westlichen Wertegemeinschaft“ spionieren. Von dieser Sorte tummeln sich tausende auf deutschem Boden, so aus den USA, Großbritannien, Frankreich und Israel, die vor allem auf Wirtschaftsspionage spezialisiert sind. Man kann davon ausgehen, dass sie sich auch um „oppositionelle“ bundesdeutsche Kräfte kümmern. Demgegenüber dürfte sich der von syrischen Agenten für Deutschland ausgehende Schaden in engen Grenzen halten.

Bundesverfassungsgericht stärkt Versammlungsfreiheit

Demonstrationen an Gedenktagen wie dem 27. Januar sind nur unzulässig, wenn davon Provokationen ausgehen

Von Rechtsanwalt Eike ERDEL

Vor mehr als einem Jahrzehnt, am 26. Januar 2001, erging eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (1 BvQ 9/01) zu einer Versammlung am 27. Januar. Dieses Datum wird seit 1996 in der Bundesrepublik als Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus und seit 2005 international als Holocaust-Gedenktag begangen.

2001 hatte eine Person „aus dem Umfeld der rechtsextremen ‚Kameradschaften‘“, wie es das Bundesverfassungsgericht formulierte, für den 27. Januar eine Versammlung unter dem Motto „Für Meinungsfreiheit – Demo statt Infotisch!“ angemeldet. (Hintergrund des Kundgebungsthemas war, dass das Bezirksamt Hamburg-Wandsbek die Sondernutzungserlaubnis für einen Büchertisch am 23. Dezember 2000 versagt hatte.) Die Versammlungsbehörde verfügte, dass der für den 27. Januar 2001 angemeldete Aufzug zeitlich verlegt werde und am 28. Januar stattfinden solle. Gegen diese Terminverlegung suchte der Anmelder vergeblich Rechtschutz vor den Verwaltungsgerichten und scheiterte schließlich auch vor dem Bundesverfassungsgericht.

Die bisherige Rechtsprechung

Nach der Karlsruher Rechtsprechung darf ein Versammlungsverbot nur zum Schutz von Rechtsgütern, die der Bedeutung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit aus Artikel 8 Absatz 1 Grundgesetz zumindest gleichwertig sind, unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit und nur bei einer unmittelbaren, aus erkennbaren Umständen herleitbaren Gefährdung dieser Rechtsgüter erfolgen. Eine bloße Gefährdung der öffentlichen Ordnung rechtfertigt demnach ein Versammlungsverbot nicht. Obwohl nun aber durch die Versammlung auch nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts kein mit der Versammlungsfreiheit gleichwertiges Rechtsgut gefährdet wurde, bestätigte es die Verfügung der Versammlungsbehörde, indem es die Meinung vertrat, dass die Verlegung des Versammlungstermins vom 27. auf den 28. Januar kein Verbot der Versammlung sei, sondern nur eine Auflage. Im Hinblick auf die bisherige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, wonach die Versammlungsfreiheit auch das Recht umfasst, über den Zeitpunkt der Versammlung zu bestimmen, konnte dies kaum überzeugen. Im-



Zweischneidige Kalendersensibilität. Darüber, wie viel Macht Hitler über unseren Alltag ausüben soll, gehen die Meinungen auseinander. Während die Deutsche Oper Berlin jetzt eine „Terminverschiebung“ bekanntgab und die für den 20. April – Hitlers Geburtstag – vorgesehene Aufführung der Wagner-Oper „Rienzi, der letzte der Tribunen“ auf den 21. April 2012 verlegte („Besucher erhalten die Möglichkeit, bereits gekaufte Karten gegen einen anderen Vorstellungstermin, einen Gutschein oder Erstattung des Kaufpreises umzu-tauschen“), sah die New Yorker Metropolitan Opera kein Problem darin, am 27. Januar 2012 erstmals ihre neu inszenierte „Götterdämmerung“ aufzuführen. In Berlin kam erschwerend hinzu, dass Regisseur Philipp Stölzl mit NS-Versatzstücken nicht sparte, wie auch das Szenenfoto oben zeigt. Wer Rienzi auf dem Obersalzberg ansiedelt, muss dann feststellen, dass sich die Aufführung dieser Oper am 20. April „als schwierig oder unmöglich darstellt“ (O-Ton Deutsche Oper Berlin).

merhin waren dadurch aber die Hürden für das faktische Verbot der Versammlung am 27. Januar niedriger, denn Auflagen für eine Versammlung kann die Versammlungsbehörde schon erlassen, wenn die öffentliche Ordnung gefährdet ist.

Nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts ist es daher mit der grundgesetzlich garantierten Versammlungsfreiheit vereinbar, „wenn die Versammlungsbehörde der Durchführung eines Aufzugs durch Personen aus dem Umfeld der rechtsextremen Kameradschaften an diesem Gedenktag eine Provokationswirkung zumisst und dies als Gefahr einer erheblichen Beeinträchtigung des sittlichen Empfindens der Bürgerinnen und Bürger bewertet“.

Dass eine Mehrheit der Bürger sich der geschichtlichen Bedeutung des 27. Januar bewusst ist und Kenntnis davon hat, dass am 27. Januar 1945 das Konzentrationslager Auschwitz befreit wurde, darf bezweifelt werden. Jedenfalls führte diese Entscheidung dazu, dass von nun an die Versammlungsbehörden

Kundgebungen von „Rechten“ am 27. Januar und auch am 9. November unterbanden. Für den 27. Januar wurden solche Verbote durchweg durch die Gerichte bestätigt. Beim 9. November wurden sie zum Teil aufgehoben, weil sich an diesem Datum nicht nur das Judenpogrom vom 9. November 1938, sondern auch der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 jährt.

Dabei hatte das Bundesverfassungsgericht selbst für Versammlungen am Holocaust-Gedenktag ausdrücklich offen gelassen, wie zu entscheiden wäre, wenn der Organisator der Versammlung ein besonderes Interesse an der Durchführung des Aufzugs gerade an dem 27. Januar hat. Gemeint war damit der Fall, dass ein Interesse an der Versammlung an diesem Datum besteht, ohne dass es einen Bezug zum Holocaust-Gedenktag gibt.

Der Beschluss vom 27. Januar 2012

Ein solches Interesse machte kürzlich der NPD-Kreisverband Trier an einer Versammlung am 27. Januar in „der ältesten Stadt Deutschlands“ geltend. Am Abend dieses Tages hielt der Börsenexperte Professor Max Otte, der als Autor des 2006 veröffentlichten Buches „Der Crash kommt“ eine große Finanzkrise vorausgesagt hatte und nach dem Eintreten seiner Prophezeiungen international bekannt wurde, in Trier in einer öffentlich bekannt gemachten Veranstaltung einen Vortrag mit dem Titel „Von der Finanz- zur Eurokrise“. In Bezug auf diese Vortragsveranstaltung meldete die örtliche NPD für den gleichen Abend eine Versammlung mit dem Motto „Von der Finanz- zur Eurokrise –

zurück zur D-Mark heißt unsere Devise!“ an. Die Stadt Trier verbot diese Veranstaltung bzw. erteilt nach der Diktation des Bundesverfassungsgerichts die Auflage, dass die Veranstaltung einen Tag später, am 28. Januar, stattfinden kann. Die NPD suchte vergeblich, dieses Verbot durch die Verwaltungsgerichte aufheben zu lassen und scheiterte auch vor dem Bundesverfassungsgericht, dem die Sache erst zwei Stunden vor dem geplanten Veranstaltungsbeginn vorgelegt werden konnte.

Das Bundesverfassungsgericht hat allerdings in seiner am 9. Februar 2012 nachgereichten Begründung der ablehnenden Entscheidung vom 27. Januar 2012 (Az. 1 BvQ 4/12) klargestellt, dass der Antrag nur aufgrund einer vorläufigen Güterabwägung im Eilverfahren abgelehnt wurde und dass die NPD durchaus Aussicht auf Erfolg in einem Hauptsacheverfahren habe. Dazu wird in den Entscheidungsgründen ausgeführt:

„Eine Verfassungsbeschwerde wäre vorliegend allerdings weder von vornherein unzulässig noch offensichtlich unbegründet. Zwar hat das Bundesverfassungsgericht entschieden (Beschluss vom 26. Januar 2001), dass die öffentliche Ordnung nicht von vornherein als Schutzgut, das eine zeitliche Verschiebung einer Versammlung um einen Tag rechtfertigen kann, ausscheidet und dass die öffentliche Ordnung auch dann betroffen sein kann, wenn einem bestimmten Tag ein in der Gesellschaft eindeutiger Sinngehalt mit gewichtiger Symbolkraft zukommt, der bei der Durchführung eines Aufzugs an diesem Tag in einer Weise angegriffen wird, dass dadurch zugleich grundlegende soziale oder ethische Anschauungen in erheblicher Weise verletzt werden. Diese Entscheidung ist jedoch als eine auf eine

konkrete Situation bezogene Einzelfallentscheidung ergangen und erlaubt keinesfalls den pauschalen, jeglicher weiteren Begründung entzogenen Rückschluss, dass an Gedenktagen Versammlungen bereits dann nicht durchgeführt werden dürfen, wenn diese in irgendeinem Sinne als dem Gedenken entgegenlaufend zu beurteilen sind. Vielmehr ist die Feststellung erforderlich, dass von der konkreten Art und Weise der Durchführung der Versammlung Provokationen ausgehen, die das sittliche Empfinden der Bürgerinnen und Bürger erheblich beeinträchtigen, wobei eine grundsätzliche Klärung dieser Frage noch aussteht. Vorliegend dürften insofern im Besonderen die Umstände gewürdigt werden müssen, dass das Versammlungsthema keinen ausdrücklichen Bezug zum Gedenktag, sondern zu einem Vortrag zu einem anderen aktuellen allgemeinspolitischen Thema aufweist und dass – soweit ersichtlich – zum Versammlungszeitpunkt am Versammlungsort oder in dessen unmittelbarer Nähe auch keine besondere, an das Unrecht des Nationalsozialismus erinnernde Gedenkveranstaltung stattfindet. Dass von Art und Weise der angemeldeten Versammlung zum beabsichtigten Zeitpunkt Provokationen ausgehen, die das sittliche Empfinden der Bürgerinnen und Bürger erheblich beeinträchtigen, ist vorliegend zumindest zweifelhaft. Dies abschließend zu bewerten, ist aber nicht Aufgabe des Eilverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht. Im Ergebnis kann dies erst in einem Hauptsacheverfahren geklärt werden.“

Was die Entscheidung bedeutet

Die Begründung macht den Eindruck, als wollten die Karlsruher Richter eine Rechtsprechung, die aus dem Ruder gelaufen ist, korrigieren. Dass die Aufhebung des Versammlungsverbots im Eilverfahren gleichwohl abgelehnt wurde, stützte das Bundesverfassungsgericht darauf, dass die Entscheidung erst 30 Minuten vor dem geplanten Versammlungsbeginn getroffen werden konnte und die Polizeibehörden somit nicht mehr ausreichend Zeit hatten, „die insoweit notwendigen Maßnahmen einzuleiten und das hierfür erforderliche Personal und die notwendige Ausrüstung bereitzustellen, um den ordnungsgemäßen Verlauf der Versammlung sicherzustellen“.

Die Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts bedeuten eine Einschränkung der die Versammlungsfreiheit übermäßig zurückdrängenden Rechtsprechung, die dazu geführt hat, dass „Rechte“ an bestimmten Tagen grundsätzlich keine Versammlungen unter freiem Himmel mehr abhalten durften. Im Hinblick auf diese Entscheidung werden die Versammlungsbehörden in Zukunft eine Veranstaltung nicht schon deshalb ablehnen können, weil eine „rechts“ gesinnte Person oder Vereinigung sie an einem Tag abhalten will, der dem Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus gewidmet ist. Verbote bzw. Auflagen dürften demnach nur dann zulässig sein, wenn eine Gedenkveranstaltung in der Nähe der Versammlung stattfindet oder die Versammlung einen Bezug zur nationalsozialistischen Herrschaft hat.

Anzeige

Mit der EU in den Abgrund
ist Deutschland noch zu retten?
Ingmar Knop

**MIT DER EU IN DEN ABGRUND
Ist Deutschland noch zu retten?**
14,90 € | 160 Seiten | bebildert | Best. Nr.: 4606

Was hinter den Kulissen der EU wirklich gespielt wird.
Eine aufschlussreiche Analyse von Rechtsanwalt
Ingmar Knop.

Deutscher Buchdienst • 81204 München • © 089/89608521
Fax: 089/8341534 • www.deutscher-buchdienst.de

Die Bundeswehr nur noch Hilfstruppe der USA?

Das künftige NATO-Konzept der „intelligenten Verteidigung“

Von Rechtsanwalt Eike ERDEL, Oberleutnant der Reserve

Bei der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang Februar dominierten die Unruhen in Syrien und die Haltung des Sicherheitsrates hierzu sowie der Atomkonflikt mit dem Iran die Diskussion. Die Verkleinerung der US-Streitkräfte und ihre Umstrukturierung, insbesondere die Reduzierung der US-Truppenpräsenz in Europa, spielten aber ebenfalls eine wichtige Rolle. Dafür sorgte schon US-Verteidigungsminister Leon Panetta, der die europäischen Staaten einmal mehr aufforderte, mehr Truppen für internationale Militäreinsätze zu stellen.

Nach zehn Jahren massiver Aufrüstung stehen den US-Streitkräften gravierende Einschnitte bevor. Zwar beläuft sich der amerikanische Verteidigungshaushalt noch auf rund 660 Milliarden US-Dollar, angesichts der dramatischen Entwicklung ihres Haushaltsdefizits kommt aber auch die größte Militärmacht der Welt um Einsparungen nicht herum. Verteidigungsminister Panetta kündigte Mitte Januar Kürzungen in Höhe von 487 Milliarden US-Dollar über einen Zeitraum von zehn Jahren an. Im Rahmen der Truppenreduzierung werden demnächst zwei mechanisierte Infanteriebrigaden aus Deutschland abgezogen, als großer Verband soll nur das leichte Stryker-Kavallerieregiment in der Bundesrepublik bleiben.

„USA bleiben stärkste Militärmacht“

Der US-Verteidigungsminister erklärte in München, dass die Vereinigten Staaten „sicherstellen, dass das US-Militär das stärkste der Welt und in der Lage bleibt, die Interessen der USA und ihrer Verbündeten zu verteidigen“. Die US-Verteidigungsstrategie weise Europa „eine dauerhafte strategische Bedeutung“ zu. „Europa bleibt unser wichtigster Sicherheitspartner für militärische Einsätze und diplomatisches Handeln in der Welt.“ Panetta sagte weiter, die flexiblere Verlegung und Stationierung von US-Truppen werde dazu führen, dass neue Einheiten beispielsweise zur Ausbildung nach Europa geschickt werden. Zudem teilte er mit, dass die Vereinigten Staaten sich erstmals mit Kampfeinheiten an der schnellen Eingreiftruppe „NATO Response Force“ (NRF) beteiligen werden. Dazu soll in den kommenden Monaten eine US-Brigade ausgewählt und ein Einsatzverband in Bataillonsgröße nach Deutschland entsandt werden, um dort mit den europäischen Partnern zu üben. Bisher hätten die USA keine Truppen gestellt, weil zu viele Soldaten in Kriegseinsätzen gebunden gewesen seien. Die Vereinigten Staaten wollten aber künftig auch verstärkt Präsenz in Afrika, Lateiname-

rika und in anderen Regionen der Welt zeigen.

Daher müsse Europa endlich selber mehr in seine Sicherheit investieren, so Panetta bei der Sicherheitskonferenz. Die europäischen Verteidigungshaushalte stagnieren allerdings schon seit vielen Jahren, nicht erst seit der Finanzkrise. Nach Beendigung der Blockkonfrontation und der zumindest angenommenen Bedrohung durch die Streitkräfte des Warschauer Paktes wurden die Truppenstärken der europäischen NATO-Staaten deutlich reduziert und die Verteidigungsbudgets erheblich verringert. Anstatt aber die als Verteidigungsbündnis gegen eine sowjetische Bedrohung Westeuropas gegründete NATO aufzulösen oder als

aufzustocken. Eine Hoffnung ruht auf dem ersehnten Ende des Afghanistan-Einsatzes, des größten und teuersten NATO-Einsatzes aller Zeiten. Das würde Einsparungen in Milliardenhöhe bringen. Daneben gehen aber andere Auslandseinsätze weiter und neue sollen hinzukommen.

„Für alle die gleiche Ausrüstung“

Eine Abkehr von weltweiten Militäreinsätzen kommt aber den in München vollzählig vertretenen europäischen NATO-Staaten als Lösung des Problems nicht in den Sinn. Sie versuchen vielmehr, den immer drängender werdenden Forderungen der Vereinigten Staaten nach Be-

nach seinem Willen bei ihrem Gipfel im Mai in Chicago beschließen soll. Dies dürfe aber keine Ausrede für Einsparungen bei den nationalen Armeen sein, warnte Panetta.

Nach dem Konzept der „Smart Defense“ soll nicht mehr jedes NATO-Mitglied alle militärischen Fähigkeiten abdecken können. Angestrebt wird, dass die NATO als Ganzes über umfassende Einsatzmöglichkeiten verfügt. Die Mitgliedstaaten sollen sich auf bestimmte Fähigkeiten spezialisieren. Außerdem sollen einheitliche Waffensysteme eingeführt werden, um bei Bedarf unter den Bündnispartnern ausgetauscht werden zu können. Dadurch könnten Entwicklungs- und Beschaffungskosten gespart werden. Außer-

Frankreich mit dem Leclerc, Großbritannien mit dem Challenger 2 und Italien mit der Ariete noch jeweils über eigene Kampfpanzertypen. Die Niederlande haben ihre Panzertruppe dagegen mittlerweile ganz abgeschafft und ihre Kampfpanzer Leopard 2 verkauft.

Belgien und der Kleinstaat Luxemburg teilen sich bereits zum Teil ihre Rüstungskosten im Sinne der „intelligenten Verteidigung“. Eigentlich verfügt Luxemburg nur über Landstreitkräfte in Stärke eines Infanteriebataillons und zweier Aufklärungskompanien, um aber auch weltweit mitmischen zu können, beteiligt sich Luxemburg mit Belgien zur Hälfte an den Kosten der Anschaffung eines Airbus A400M-Militärtransportflugzeugs und zu einem Viertel an den Kosten eines Transportschiffs der belgischen Marine. Außerdem ist das Binnenland Luxemburg mit gemieteten Seeaufklärern an der Anti-Piraten-Mission vor Ostafrika beteiligt.

US-Rüstungsindustrie als Gewinner

Verteidigungsminister de Maizière ist sich der Folgen des Konzepts für die einzelnen NATO-Staaten durchaus bewusst. „Smart Defense“ heiße, eine Fähigkeit gemeinsam zu haben. „Das ist gegenseitige Abhängigkeit“, bekennt der deutsche Verteidigungsminister und fordert eine neue Mentalität. „Man kann nicht Smart Defense wollen und Abhängigkeiten ablehnen.“ Mit dieser Einstellung dürfte der deutsche Verteidigungsminister unter den großen europäischen Nationen aber allein dastehen. Es ist kaum anzunehmen, dass Großbritannien oder Frankreich auf eine Truppengattung verzichten und sich stattdessen auf andere spezialisieren. Vielmehr dürften die größeren Staaten bestrebt sein, auch weiterhin mit eigenen Truppen das Gefecht der verbundenen Waffen eigenständig führen zu können. Diese Fähigkeiten geben nur kleinere Staaten auf, die ohnehin nicht in der Lage sind, zahlenmäßig nennenswerte Streitkräfte auf die Beine zu stellen. Verteidigungsminister de Maizière ist jedoch bereit, weitere deutsche Fähigkeiten zur Heimatverteidigung aufzugeben, die in seinen sicherheitspolitischen Vorstellungen ohnehin keine Rolle spielt, und dafür die Bundeswehr weiter zu spezialisieren.

Nutznieser des Konzepts der „Smart Defense“ sind die Vereinigten Staaten. Wird das Konzept tatsächlich umgesetzt, können sie die europäischen NATO-Truppen weltweit für die Durchsetzung ihrer Interessen einsetzen, so wie einst Napoleon seine Herrschaft über Europa auf die Truppen des Rheinbundes stützen konnte. Profitieren wird vor allem auch die amerikanische Rüstungsindustrie, denn die Entwicklung einzelner Waffensysteme nur für einen einzelnen NATO-Staat ist bei den geringen Stückzahlen unrentabel.

Die Vereinigten Staaten werden aber immer noch über eine große Streitkraft mit relativ großen Stückzahlen an einzelnen Waffensystemen verfügen, so dass sich die Entwicklung durch die US-Rüstungsindustrie auch in Zukunft lohnt. Daher wird die Standardisierung im Rahmen der „Smart Defense“ dazu führen, dass die europäischen NATO-Staaten sich auf dem amerikanischen Rüstungsmarkt eindecken. So dürfte die amerikanische Rüstungsindustrie trotz der Einsparungen im US-Verteidigungshaushalt mittelfristig ein Gewinner der „Smart Defense“ sein.



Über ihn kann sie sich nicht beklagen: US-Außenministerin Hillary Clinton nimmt bei der vergangenen Münchner Sicherheitskonferenz den deutschen Verteidigungsminister Thomas de Maizière fest in den Blick.

reines Verteidigungsbündnis fortbestehen zu lassen, suchten die Mitgliedstaaten nach und nach ein neues globales Betätigungsfeld als „Weltpolizist“ unter Führung der Vereinigten Staaten.

Diese Entwicklung führte zu immer mehr kostspieligen Auslandseinsätzen, die die europäischen Verteidigungshaushalte stark anspannten und daher zu Einsparungen in anderen Bereichen der Streitkräfte führte. Technisch notwendige Modernisierungen unterblieben aus Kostengründen weitgehend, so dass die Einsatzfähigkeit der europäischen NATO-Streitkräfte immer mehr sank. Leere Arsenale und Ersatzteillager sind charakteristisch nicht nur für die Bundeswehr, sondern für alle europäischen NATO-Staaten. Insoweit besteht Handlungsbedarf. Allerdings können sich die europäischen Staaten in der gegenwärtigen Schuldenkrise kaum erlauben, ihre Militärbudgets

teiligung an weltweiten Interventionen nachzukommen ohne mehr Geld in ihre Streitkräfte zu investieren. Einer, der schon seit einiger Zeit glaubt, die Lösung des europäischen Problems gefunden haben, ist NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen, der die Münchner Sicherheitskonferenz nutzte, um wieder einmal für sein Konzept der „Smart Defense“, der intelligenten Verteidigung, zu werben. Würden die NATO-Länder mehr gemeinsam tun, könnten sie mit begrenzten Mitteln mehr erreichen, so Rasmussens These. „Eine effektive Zusammenarbeit bedeutet nicht, dass jeder die gleiche Ausrüstung kauft“, betonte er. „Aber es bedeutet, dass jeder die Ausrüstung effektiv nutzen können sollte, und zwar zusammen mit anderen Nationen.“

Als Beispiel für die mangelnden Fähigkeiten zur Zusammenarbeit der NATO-Streitkräfte nannte Rasmussen Probleme während des Libyen-Krieges, bei dem sich herausgestellt hatte, dass die amerikanischen F-16-Kampfflugzeuge, die sein Heimatland Dänemark verwendet, keine französische Munition verschießen konnten. Mit den Sparmaßnahmen, der strategischen Neuausrichtung der USA und dem Ende des Kampfeinsatzes in Afghanistan kämen drei große Veränderungen auf die NATO zu. Um daraus gestärkt hervorzugehen, müsse sie das Konzept der „Smart Defense“ verwirklichen, meint der NATO-Generalsekretär. Die Stärke der NATO messe sich nicht nur daran, wie viele Truppen und Stützpunkte sie habe, sondern auch daran, wie eng sie zusammenarbeite. Auch US-Verteidigungsminister Panetta warb für das Konzept der „Smart Defense“, das die NATO

dem soll es mehr multinationale Verbände und Hauptquartiere geben. Das Konzept sieht auch eine Konzentration auf vorrangig benötigte Einsatzfähigkeiten vor. Dies sind weniger schwer gepanzerte Truppen, dafür mehr leichte Infanterieverbände. Ausreichend ist es demnach, wenn die NATO als Ganzes über ausreichend schwere Kampfpanzer verfügt, um einen Krieg wie etwa den zurückliegenden gegen den Irak führen zu können.

Auch Luxemburg mischt mit

Der deutsche Verteidigungsminister Thomas de Maizière ist als ein Befürworter des Konzepts der angeblich intelligenten Verteidigung eifrig dabei, „Smart Defense“ schon vor einer Entscheidung des NATO-Gipfels bei der Bundeswehr umzusetzen. Dies betrifft vor allem die Bereitstellung einer größeren Zahl an Infanteristen für Auslandseinsätze. Die früheren Hauptverteidigungskräfte der Bundeswehr wurden mittlerweile stark gestützt und sind praktisch nicht mehr in der Lage, das Bundesgebiet zu verteidigen. Das dennoch Panzer- und Panzergrenadierbataillone im geringen Umfang unterhalten werden, dient dazu, diese Verbände bei größeren militärischen Auseinandersetzungen im Ausland zusammen mit Kampftruppen anderer NATO-Staaten einsetzen zu können. Dies gilt auch für die größeren Bündnismitglieder wie Frankreich, Spanien, Italien und Großbritannien. Bei vollständiger Umsetzung des Konzepts „Smart Defense“ sollen dann allerdings alle NATO-Staaten die gleichen Kampfpanzertypen besitzen. Derzeit verfügen Deutschland mit dem Leopard 2,



Nach eigener Darstellung die „weltweit wichtigste Konferenz für Sicherheitspolitik“: Blick in die Versammlung der Münchner Sicherheitskonferenz, die am 4./5. Februar dieses Jahres wie immer im Hotel „Bayerischer Hof“ über die Bühne ging.

Toulouse erhält EADS-Hauptquartier

Gab es hinter den Kulissen einen Kuhhandel?

Der deutsche Manager Tom Enders, bislang Unternehmensleiter des europäischen Flugzeugherstellers Airbus, übernimmt ab dem kommenden 1. Juni die Führung der Airbus-Mutter EADS, Europas größtem Luft- und Raumfahrt- sowie zweitgrößtem Rüstungskonzern. Nach einem deutsch-französischen Machtkampf, wie es heißt, kann Enders damit den Franzosen Louis Gallois beerben. Gegen französischen Widerstand habe Enders auch durchgesetzt, dass die Funktionen des Finanz- und des Personalvorstands von EADS und Airbus zusammengelegt werden und der Deutsche Harald Wilhelm gemeinsamer Finanzvorstand wird. Der Franzose Thierry Baril wird gemeinsamer Personalvorstand.

Was sich wie ein deutscher Sieg auf ganzer Linie anhört, wird allerdings durch eine andere Entscheidung Enders tief verdunkelt. Als neuer EADS-Chef werde er, so seine Ankündigung, den Konzern schwerpunktmäßig vom französischen Toulouse aus führen. Es sei betriebswirtschaftlich sinnvoll, Toulouse als stärksten EADS-Standort zum Konzernsitz und einem europäischen Luft- und Raumfahrt-

Drehkreuz zu machen. Enders wörtlich: „Lasst uns ein Hauptquartier haben.“ Bislang befindet sich die Deutschlandzentrale des Konzerns, der aus einer Fusion der deutschen DASA, der französischen Aérospatiale-Matra und der spanischen CASA hervorging, in Ottobrunn bei München und die französische Zentrale in Paris.

Sein Plan bedeute nicht, so Enders Beruhigungs-Pille, dass von Ottobrunn und Paris „alle“ Mitarbeiter umziehen müssten. Doch müsse man sich „von der Zwangsjacke der deutsch-französischen Balance“ endlich befreien. Das Ziel müsse „Chancengleichheit unabhängig von Reisepässen“ sein.

Für Deutschland ist es allerdings nicht nur ein Prestigeverlust, wenn nun die Musik von EADS ausschließlich in Toulouse gespielt wird, es ist auch mit einem Rutschbahneffekt zu rechnen, der am Ende Ottobrunn auf eine unbedeutende Zweigstelle schrumpfen lassen könnte. Der böse Verdacht kommt einem da, dass es hinter den Kulissen zu einem Kuhhandel kam: Enders wird EADS-Chef, dafür verschiebt sich der Konzern weitgehend nach Frankreich.

Ostsee-Wale in Gefahr

Ölfirma will seismische Untersuchungen durchführen

Das Bergamt in Stralsund hat der kanadischen Firma „Central European Petroleum“ (CEP) die Erlaubnis erteilt, vor der Küste Mecklenburg-Vorpommerns Erdöl- und Erdgaslagerstätten in der Ostsee zu erkunden. Davon betroffen, so der Naturschutzbund Deutschland (NABU), sind mindestens 16 Meeresschutzgebiete, in denen seltene Tiere wie der vom Aussterben bedrohte Schweinswal (Bild) ein letztes Rückzugsgebiet gefunden haben.



CEP, deren gleichnamige Tochtergesellschaft in Berlin sitzt, hat über 13.800 Quadratkilometer in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern an Erlaubnisfeldern zugeeilt bekommen. In dem von den CEP-Vorhaben betroffenen Gebiet leben neben den streng geschützten Schweinswalen auch Seehunde und Kegelrobben, außerdem seltene Fischarten wie Stör oder Finte und

mehr als 20 geschützte Vogelarten wie Seetaucher und Flussseeschwalben. „All das ignorieren das Bergamt Stralsund und CEP und riskieren damit schwere Schäden in den einzigartigen und geschützten Gebieten durch die Erlaubnis für seismische Untersuchungen“, kritisiert der NABU.

Die sogenannten 3D-Seismik, die zur Anwendung kommen soll, erzeugt in schneller Abfolge explosionsartige Knalle – eine hohe Belastung für die geräuschempfindlichen Wale! Abgesehen davon besteht die Gefahr, dass Meerestiere direkt verletzt oder aus ihren wichtigen Lebensräumen vertrieben werden.

Entlarvende Doppelmoral

„Prominente ohne Maske“ klärt auf

Wenn prominente Persönlichkeiten unserer Tage sich zu Rechtsextremismus und Vergangenheitsbewältigung äußern, dann ist es manchmal recht spannend und aufschlussreich, mehr über sie zu erfahren. Denn nicht selten entpuppt sich der Moralprediger bei genauerem Hinsehen als Doppelmoralist. Beispiel: Wenn Hans-Jochen Vogel Mut und Toleranz in Dresden predigt, dann sollte er daraufhin seinen eigenen Lebenslauf vielleicht mal überprüfen. Oder wie war es bei ihm um Zivilcourage und dergleichen unter dem Nationalsozialismus bestellt? Darüber Aufschluss gibt das bemerkenswerte Personenlexikon Prominente ohne Maske, herausgegeben von Dr. Gerhard Frey.

Enthalten sind 1.000 Lebensläufe bekannter Zeitgenossen, die beim Lesen immer wieder Aha-Erlebnisse

garantieren. Der Leser erfährt viele Details, die tief blicken lassen.

„Prominente ohne Maske“ fußt auf Erkenntnissen des einzigartigen DSZ-Archivs. In den achtziger Jahren waren mehrere Bände dieser Reihe erschienen und hatten für erhebliches Aufsehen in der Bundesrepublik Deutschland gesorgt. Die Titel sind längst vergriffen. Um die spektakulärsten Erkenntnisse zu erhalten, ist der Band „Prominente ohne Maske – Neu“ vielfach überarbeitet und aktualisiert worden. Von diesem Titel ist jetzt noch eine Restauflage erhältlich, und es ist vor allem jüngeren Lesern sehr zu empfehlen, sich dieses Buch zu sichern.

Buchtipp: Dr. Gerhard Frey: **Prominente ohne Maske – Neu**. 400 Seiten, € 24,90.

Presseschau

Wird der Iran in den Krieg gezwungen?

Zeit-Fragen

Zürich, 6. Februar 2012

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrter Herr Außenminister, die Europäische Union, angekündigt durch Sie, Herr Minister Westervelle, beschließt scharfe Sanktionen gegen den Iran, Sanktionen, die die Menschen in diesem ebenso kultivierten wie ursprünglich deutsch-freundlichen Land noch härter treffen müssen als unsere unkluge Politik bis gestern ohnedies. Derartige Sanktionen, die ein Land daran hindern sollen, geordnete internationale Handelsbeziehungen aufrechtzuerhalten, die sein wirtschaftliches, politisches und soziales Funktionieren fundamental beeinträchtigen. Diese Sanktionen sind nur noch vergleichbar mit der aggressiven US-Seeblockade vor dem seinerseits regional hoch aggressiven und unterdrückerischen Japan, die das absolut importabhängige Land zum Gegenangriff zwang: mit der japanischen Luftwaffe auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941. Der Krieg endete bekanntlich mit dem schrecklichen amerikanischen Terror-Verbrechen des Abwurfs zweier Atombomben über den Großstädten Hiroshima und Nagasaki. Jetzt bringen die USA mit dem Iran erneut ein Land in diese Lage, in der es zuletzt nur noch zu den Waffen greifen kann, die einzelne NATO-Länder bereits jetzt schon einsetzen. Die Politik der USA macht einen großen Krieg immer schwerer vermeidbar. Und Deutschland ist stets dabei, als ob es kein gestern und kein morgen gäbe.

Heute lagern auf der US-Marinebasis Diego Garcia riesige 15-Tonnen-Uranbomben, eigens für den Einsatz gegen Iran. Israel erhielt Hunderte schwerer Uranbomben, eigens für den geplanten Angriff gegen Iran. Diese Waffen verletzen wegen ihrer unspezifischen Breitenwirkung, die zwangsläufig auch zivile Bevölkerungsteile verletzen muss, geltendes Recht und hätten längst verboten werden müssen. Rechtswidrig hat Deutschland nichts unternommen, um ein solches Verbot bewirken zu helfen. Herr Minister Westervelle, als die besten Experten unseres Landes in Ihrem Hause vorstellig wurden, um die verheerende, völkermordende Wirkung dieser Waffen darzulegen und auf politische Schritte gegen ihre fortgesetzte Anwendung durch unsere wichtigsten Verbündeten drangen, haben Ihre Beamten sie kalt abgewiesen.

Die zweite große Provokation der NATO ist, dass entgegen den berechtigten und offenen Warnungen des Iran, zwei Flugzeugträger der USA, begleitet von französischen und britischen Flotteneinheiten, in den letzten Stunden in den Persischen Golf eingelaufen sind. Ein dritter hält sich in Schlagdistanz zum Iran. Drei Flugzeugträger-Gruppen reichen aus, um den Iran anzugreifen.

Christoph R. Hörstel

Weiterführende Literatur:

Geheimsache! / Was nicht im Geschichtsbuch steht
Dr. Gerhard Frey (Hg.): **Genießen Sie Meinungsfreiheit?!** / Begegnungen aus sechs Jahrzehnten National-Zeitung
David Korn: **Wem dient Merkel wirklich?**

Freuden-Kundgebungen für Russland

Süddeutsche Zeitung

München, 8. Februar 2012

Russischen Angaben zufolge hatte Lawrow der syrischen Führung eine

Botschaft des russischen Staatschefs Dmitrij Medwedjew übermittelt. Assad-Anhänger begrüßten die Russen in Damaskus mit Freudentemonstrationen. Da Assad über eine große Anhängerschaft verfügt, drücken sie aber auch die Stimmung von Teilen der Bevölkerung aus. Lawrow hatte den westlich-arabischen Entwurf für eine UN-Resolution nach dem russisch-chinesischen Doppelveto als übereilt bezeichnet. Die Kritik aus dem Westen an dem Veto nannte er eine „hysterische Reaktion“.

Moskau und Peking fürchten, dass eine UN-Resolution – wie in Libyen – den Weg ebnen soll für eine Militärintervention und den Regimewechsel in Damaskus. Moskau und Damaskus verbindet eine jahrzehntealte Freundschaft aus sowjetischer Zeit. Nach dem Untergang der UdSSR ist Syrien der letzte Partner in Nahost, Moskau unterhält in Tartus seinen einzigen Flottenstützpunkt am Mittelmeer.

Syrien soll ein zweites Libyen werden

Frankfurter Allgemeine

9. Februar 2012

Peking teilt die russischen Befürchtungen, dass aus der Syrien-Resolution ein neues „Libyen“ hätte werden können. Die „Volkszeitung“ hat ausdrücklich Libyen als negatives Vorbild für das Vorgehen in Syrien beschrieben. Nach der Enthaltung in der Libyen-Resolution nahmen die Dinge dort einen Gang, der nicht in Chinas Sinn war. Wenige Tage nach der Resolution begannen Luftangriffe amerikanischer und britischer Flugzeuge auf Gaddafis Truppen. Das militärische Eingreifen der Nato brachte den Sturz Gaddafis, schließlich seinen Tod. Die Nato habe die Resolution missbraucht, um militärisch einzugreifen und einen Machtwechsel zu erzwingen, heißt es jetzt in der „Volkszeitung“.

Die Vereinten Nationen hätten nicht das Recht, Machtwechsel und militärisches Eingreifen zu verlangen, schreiben chinesische Zeitungen, sie bezeichnen ein solches Vorgehen als völkerrechtswidrig. Die „Volkszeitung“ verlangt, man dürfe es nicht zulassen, dass der Weltsicherheitsrat zu einem Ermächtigungsorgan „einiger Staaten“ werden könnte.

Andere scheuen sich nicht, Namen zu nennen. Den Vereinigten Staaten wird vorgeworfen, mit internationalem Druck nur eine Durchsetzung ihrer Interessenpolitik im Mittleren Osten erreichen zu wollen. Die Vereinigten Staaten und Europa wollten nur unter dem Vorwand der Demokratisierung ihre Einflusszone ausdehnen.

Darf der Toten gedacht werden?

JÜDISCHE ALLGEMEINE

Berlin, 9. Februar 2012

Eigentlich könnte man inzwischen zynisch werden: Alle Jahre wieder gibt es Debatten, wie auf die Aufmärsche der Neonazis in Dresden in den Tagen um den 13. Februar reagiert werden soll. Der damalige Ministerpräsident Kurt Biedenkopf verkündete, die Sachsen seien immun gegen Rechtsextremismus. So konnten in Dresden jährlich größer werdende rechtsextremistische „Gedenkmärsche“ ihre Route ungehindert durch die Innenstadt und ab 2002 sogar unmittelbar an der Synagoge vorbei nehmen. Der Protest dagegen blieb lange Zeit auf wenige beschränkt.

Wir als Dresdner jüdische Gemeinde gehörten von Anfang an dazu und mussten uns lange Zeit anhören, dass

es besser wäre, diese Märsche nicht zu beachten, um ihnen nicht zuviel Aufmerksamkeit zu bescheren. Am 13. Februar sei „stilles Gedenken“ an die Bombenopfer angesagt und kein „lautstarker Protest“. Inzwischen hat sich die Situation grundlegend gewandelt. Die Oberbürgermeisterin und die Stadtverwaltung haben etwa mit Menschenketten eigene Initiativen entwickelt. Bürger protestieren mit Mahnwachen, und Tausende Engagierte aus ganz Deutschland kommen seit mehreren Jahren, um das Bündnis „Dresden nazifrei“ zu unterstützen, das auch zu friedlichen Blockaden aufruft. Im Grunde ist die Breite und zahlenmäßige Stärke erreicht, die notwendig ist, um dem Treiben der Neonazis ein Ende zu setzen.

Kalte Dusche für Paris

DIE WELT

Berlin, 8. Februar 2012

An der Börse hängt die Exportnation Deutschland den Partner Frankreich ab. Am Montagabend lächelten die deutsche Kanzlerin und der französische Präsident noch traut in die Fernsehkameras, prompt kam am Dienstag die kalte Dusche.

Es war eine Zahl, die auch die Börsenentwicklung bestimmen wird – dieses Jahr und weit darüber hinaus. Diese Zahl war der Saldo der französischen Handelsbilanz, denn die war schlecht. Für fast 70 Milliarden Euro haben die Franzosen vergangenes Jahr mehr ein- als ausgeführt.

Ein ganz anderes Bild ergibt sich östlich des Rheins: Die deutschen Ein- und Ausfuhrzahlen für Dezember sind noch nicht veröffentlicht, doch schon bis November erzielte die Bundesrepublik einen Überschuss von 146 Milliarden Euro.

Mehr Rechte für Menschenaffen

Neue Zürcher Zeitung

9. Februar 2012

Die Grenze zwischen Mensch und Tier scheint festgefügt zu sein. Für viele kommt alleine die Idee, daran zu rütteln, einer Provokation gleich. Wie heißt es im Katechismus der katholischen Kirche? „Gott hat die Tiere unter der Herrschaft des Menschen gestellt, den er nach seinem Bild geschaffen hat.“ Die Hierarchie ist klar: oben die Menschen, unten die Tiere. Die alte Scala naturae, die Stufenleiter der Lebewesen, die vom Wurm bis zum Menschen reicht, hat in unseren Köpfen weiterhin Bestand. Das Niederreißen der Barriere zwischen Tier und Mensch verletzt unser Selbstwertgefühl. Sigmund Freud stellte die Diagnose: Die Erkenntnis, dass der Mensch dem Tierreich entstamme, erfahren wir als kränkend.

Umso mehr stößt die mittlerweile 20 Jahre alte Forderung vor den Kopf, nicht nur uns, sondern allen Menschenaffen gewisse Privilegien einzuräumen: Recht auf Leben, Schutz der individuellen Freiheit und Verbot der Folter. Begründet wird die Ausweitung der moralischen Gemeinschaft mit der Ähnlichkeit innerhalb der Menschenaffen-Familie. Die Forderung ist weit davon entfernt, umgesetzt zu werden, auch wenn in Deutschland wieder entsprechende Bestrebungen in Gang kommen. Doch sie stellt die Frage nach dem Umgang mit unseren nächsten biologischen Verwandten auf radikale Weise. Das kann uns, die wir nicht die Krone der Schöpfung sind, nur gut tun.

Eckel, Posipal, Herberger

Große Fußball-Erinnerungen

Eine wahrhaftige Fußball-Legende konnte in der vergangenen Woche ein rundes Jubiläum feiern: Horst Eckel wurde achtzig Jahre alt! 1954 gehörte er zur Weltmeistermannschaft von Sepp Herberger. Neben Hans Schäfer und Ottmar Walter zählt er zu den letzten noch lebenden Spielern der unvergessenen Elf. Für Deutschland absolvierte er 32 Länderspiele, darunter alle sechs WM-Partien 1954. Im rheinland-pfälzischen Vogelbach geboren, spielte der Stürmer zunächst einige Jahre bei seinem Heimatverein, um dann zum 1. FC Kaiserslautern zu wechseln, für den er 213 Male auf dem Platz stand. Die Vereinstreue der damaligen Spieler war eine Wohltat, vergleicht man die Laufbahnen damaliger Fußball-Größen mit klickenden Söldnern von heute. Klar, dass es einen Empfang für Horst Eckel quasi auf Heimatboden, nämlich im Fritz-Walter-Stadion in Kaiserslautern gab.

pesterin geboren, war 15-jährig im Zuge eines Abkommens mit Rumänien nach Deutschland gekommen. Dort blieb er und landete – entdeckt durch Trainer Knöpfle – beim Hamburger SV, mit dem er über 500 Spiele bestritt und zahlreiche nationale Erfolge feierte. Am 17. Juni 1951 trat er erstmals mit dem Adler auf der Brust für Deutschland an.

Für Sepp Herberger war Posipal nicht nur als Spieler, sondern auch als „Lauscher“ von Bedeutung. Man sagt, Posipal, der perfekt Ungarisch sprach, habe als Ersatzspieler die Bank der Ungarn „ausspioniert“. Als Spieler war er ungemein kopfballstark. Wegen seiner Vielseitigkeit wurde er in der DFB-Auswahl gleich auf vier Positionen eingesetzt. Er war Stellvertreter von Fritz Walter als Kapitän der Weltmeistermannschaft.

Horst Eckel, Ottmar Walter und Jupp Posipal: Drei große Stützen der Wunderelf von Bern. Von seinem Trainer Sepp Herberger schwärmt

gungen weiter an seiner Idealmannschaft. Große Turniere konnten allerdings nicht stattfinden. Und nach dem Krieg, als sogar eine DFB-Wiederbegründung von den Alliierten zunächst abgelehnt wurde, war der deutsche Fußball zwar am Boden, aber Herberger (ab 1933 NSDAP-Mitglied, später als „Mitläufer“ klassifiziert) nie untätig. 1950 konnte er unter dem fünften DFB-Präsidenten Dr. Bauwens seine Arbeit wieder aufnehmen. Der Beginn einer großen Zeit. Bauwens bewegte zunächst die Schweiz dazu, eine Aufnahme des DFB in den Fußball-Weltverband zu beantragen. Mit Erfolg. Und so konnte Deutschland zur Fifa zurückkehren und wieder internationale Spiele bestreiten. An eine WM-Teilnahme 1950 aber war noch nicht zu denken. Teilung und sportpolitischer Boykott zeigten Wirkung.

Dass sich unsere Mannschaft dann für das Turnier 1954 in der



Deutschlands große Stunde: Sepp Herberger und seine WM-Helden nach dem Sieg über Ungarn 1954.

Horst Eckel – und auch das zeichnet ihn aus – erinnerte an seinem Geburtstag auch an den erkrankten Kameraden Ottmar Walter und sandte die besten Grüße. Der Fritz-Walter-Bruder, ebenfalls Mitglied der Herberger-Elf von damals, leidet unter Alzheimer. Und auch den 15. Todestag von Jupp Posipal hatte Horst Eckel nicht vergessen. Der Verteidiger, der im Endspiel von Bern gegen Ungarns Wunderstürmer so herausragend agiert hatte, war 1997 in Hamburg gestorben.

Horst Eckel bis heute. Der gebürtige Mannheimer hatte selbst drei Länderspiele für Deutschland bestritten, war zunächst Assistent von Reichstrainer Nerz (der 1949 im Sowjet-KZ Sachsenhausen umkam) und übernahm die Truppe als Bundestrainer 1936 dann selbst. 172 Male war er der „Chef“, wie ihn seine Spieler nannten. Die Weltmeisterschaft 1938 in Frankreich verlief noch enttäuschend. Deutschland schied, unter schadenfrohem Jubel mancher Franzosen, frühzeitig aus.

Schweiz qualifizieren konnte (unter anderem durch absurde Spiele gegen das Saarland), war bereits ein überragendes Herberger-Verdienst. Und dann nahm das „Wunder von Bern“ Gestalt an. Mit herausragenden Herberger-Ideen schaffte es die deutsche Mannschaft sensationell bis ins Endspiel. Dass dann dort auch noch Ungarns Wunderelf mit 3:2 bezwungen werden konnte, ist bis heute eigentlich unglaublich und nicht nur von sportlich herausragender Bedeutung für den weiteren Weg der Bundesrepublik Deutschland. Der Sieg von 1954 war tatsächlich mehr als „nur“ ein Titel ...

„Deutschland, Deutschland über alles ...“ erschallte es im weiten Rund des Stadions während der Siegerehrung in Bern. Ein historischer Moment und gleichzeitig auch die Wiedergeburt der deutschen Nationalhymne, die alle Diskussionen um eine neue Hymne verstummen ließ. Der „Spiegel“ vom 7. Juli 1954 formulierte über Sepp Herberger, der deutsche Tugenden stets glaubhaft verkörperte und mit Nationalheld Hans-Ulrich Rudel befreundet war: „Deutschland erhob sich, und Europa erbebt, weil Josef Herberger, ein gemütlicher kleiner Mannheimer mit verwittertem Bergbauern-Gesicht, die von ihm trainierte deutsche Mannschaft zum größten Triumph der deutschen Sportgeschichte geführt hatte.“

Sven Eggers

Titel an Deutsche

Zum erfolgreichen Wintersport-Wochenende

Felix Loch ist Rodel-Weltmeister! Der Berchtesgadener dominierte bei den Titelkämpfen in Altenburg und siegte im Einer vor Albert Demtschenko aus Russland und Altmeister Armin Zöggeler aus Südtirol. Für Loch war es nach 2008 und 2009 der dritte Titel im Einzelwettbewerb. Zudem gewann er auch mit der deutschen Staffel vor Russland und Kanada. Bei den Damen siegte Tatjana Hüfner aus Friedrichroda. Für sie war es der vierte WM-Titel. Silber gewann Tatjana Ivanova (Russland). Der dritte Platz ging an Natalie Geisenberger aus Miesbach. Die Österreicher Andreas und Wolfgang Linger siegten im Doppelsitzer. Toni Eggert und Sascha Benecken aus Suhl blieb Silber, Peter Penz und Georg Fischler aus Österreich fuhren Bronze ein. Damit sind die deutschen Athleten im Rodelsport weiterhin unangefochten und unterstrichen eindrucksvoll ihre Ausnahmestellung.

Es steht nun die Weltmeisterschaft der Bob-Fahrer in Lake Placid an. Die Generalprobe in Calgary gelang aus deutscher Sicht glänzend. Der Viererbob um Manuel Machata gewann das abschließende Weltcup-Rennen vor Europameister Maximilian Arndt. Russland, Lettland und Kanada (Plätze 3, 4 und 5) konnten den BRD-Doppelsieg nicht verhindern. Im Zwei-

er-Wettbewerb siegten die Schweizer. Der Einlauf: Hefti/Lamparter vor Machata/Bredau (Potsdam) und Arndt/Kuske (Oberhof/Potsdam). Bei den Damen gewannen in Calgary zwar die Kanadierinnen, in der Gesamtwertung aber waren die Deutschen nicht zu schlagen. Weltcupsiegerin wurde Cathleen Martini aus Oberbärenburg. Platz 2 ging an Anja Schneiderheinze. Dritte wurde Sandra Kiriasis.

Erfolge gab es am Wochenende auch für die deutschen Biathleten, die im finnischen Kontiolampi zusammenkamen. Das Sprintrennen über 7,5 Kilometer gewann bei den Frauen Magdalena Neuner, die einmal mehr die Konkurrenz aus aller Welt distanzierte und auch die Gesamtwertung anführt. In der 10-Kilometer-Folgebahn wurde sie darüber hinaus Zweite hinter Lokalmatadorin Mäkäräinen.

Weitere erfreuliche Platzierungen vom Wochenende: Beim Eisschnelllauf-Weltcup in Hamar (Norwegen) lief Stephanie Beckert aus Erfurt auf Platz 2 über 3.000 Meter. Ski-Rennfahrerin Marlies Schild aus Österreich gewann den Slalom-Weltcup in Andorra. Kathrin Zettel wurde Dritte. Im Riesenslalom kam Maria Höfl-Riesch aus Garmisch-Partenkirchen auf Platz 3, Manuela Mölgg aus Südtirol auf Platz 4.

(Selbst-)Demontage von Jan Ullrich

Doping: Ausnahme-Radsportler verurteilt

Der bundesdeutsche Rad-Rennfahrer Jan Ullrich ist vom Internationalen Sportgerichtshof des Dopings für schuldig befunden worden. Alle seine Erfolge ab 2005 wurden ihm rückwirkend aberkannt, bis 2013 ist er gesperrt. Seine Laufbahn hatte Jan Ullrich jedoch schon 2007 beendet. Er will das Urteil nicht anfechten. Zurück bleibt die Demontage eines großen Sportlers. Und zudem die Erkenntnis, dass der professionelle Radsport unserer Tage schlicht und einfach nicht mehr sauber ist. Es gilt mittlerweile ein Generalverdacht.

„Ich habe niemanden betrogen.“ – Das hatte Ullrich seit Jahren immer wieder beteuert. Seit 2006 stehen die Vorwürfe (nicht nur) gegen ihn im Raum. Die Erklärungen wurden allerdings immer dünner und immer einsilbiger. Nun kann man auf seiner Internet-Seite lesen: „Ich bestätige, dass ich Kontakt zu Fuentes (spanischer „Doping-Arzt“, die Red.) hatte. Ich weiß, dass das ein großer Fehler war, den ich sehr bereue. Für dieses Verhalten möchte ich mich bei allen aufrichtig entschuldigen – es tut mir sehr leid“, so die Mitteilung. „Rückblickend würde ich in einigen Situationen während meiner Karriere anders handeln.“ Zur Erklärung fällt Ullrich ein: „Ich wollte für die Tour 2006 noch mal alles rausholen. Nach meinem Tour-Sieg 1997 und fünf zweiten Plätzen war der Druck der Öffentlichkeit, der Sponsoren und auch mein Eigendruck immens groß. Alle wollten einen zweiten Tour-Sieg, besonders nach dem Rücktritt von Lance Armstrong.“

Nach seiner Suspendierung kurz vor dem Tour-Start 2006 habe er sich nicht in der Lage gefühlt, zu gestehen: „Die ganze Welt wollte mich an die Mauer stellen und dann bin ich instinktiv in Deckung gegangen, habe mich erst mal zurückgezogen“, so Ullrich. „Ich wollte schon damals, kurz nach meiner Suspendierung, den Fehler, den ich

gemacht habe, öffentlich eingestehen, aber mir waren die Hände gebunden.“ Auf Anraten seiner Anwälte habe er zu den Vorwürfen geschwiegen.

Jan Ullrich, geboren 1973 in Rosstock, hatte 1997 die Tour de France gewonnen und damit weltweit für Aufsehen und Begeisterung gesorgt. Bereits mit neun Jahren bestritt er seine ersten Radrennen, ehe er dann in die Obhut des damaligen „Ostberliner Dynamo-Internats“ gelangte. 1993 wurde Jan Ullrich Straßen-Weltmeister der Amateure in Oslo. Dieser Erfolg war sein großer sportlicher Durchbruch. Im Jahre 1994 erkämpfte er einen dritten Platz bei der Weltmeisterschaft für Amateure-Straßenrennfahrer, 1995 wurde er deutscher Zeitfahrmeister über 50 Kilometer. Schließlich wechselte Jan Ullrich ins Lager der Profis. 1996 gewann er erstmals eine Tour-de-France-Etappe und wurde am Ende sensationell Zweiter. Sein Tour-Triumph im Jahr darauf wurde durch die Wahl zum „Weltradsportler des Jahres“ komplettiert. Außerdem siegte er 1997 auch noch bei der deutschen Straßenmeisterschaft. Im Jahre 1999 erreichte er den Weltmeister-Titel im Einzelfahren und gewann die Spanien-Rundfahrt. Er ist Olympiasieger im Straßenrennen und Silbermedaillengewinner im Einzelzeitfahren (2000).

Isaf tötet Kinder

Das Schuldkonto der internationalen „Schutztruppe“ Isaf in Afghanistan wird immer länger. Vergangene Woche teilte der afghanische Präsident Karsai mit, bei einem Luftangriff der Isaf in der Provinz Kapisa im Osten des Landes seien acht Kinder getötet worden. Er habe eine Untersuchung angeordnet. Die Isaf reagierte, wie immer in solchen Fällen, mit der lapidaren Mitteilung, nun sei zu prüfen, was genau geschehen sei.

Herbergers „Lauscher“

Jupp Posipal, am 20. Juni 1927 in Lugosch im Banat als Sohn eines Donauschwaben und einer Buda-

Herberger bastelt und formt

Auch in den Kriegsjahren bastelte Herberger unter erschwerten Bedin-

Anzeige



WER REGIERT DIE USA?
12,90 € | 144 Seiten | bebildert | Best. Nr.: 4962

Wer sitzt an den Schalthebeln?

Wer entscheidet wirklich?

Der wahre Einfluss von Israel-Lobby, Super-Reichen und Globalisierern

Deutscher Buchdienst • 81238 München • © 089/89608521
Fax 089/8341534 • info@deutscher-buchdienst.de

Leserbriefe

Senden Sie Ihren Leserbrief an:
DSZ-Verlag, Leserbriefe, 81238 München
Fax: 089/8341534 | leserbriefe@dsz-verlag.de

Das ist alles andere als Sparen

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel, die von Ihnen forcierte Sparvereinbarung der Euro-Staaten muss als Täuschung der Bevölkerung betrachtet werden. Sparen erreicht man nicht durch Vereinbarungen, sondern durch Senkung der Ausgaben.

Der von Ihnen geförderte ESM-Vertrag übertrifft das Grundgesetz, den Maastricht-Vertrag und die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Er zwingt Deutschland, in die unkontrollierbare ESM-Superbank 190 Milliarden Euro einzubezahlen. Auch das ist kein Ausdruck eines Sparwillens.

Das Problem besteht darin, dass Sie bis zur Möglichkeit Ihrer Abwahl noch weitere irreparable Schäden anrichten werden.

Dipl. Chem. Dr. H. Penner,
Linkenheim

Schamlos

Sehr geehrter Herr Dr. Frey, wie Medien berichten, wird eine Arbeitsgruppe des Mainzer Stadtrates in den kommenden Monaten Namen von Straßen, Plätzen und Denkmälern auf ihre Benennungen in der NS-Zeit kritisch hinterfragen. Der Antrag stammt, wie könnte es anders sein, von der Stadtratsfraktion der Grünen. In der Arbeitsgruppe vertreten sind neben Grünen CDU, SPD und FDP. Kulturdezernentin Grosse hofft auf „gute Ergebnisse, die dem ausgeprägten Geschichtsbewusstsein der Mainzer entsprechen“.

Immer wieder frage ich mich, wie viel Nestbeschmutzung ein Volk erträgt. Mitunter fühlt man sich in die Zeit der Inquisition

versetzt. Gibt es wirklich keine Probleme unserer Zeit, die uns unlösbar scheinen und die Menschen belasten?

P. Wallauer, Mainz

US-Stützpunkt Ramstein

Der Standort Ramstein, der größte US-Luftflottenstützpunkt außerhalb der USA, wird nun zur Raketenbasis umfunktioniert. Die Folgen dieser weiteren Preisgabe deutschen Hoheitsgebietes führten zur Einzementierung der Position als US-Kolonie. Leute wie Merkel, de Maizière, Westerwelle und „Atlantiker“ führen unaufhaltsam die Blockbildung und somit einen neuerlichen „Kalten Krieg“ herbei. Deutschland begibt sich in das Fadenkreuz heute noch befreundeter Nationen.

Das Betrübliche jedoch ist, dass deutsche Politiker an allen Besatzungsstandorten den Verbleib der US-Soldaten gut heißen oder einfordern. Natürlich gibt es Standortprofiteure, aber wiegen marginale Vorteile für kleine Regionen die Preisgabe einer ganzen Nation auf?

A. G. Höher, Feistritz/Drau

Friedensfürst Obama

Sehr geehrter Herr Dr. Frey, der große Friedensfürst Barack Obama lässt die Katze aus dem Sack und erklärt ganz ungeniert, so, als ob es die natürlichste Sache der Welt wäre, dass dann, wenn bezüglich Syrien im Sicherheitsrat keinen Beschluss zustande kommt, die USA eben ohne diesen selber handeln würden, d. h. sie auch ohne Beschluss ihre Bomben werfen und Raketen abfeuern würden. Na bravo, es lebe die Völkergemeinschaft.

M. Greller, Linz

Wen hat der Iran überfallen?

Die NATO soll auf der Insel Korsika den israelischen Luftstreitkräften einen Bombenabwurfplatz zur Verfügung gestellt haben, um Luftangriffe auf Atomanlagen im Iran zu üben. Damit unterstützt das Militärbündnis die Vorbereitungen für einen völkerrechtswidrigen Militärschlag. Israel ist das letzte Land, das sich anmaßen dürfte, andere Länder zu maßregeln. Es hat sich widerrechtlich Atombomben gebaut und bedroht damit den ganzen Nahen und Mittleren Osten.

Nichts wäre natürlicher, als wenn weitere Länder in der Region sich atomar rüsten. Den Iran aber will man angreifen. Das ist eine Ungleichbehandlung, die durch nichts zu rechtfertigen ist. Der Iran hat seit weit mehr als hundert Jahren nicht ein einziges Land angegriffen. Israel hingegen hat viele Angriffskriege geführt und übt eine schreckliche Besatzungspolitik in Palästina aus.

Dr. S. Vogel, Potsdam

Vergessene Sudetendeutsche

Sehr geehrter Herr Dr. Frey, die an den Sudetendeutschen verübten Tötungen, Massaker, Vertreibungen und Enteignungen werden ganz locker abgetan. Warum ist da nie die Rede davon, dass die Vergangenheit lebendig erhalten werden muss und dass Vergessen eine Beleidigung der Opfer bedeutet?

A. Küster, Wien

Empfehlenswert: Gedenkmedaille „**Vertriebene**“, erhältlich in Gold und Silber (siehe Anzeige Seite 15).

National * Zeitung

DEUTSCHE WOCHENZEITUNG | 61. JAHRGANG

Verehrter Leser!

Mit jedem Kauf der National-Zeitung und jedem Abonnement – einschließlich Geschenk- und Patenschafts-Abonnement – stärken Sie die deutsche Sache. Bedienen Sie sich bitte des Antrags auf der letzten Seite oder rufen Sie unsere Abonnementabteilung unter der Nummer 089-89608569 an.

Sie sichern den Bestand der National-Zeitung auch, indem Sie die DSZ Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH in Ihrem Testament mit einer Erbschaft oder einem Vermächtnis bedenken. Bei einem eigenhändigen Testament muss der gesamte Text vollständig handgeschrieben und am Schluss unterschrieben werden. Auch Orts- und Datumsangabe sind sinnvoll.

Wegen aller Fragen, auch zu Form, Inhalt und Verwahrung eines Testaments können Sie sich jederzeit vertraulich wenden an:

DSZ Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH
Paosostraße 2, 81243 München
☎ 089/8960850 • Fax 089/8341534
info@dsz-verlag.de

Ihnen gute Wünsche und beste Grüße



Dr. Gerhard Frey

Wer schützt die Menschenrechte?

Sehr geehrter Herr Dr. Frey, mit Verwunderung nehme ich zur Kenntnis, wie mit „Bestürzung und Entsetzen“ auf das Veto von Russland und China bezüglich einer Verurteilung Syriens reagiert wird.

Haben nicht die USA unzählige UN-Resolutionen gegen Israel durch ihr Veto blockiert? Und ausgerechnet von dieser Seite spielt man nun die entrüsteten Verteidiger der Menschenrechte, obwohl Schikanen Israels gegenüber den Palästinensern hinreichend bekannt sind.

Es überrascht mich nur, dass dies von keiner Seite angesprochen wurde. Dass hier von unserem „deutschen“ Außenminister nichts zu hören ist, wundert mich wiederum nicht, denn der stimmt so ab, wie es von Israel gewünscht wird.

H. Fendler, München

Bergpredigt für alle

Zu: *Wo der Mord beginnt*, National Zeitung vom 3. Februar 2012

Der Hinweis auf die Bergpredigt ist für alle in dieser Gesellschaft beachtenswert. Selbst die politische Mitte ist hier erkenntnisunwillig, wie es uns auch die Außenpolitik der Kriegskanzlerin mit Grausen lehrt.

Die „angeborene Gutmütigkeit und Weichherzigkeit der Deutschen“, die uns der französische Schriftsteller Stendhal 1822 zugestand, war wohl eher ein verspätetes Dankeschön an die deutsche Teilnehmer des Wiener Kongresses (1814 bis 1815), die Frankreich nach seinem verlorenen europäischen Eroberungskrieg in menschlicher Größe ungeschoren davonkommen ließen.

H. Krutzki,
Großhain / Sachsen

Deutschlands 17. Bundesland?

Im Deutschlandfunk lief am 27. Januar ein Bericht über die deutsch-israelischen Beziehungen von Sebastian Engelbrecht, Korrespondent in Tel Aviv. Da hieß es, dass es manchmal aus deutscher Perspektive so scheine, „als sei Israel der siebzehnte Bundesstaat Deutschlands. So intensiv ist das Gefühl der Verpflichtung gegenüber Israel; so stark ist die Anziehungskraft, die von Israel ausgeht, so viele Hilfgelder fließen nach Israel.“

Anschließend habe ich mich gefragt: Wohin treibt Deutschland in seiner – man muss es schon so sagen – übertriebenen Freundschaftsbeziehung zu Israel? Oder ist das gar keine Freundschaft, sondern vielmehr die sorgsam genährte Politik unserer politischen Schwergewichte? Dass Deutschland zu immerwährendem Schutz des Staates Israel verpflichtet sei, egal wie dieses sich auf der Welt verhält?

C. Kurz,
Ludwigsburg

An dieser Stelle veröffentlichen wir Leserbriefe. Die darin zum Ausdruck kommenden Meinungen decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion. Aus räumlichen Gründen vermögen wir nur einen Teil der eingesandten Leserbriefe zu veröffentlichen. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen und Zusammenfassungen vor.

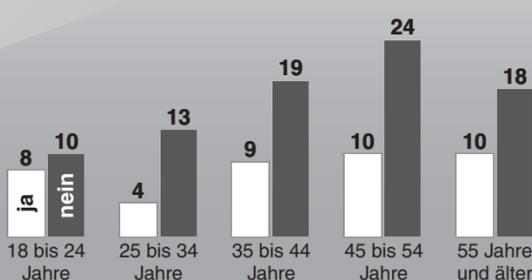
Was ist Moral?

Umfrageergebnisse mit uneingeschränkter Zustimmung in Prozent

Moralisches Verhalten bedeutet,...



Sind Werte und Anstand den Menschen heute wichtiger als vor 10 Jahren?



Quelle: RAL Gütezeichen Stand Sept. 2011

Rest zu 100 jeweils: eingeschränkte Zustimmung oder Ablehnung, weiß nicht

© Globus 4771

Wo ist die Moral in der Gesellschaft? Unternehmen, die ihren Mitarbeitern im Krankheitsfall kein Geld auszahlen oder die Produkte in fernen Ländern zu sklaviereähnlichen Bedingungen produzieren lassen? Menschen, die aufgrund ihrer Stellung Bevorzugungen angeboten bekommen und diese ohne Zögern annehmen? Ein Verteidigungsminister, der bei der Doktorarbeit täuscht? Ein Bundespräsident, der auf Fragen nur die halbe Wahrheit antwortet und per Mailboxansage versucht, die Berichterstattung einer Zeitung zu beeinflussen? Es gibt unzählige moralisch fragwürdige Beispiele. Nicht nur während der Proteste im Zuge der Banken- und Finanzkrise wurde auch in Deutschland deutlich: Viele Menschen beklagen eine mangelnde Moral in der Gesellschaft und kritisieren, dass das Streben nach Macht und Profit menschliche Werte in den Hintergrund rücke und damit der Gesellschaft schade. Eine Studie des Deutschen Instituts für Gütesicherung und Kennzeichnung „RAL Gütezeichen“ zeigt, was die Bürger unter Moral verstehen und wie sich ihre Wahrnehmung zu dem Thema verändert hat.

E. Gerreth, Wien

Leserbriefe

Senden Sie Ihren Leserbrief an:
DSZ-Verlag, Leserbriefe, 81238 München
Fax: 089/8341534 | leserbriefe@dsz-verlag.de

Friedrich, kritisch gesehen

Als österreichischer Historiker muss ich heftig widersprechen, wenn von „berechtigten Ansprüchen Preußens auf Schlesien“ die Rede ist. Die gab es nicht. Wenn es je Erbsprüche der Hohenzollern – die in Schlesien niemals regiert hatten – auf einzelne Teile Schlesiens (dieses war ja in lauter kleine Herzogtümer unterteilt gewesen) gegeben haben sollte, waren diese durch die Abtretung des Schwiebusers Kreises und Zahlungen Kaiser Leopolds I. Ende des 17. Jahrhunderts längst abgelöst worden. Friedrich II. hatte also keine Ansprüche. Er überfiel Schlesien und dann noch zweimal Österreich, 1744 und 1756.

Als „deutscher Fürst“ rettete er den Franzosen das damals noch rein deutsche Elsaß, und er verhinderte die Vereinigung Bayerns mit dem stammverwandten Österreich gleich zweimal – ohne dass ihn dies irgendetwas angegangen wäre. Dadurch schwächte er das Deutschtum in den böhmischen Ländern, so dass die Deutschen dort in eine Minderheitenposition gedrängt wurden, und er verhinderte Österreichs Verankerung im mitteleuropäischen Raum. Mit Bayern hätte sich Österreich niemals dem Deutschtum irgendwie entfremden können.

Sein dauerndes Imitieren des französischen Hofes, seine Verachtung der deutschen Sprache zählt auch nicht zu seinen Ruhmestaten.

Dr. O. Constantini, Wien

Wir aber mussten es erleben

Seit ein paar Tagen bin ich im Besitze Ihres Buches „Geheimsache!“, das ich mit großem Interesse gelesen habe. Da ich die Kriegszeit und besonders die Nachkriegszeit sehr bewusst erlebt habe (ich war 1945 gerade 15 Jahre alt geworden), hat mich Ihr Buch in jeder Weise interessiert. Ich bin nämlich im nördlichen Ostpreußen in der Nähe von Tilsit geboren und habe zusammen mit meiner Mutter und Großmutter den Einmarsch der Roten Armee im Samland erlebt. Erst im November 1947 haben meine Mutter und ich Ostpreußen verlassen können. Wir ahnten damals nicht, dass für uns unsere Heimat Ostpreußen verloren gehen würde. Meine Großmutter ist infolge katastrophaler Ernährung im Sommer 1947 in Ostpreußen verstorben.

Leider ist es heutzutage so, dass die Geschehnisse aus der damaligen Zeit nach Möglichkeit vergessen werden sollen. Wohingegen das, was von deutscher Seite an Unrecht begangen worden ist, in immer größerem Ausmaß in die Öffentlichkeit getragen wird.

Um einen Beitrag gegen das Vergessen zu leisten, hat bereits meine Mutter seinerzeit einen längeren Bericht über die Ereignisse nach dem „Tag der Befreiung“ niedergeschrieben. Diesen Bericht habe ich zur Grundlage meines Buches „Wir aber mussten es erleben“ genommen. Das Buch ist 2002 im Fouqué Verlag erschienen und ist bei den Lesern seiner-

zeit auf großes Interesse gestoßen.
I. Keller-Dommasch,
Jonen/Schweiz

Buchtipps:

Geheimsache! Was nicht im Geschichtsbuch steht

Auch Negatives

Zu: *Echt italienisch?*, National-Zeitung Nr. 5 vom 27.1.2012

Im Zusammenhang mit Italien gibt es leider auch Negatives zu berichten. Da ist zum einen der unglückliche und erfolglose Überfall auf Griechenland, der der deutschen Strategie völlig zuwider lief. Hier mussten die Deutschen zu Hilfe kommen und am Ende ganz Griechenland besetzen, um die von den Griechen zur Hilfe gerufenen Engländer zu vertreiben.

Weiterhin ist der Einsatz der deutschen Truppen in Nordafrika auch auf einer Hilfsaktion für die dort ebenfalls erfolglosen italienischen Truppen begründet.

Überhaupt galten nicht wenige italienische Truppen nur als minder kampfwertig. So wurden an der Ostfront italienischen Verbänden oft deutsche zur Absicherung nachgegliedert.

Auch die Besetzung Malts scheiterte letzten Endes an mangelnder italienischer Einsatzbereitschaft. Mussolini wies sogar das Anerbieten ab, Malta allein mit deutschen Kräften zu nehmen, um das italienische Nationalgefühl nicht zu verletzen. (Adolf Galland – Die Ersten und die Letzten, S. 185).

Zuletzt kann man Zeitzeugenberichten entnehmen, dass sich italienische Truppen ab Beginn der Landung der Alliierten auf Sizilien oft kampfflos bzw. vor Angriffsbeginn ergaben, was selbst die Alliierten erstaunte.

F. Meier, Pinneberg

Technologietransfer geht weiter

Im Januar wurde das deutsche Unternehmen Putzmeister an den chinesischen Konzern Sany verkauft. Obwohl die Öffentlichkeit den Vorgang nur am Rande mitbekommen hat, handelt es sich bei diesem Paradeunternehmen, das 1958 von Karl Schlecht aus Aichtal in Baden-Württemberg gegründet wurde, immerhin um den Weltmarktführer in der Betonpumpenherstellung. Die von Putzmeister erzeugten Geräte sind in Technik und Leistung unerreicht.

In den USA oder in Frankreich wäre ein Ausverkauf volkswirtschaftlich so bedeutender Unternehmen nicht möglich. Doch in Deutschland geht der Technologietransfer ins Ausland seit der Übernahme und Zerschlagung von Mannesmann munter weiter. Und der geduldete Diebstahl von deutscher Hochtechnologie und Patenten mittels geheimdienstlicher Tätigkeit befreundeter Staaten wird weitere Arbeitsplätze vernichten.

Bei Unternehmen wie Putzmeister muss der Staat eingreifen und die Standorterhaltung in heimische Hände legen und fördern statt Pleitebanken Milliarden in den Rachen zu werfen.

Mag. T. Höher, Feistritz/Drau

Hintertüren zum Krieg

Zu: *Wer greift den Iran an?* National-Zeitung vom 10. Februar 2012

Man kann jede Wette darauf eingehen, dass ein Militärschlag gegen den Iran zwischen Israel und den USA schon ausgemachte Sache ist. Mit immer härter werdenden Embargos wartet man nur auf eine Handlung Ahmadinedschads, etwa die Blockierung der Straße von Hormus, die man als einen feindseligen oder kriegerischen Akt auslegen kann, um dann endlich einen Vorwand zum Losschlagen zu haben.

Diese Strategie hat ja eine lange Tradition. Auf dem Weg zum kriegsentscheidenden Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg war die 1915 erfolgte Versenkung des mit Kriegsmunition beladenen britischen Schiffs „Lusitania“ ein wesentlicher Schritt. Dabei kamen 1.198 Menschen, darunter 128 US-Bürger, ums Leben kamen. Doch hatte die deutsche Botschaft in den fünfzig größten amerikanischen Zeitungen gewarnt, dass alle Schiffe, die die Flagge Großbritanniens oder eines seiner Verbündeten führen, Gefahr laufen, im Kriegsgebiet zerstört zu werden.

Und beim Eintritt in den Zweiten Weltkrieg wurde Japan mit unannehmbaren Forderungen und existenzbedrohenden, demütigenden Embargos so lange in die Ecke getrieben, bis Tokio zu den Waffen griff. Wie herrlich für Roosevelt, der trotz seines der Welt vorgetäuschten Friedenswillens schon 1935 den schweren B-17-Bomber bauen ließ und der laut Auskunft seines Butlers nach dem „hinterhältigen Überfall der Japaner“ auffallend guter Dinge war.

G. Finke, Wien

Respekt für Adenauer-Regierung

Obwohl Deutschland in Trümmern lag, vermochte es die Adenauer-Regierung trotz aller Belas-



„Mich verbindet sehr viel mit Dresden. Den schrecklichen Bombenangriff auf die Stadt behandelt dieses Bild, das ich vor zwei Jahren malte.“ Das schreibt uns Leser F. Schöne aus Hoyerswerda.

tungen durch Not und Zerstörung dank des genialen Bundesfinanzministers Schäffer, späteren Generationen einen riesigen Sparschatz zu hinterlassen. Welch ein Unterschied zu unseren jetzigen Politikern. Es ist widersinnig und unlogisch, dass sich Deutschland durch Euro-Staaten ruinieren lässt, deren Finanzierung misslingen muss.

Dr. K. Voigt, Berlin

Als Kind in Dresden

Ich bin dankbar, dass die National-Zeitung nicht versäumt, an das sinnlose Auslöschen der Dresdner Innenstadt zu erinnern. Da ich selbst diese mörderischen Terrorangriffe als Kind überlebt habe, möchte ich auch der vielen getöteten Feuerwehrleute gedenken, die aus allen Richtungen rund um Dresden herbeigeilt gekommen waren. Die mutigen Männer wurden vom zweiten Angriff der Royal Air Force überrascht und verloren im Einsatz für Dresden ihr Leben. Wenn von diesem Massentöten wehrloser Menschen die Rede ist, vergisst man so oft, die Helden der sächsischen Feuerwehren zu erwähnen, und kein einziger Gedenkstein erinnert heute an sie. Wie traurig!

Ebenso spricht niemand darüber, dass Dresden am 17. April 1945 den letzten – und zugleich schwersten amerikanischen – Angriff erlebte. Das Aderthalb-Stunden-Bombardement dauerte von 13.15 Uhr (Bombenabwurf ab 13.48 Uhr) bis 15.12 Uhr, aber Ent-

warnung gab es erst um 16.15 Uhr. Etwa 580 bis 590 fliegende Festungen bombardierten diesmal die Eisenbahnanlagen, Bahnhöfe, wie den großen Rangierbahnhof in Friedrichstadt und natürlich die Wohnhäuser rundherum. Auch fiel ein Teil der Bomben wiederum auf die total zerstörte Innenstadt. Warum dieser erneute Bombenhagel auf die malträtierte Stadt mit ihrem bereits toten Zentrum fast nie erwähnt wird, bleibt mir ein Rätsel.

H. Rentsch-Millin,
per E-Post

Meine Gedanken zu Dresden

„Bomber Harris do it again!“ – diese Aussage von Krawallmachern in Bezug auf die Zerstörung Dresdens im Februar 1945 ist an Perversion nicht zu überbieten. Meine Gedanken zu Dresden sehen anders aus:

*Sprengebomben, Phosphor, Minen – Tod;
Glühende Wände, flehende Hände im Bombenwurf.
Lebendes verbrennt, verkohlt.
Barocke Schönheit verglüht zu Schutt.
Trümmerfrauen ziehen schwere Wagen
Durch Teufels Brachgemach.
Im harten Ringen entsteht ein neues Gelingen.
Restauratoren erschaffen alten Glanz.
Der Zwinger strahlt wieder in lieblicher Pracht!
Semper Oper, die Frauenkirche von Georg Bahr
Wir tun das Beste zu eurer Ehr.
Dresden, du Elbflorenz.*

E. Klammt, Bad Salzfluren

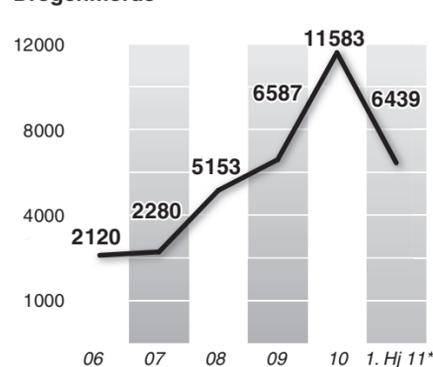
Drogenkrieg in Mexiko

Drogenkartelle

- Sinaloa
- Pacifico Sur-Kartell
- Tijuana
- Juárez
- La Familia Michoacana
- Golf-Kartell
- Los Zetas
- Acapulco-Kartell
- umkämpfte Gebiete



Drogenmorde



Stand 2011 *bis zum 24. Juni 2011 © Globus 4780
Quelle: Stratfor, Justice in Mexico, Trans-Border Institute

Wer gewinnt Mexikos Drogenkrieg? Zehntausende Tote hat die Drogenkriminalität in Mexiko schon gefordert, und ein Ende ist nicht in Sicht. Obwohl der mexikanische Präsident Felipe Calderón zum Beginn seiner Amtszeit der organisierten Kriminalität den Kampf ansagte, scheint die Lage schlimmer denn je. Kaum jemand hat noch den Überblick über die Kartelle, die zunächst vor allem im Norden Mexikos ihre Macht ausbreiten konnten. Laut Schätzungen sterben im Drogenkrieg täglich 20 bis 70 Menschen, darunter viele Zivilisten – auch Frauen und Kinder. Auch für Journalisten und Politiker ist es gefährlich, und selbst unter der Polizei gibt es viele, die korrupt sind und mit den Drogenbanden zusammenarbeiten. Welche Lösung kann es für diesen Krieg geben? Einige Experten und Politiker sehen den Kampf als gescheitert an und fordern, die Drogen zu legalisieren. Nur so könne der Teufelskreis der Gewalt durchbrochen werden.

Wird der Iran zu stark?

Warum Israel an einen Angriff denkt

Alles, was sie aus dem Iran hören, lasse ihre Besorgnis wachsen, so Bundeskanzlerin Angela Merkel. Der Iran droht nach ihren Ausführungen nicht nur Israel, sondern die gesamte „freie Welt“ und verdiene daher noch härtere Sanktionen. Anlass für die markigen Worte Merkels ist das Atomprogramm des Iran. Obgleich die Islamische Republik beteuert, nur an der zivilen Nutzung von Kernenergie interessiert zu sein, beschuldigen Israel, die Vereinigten Staaten und die Europäische Union den Iran, die Technologie für die Herstellung von Nuklearwaffen zu missbrauchen.

In Einklang mit den Kommentaren aus den Zentralen in Washington und Jerusalem versäumt Merkel es nicht, einmal mehr zu betonen, wie fest Deutschland an der Seite Is-

rael stehe. Neben der politischen Gefolgschaft äußert sich dies auch in der Bereitstellung von modernsten U-Booten der „Dolphin“-Klasse, die Israel geschenkt bzw. mit erheblichen Zuschüssen aus der deutschen Steuerkasse überlassen werden. Diese U-Boote können mit nuklear bewaffneten Marschflugkörpern ausgerüstet werden.

Die Gründe liegen aber offenkundig nicht in der Bedrohung durch iranische Atomwaffen – auch wenn diese noch so oft als Rechtfertigung für einen Präventivschlag herhalten müssen –, sondern in der Fortentwicklung iranischer Defensivtechniken. Denn noch in diesem Jahr erreiche der Iran die sogenannte „Immunitätszone“, das heißt die Fähigkeit mittels Material, Bunkersystemen, Abwehreinrichtungen und Technik gegen Luftangriffe „immun“ zu sein, berichtet Bergmann über sein ausführliches Gespräch mit Barak.

Vor diesem Hintergrund werden die wahren Gründe für die Eile der israelischen Führungsriege deutlich. Nicht die Sorgen vor einem Atomschlag stehen also im Zen-

trum, vielmehr bereitet den Militärs, Geheimdienstlern und Politikern eine Großmacht Iran Sorgen, die wirtschaftlich aufstrebend sowie politisch und militärisch stark, großen Einfluss in der gesamten Region bekommen könnte.

„Wehe den Besiegten!“

Somit überraschen auch nicht die jüngsten Ankündigungen des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad, der im Rahmen der Kundgebung zur Feier des 33. Jahrestages der Iranischen Revolution von 1979 die Einweihung „mehrerer wichtiger Atomprojekte in den kommenden Tagen“ verlautbarte und verkündete, der Iran werde sich im Konflikt um sein Atomprogramm „niemals der Sprache der Gewalt beugen“. In nächster Zeit werde der



Will sich nicht „der Sprache der Gewalt“ beugen: Der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad bei einer Kundgebung in Teheran zum Jahrestag der Iranischen Revolution von 1979.

raels stehe. Neben der politischen Gefolgschaft äußert sich dies auch in der Bereitstellung von modernsten U-Booten der „Dolphin“-Klasse, die Israel geschenkt bzw. mit erheblichen Zuschüssen aus der deutschen Steuerkasse überlassen werden. Diese U-Boote können mit nuklear bewaffneten Marschflugkörpern ausgerüstet werden.

Die Zeit scheint zu drängen

Mit der Unterstützung der sogenannten freien Welt im Rücken gebärden sich Israels führende Politiker und Militärs zunehmend aggressiver. Eine militärische Operation in Form eines Erstschlags gegen das Regime in Teheran scheint zu-

nen. Die Gründe liegen aber offenkundig nicht in der Bedrohung durch iranische Atomwaffen – auch wenn diese noch so oft als Rechtfertigung für einen Präventivschlag herhalten müssen –, sondern in der Fortentwicklung iranischer Defensivtechniken. Denn noch in diesem Jahr erreiche der Iran die sogenannte „Immunitätszone“, das heißt die Fähigkeit mittels Material, Bunkersystemen, Abwehreinrichtungen und Technik gegen Luftangriffe „immun“ zu sein, berichtet Bergmann über sein ausführliches Gespräch mit Barak.

Vor diesem Hintergrund werden die wahren Gründe für die Eile der israelischen Führungsriege deutlich. Nicht die Sorgen vor einem Atomschlag stehen also im Zen-

trum, vielmehr bereitet den Militärs, Geheimdienstlern und Politikern eine Großmacht Iran Sorgen, die wirtschaftlich aufstrebend sowie politisch und militärisch stark, großen Einfluss in der gesamten Region bekommen könnte.

Iran der Welt einen sehr wichtigen und sehr maßgeblichen Fortschritt im Nuklearbereich vorstellen. Der Iran hat seit zweihundert Jahren seine Friedfertigkeit bewiesen und kein anderes Land von sich aus angegriffen. Von 1915 bis 1921 wurde aber der Iran von britischen und russischen Truppen besetzt und in den Ersten Weltkrieg gegen das Osmanische Reich verwickelt. Während des Zweiten Weltkriegs teilten die USA, Großbritannien und die Sowjetunion den Iran unter sich auf. Blickt man auf die persische Geschichte, muss man weit zurückgehen, um auf kriegerische Handlungen zu stoßen. Nadir Schah von Persien (1688-1747) eroberte nach zahlreichen erfolgreichen und kühnen Feldzügen (u. a. die Eroberung und Plünderung Delhis 1739; Raub des berühmten „Pfauenthrons“ sowie des legendären Diamanten „Koh-i-Noor“) zuletzt im Jahr 1743 den Oman. Und auch nachfolgende Herrscher (Karim Khan Zand eroberte 1776 die Hafenstadt Basra, Aga Mohammed Khan besetzte im Jahr 1795 Georgien oder Fath Ali Schah im Russisch-Persischen Krieg 1804-1813) erhoben wie ihre europäischen Pendanten in kriegerischen Auseinandersetzungen den Anspruch, für eine „gerechte Sache“ einzutreten.

Welche „Sache“ denn am Ende „gerecht“ ist, beurteilen aber immer die Sieger: Vae victis – „Wehe den Besiegten!“

Sebastian Eichberger



VON BRUNO WETZEL

Für ein Europa der Nationalstaaten

Mit ihrer Neutralität fährt die Schweiz seit langem sehr gut. Wo alles auf Integration in supranationalen Gebilden und Globalisierung hinausläuft, bewährt sich die Unabhängigkeit der Schweiz besonders. Sie muss sich nicht etwa an milliardenschweren Rettungsmaßnahmen für Pleitestaaten wie die Mitglieder der Europäischen Währungsunion beteiligen oder ihre Soldaten an der Seite vorgeblicher Freunde und Verbündeter in fremde Kriege schicken. Dass dies so bleibt, dafür sorgt vor allem die Mitwirkung des Schweizer Volkes an politischen Entscheidungen. Die direkte Demokratie ist in der Schweiz mit den Instrumenten des Referendums und des Volksentscheids stark ausgeprägt.

Um aber die rechtlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU zu regeln, wurden über hundert bilaterale Abkommen geschlossen. In Brüssel, wo man noch nicht die Hoffnung aufgegeben hat, die reiche Schweiz in der EU begrüßen zu können, will man sich damit nicht zufriedengeben. Die Einzelabkommen seien unübersichtlich, ihre Umsetzung aufwendig, so die EU-Kommission. Am liebsten würde Brüssel ein einziges Abkommen mit der Schweiz schließen, nach dem Änderungen des EU-Rechts in das Recht der Schweiz automatisch übernommen werden. Auch soll sich die Schweiz der Gerichtsbarkeit der EU unterwerfen. Doch dafür ist in der Eidgenossenschaft keine Mehrheit in Sicht.

In der Neuen Zürcher Zeitung vom 6. Februar 2012 erschien ein Kommentar von René Roca, Historiker und Gründer des Forums zur Erforschung der direkten Demokratie, unter der Überschrift „Keine Alternative zum Nationalstaat“. Häufig werde suggeriert, so der Autor, dass die europäische Integration für die Schweiz eine Chance biete und das Land eine solche Integration in seiner Geschichte ja schon einmal durchgemacht habe. Wer dies behauptet, verkenne die historische Entwicklung. Zwar habe die Schweiz 1848 die Umwandlung vom Staatenbund in einen Bundesstaat vollzogen. Neben der Neutralität sei aber die weitgehende Souveränität der Kantone zur Grundlage des Staatswesens geworden.

In einem „Bundesstaat Europa“ sähe das aber ganz anders aus, so René Roca. In den EU-Ländern, außer in Irland, seien nicht einmal Volksabstimmungen für die Staatsverträge vorgesehen, welche die rechtliche Grundlage bilden. Föderal aufgebaut sei die EU auch nicht. Statt das postnationale Zeitalter einzuläuten, sei es an der Zeit, den demokratisch verfassten Nationalstaat zu festigen und diesen als Rechtsstaat weiter zu stärken. Nur so könnten Friede und Ordnung gesichert werden. Den Nationalstaat in Europa zu festigen, heiße auch, das Projekt der Aufklärung zu vollenden und endlich zum „Europa der Nationalstaaten“ zu werden.

In der Bundesrepublik hat sich derweil Hans-Olaf Henkel, Ex-Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), zu einem der schärfsten Kritiker der Euro-Rettungspolitik und eines europäischen Bundesstaates entwickelt. In einem Kommentar im „Focus“ (Nr. 6/2012) schreibt Henkel, da angesichts des durch den Euro angerichteten Chaos den Befürwortern der Einheitswährung die ökonomischen Argumente ausgegangen seien, würden vermehrt politische Begründungen ins Feld geführt. Wenn nichts mehr helfe, werde sogar behauptet, der Euro sei notwendig zur Friedenssicherung. Der Friedensgarant aber heiße Demokratie und nicht Euro.

Zu einer gefährlichen Aushöhlung der Demokratie aber, so spinnt Henkel den Faden weiter, führten „die zunehmende undemokratische Krisenbewältigung, das Hineinreden deutscher Politiker in die Angelegenheiten anderer Länder, die Einschränkung des Budgetrechts der Parlamente durch zentralistische Aufsichtsorgane“. Henkels Fazit: „Erst wenn der Scherbenhaufen so groß ist, dass die Bürger ihn nicht mehr übersehen können und den für den Schaden Verantwortlichen das Vertrauen entziehen, wird der verhängnisvolle Marsch in einen europäischen Zentralstaat abgebrochen und wieder auf ein plurales Europa gesetzt.“

bruno.wetzel@national-zeitung.de



HELDEN DER WEHRMACHT
Unsterbliche deutsche Soldaten
Band 1 Best. Nr.: 3979, Band 2 Best. Nr.: 4665,
Band 3 Best. Nr.: 4801, jeweils € 12,90

Die Reihe „Helden der Wehrmacht“ würdigt hochausgezeichnete Wehrmachtssoldaten. Die Kühnsten und die Tapfersten. Ihnen, die ohne Verstoß gegen Gesetze und Gebräuche des Krieges für unser Land ihr Leben einsetzten, wird ein literarisches Denkmal gesetzt, das mahnt, das Andenken der Soldaten zu ehren; ganz so, wie es überall auf der Welt selbstverständlich ist.

Deutscher Buchdienst • 81238 München • © 089/89 60 85 21
Fax 089/834 1534 • info@deutscher-buchdienst.de



WEM DIENT MERKEL WIRKLICH?
12,90 € | 128 Seiten | Bilder, Dokumente
Best. Nr.: 4657

Das aktuelle Buch deckt auf, wer in Merkels „Innerem Zirkel“ wirklich das Sagen hat, wozu sie sich gegenüber internationalen Insiderkreisen verpflichtet hat, wer die maßgeblichen Förderer ihrer Karriere waren und was sie aus ihrer und ihres Vaters DDR-Zeit verheimlichen will.

Deutscher Buchdienst • 81238 München • © 089/89 60 85 21
Fax 089/834 1534 • info@deutscher-buchdienst.de

Medaillen als Bekenntnis



Friedrich der Große



Bismarck



Deutschlandlied



Tapferkeit



D-Mark

Auf einen Blick:

Arminius	Wilhelm II.
Bismarck	Berlin
Walther Dahl	Königsberg
Eduard Dietl	Österreich
Karl Dönitz	Ostpreußen
Friedrich Ebert	Pommern
Ludwig Erhard	Preußen
Friedrich II.	Sachsen
Adolf Galland	Schlesien
Reinhard Gehlen	Sudetenland
Goethe	Südtirol
Alfons Gorbach	Deutsche Frauen
Heinz Guderian	Kriegsgefangene
Erich Hartmann	Luftterror-Opfer
Hindenburg	Medaille der Deutschen
Andreas Hofer	Tapferkeit
Hoffmann von Fallersleben	Unbek. Soldat
Erich Kern	Vertriebene
Erich Ludendorff	Wehrmacht
König Ludwig II.	Wiedervereinigung
Königin Luise	Deutschlandlied
Maria Theresia	D-Mark
Hans J. Marschall	
Walter Nowotny	
Hermann Oberth	
Hanna Reitsch	
Leni Riefenstahl	
Erwin Rommel	
Hans-Ulrich Rudel	
Dr. Schumacher	
Otto Skorzeny	
Stresemann	

Gold: Ø 24 mm, Feingold 999,9 ~7g € 499,-
Silber: Ø 40 mm, Feinsilber 1000 ~25g € 99,-

FZ-Verlag • 81238 München
Bestellschein Seite 16 oder
(089) 89 60 85 21
www.deutscher-buchdienst.de

Der letzte Staufer

Leben und Sterben Konradins von Hohenstaufen

Die historischen Fakten sehen so aus: Konrad, genannt Konradin, der letzte Erbe der Staufer-Dynastie, will den angestammten Besitz in Süditalien beanspruchen und zieht mit einer kleinen Schar Getreuer 1267 gegen den Franzosen Karl I. von Anjou, der mit Unterstützung des Papstes seit 1266 König von Sizilien ist. In der Schlacht bei Tagliacozzo 1268 wird das Heer des Deutschen vernichtend geschlagen. Nach kurzer Flucht ergreifen die Feinde Konradin und übergeben ihn am 29. Oktober in Neapel dem Henker. Konradin ist sechzehn Jahre alt.

„Konradin reitet“

Noch siebeneinhalb Jahrhunderte später lässt sein Schicksal uns den Atem stocken. Sechzehnjährig wird hier der letzte Glanz einer großen Epoche enthauptet, hinterlässt den mythischen Schimmer eines unvollendeten Lebens und steht für die Unrast der „kaiserlosen, der schrecklichen Zeit“. Und doch wurde der junge Konradin ein Traumsymbol all derer, die sich nach dem Zauber jugendlichen Heldentums sehnen. Der Schriftsteller Otto Gmelin (1886 – 1940) gehörte zu jenen, die nach dem Ersten Weltkrieg den historischen Roman mit den großen verändernden Gestalten der Geschichte bevölkerten. Seinen ersten durchschlagenden Erfolg feierte er 1925 mit „Temudschin, der Herr der Erde“ um das Leben Dschingis Khans. Über den Staufer Friedrich II. schrieb er 1927 den Roman „Das Angesicht des Kaisers“. Sechs Jahre später widmete er sich dem Enkel Friedrichs II., Konradin, in einer kleinen Erzählung mit dem Titel „Konradin reitet“.

Aus Anlass des Geburtstages des letzten Staufers am 25. März 1252 zitiert der „Deutsche Kalender 2012“ den Anfang dieses einfühlsamen Büchleins, der sich direkt an den königlichen Knaben wendet: „Ich habe dich reiten sehen ... Dein

Gesicht war schmal; die blonden Locken hingen darum; und dein Blick war voll Eifer, er verschlang die Welt, wie eben Knabenaugen sie verschlingen ... Ich habe dich reiten sehen, in den Morgen hinein, durch den blassgoldenen Dunst, zwischen kahlen Bergen, auf staubtiefen Wegen, an Kastellen vorbei, durch Dörfer, durchs Land, in die Fremde, immer weiter, weiter, nach Süden hin ... Du bist Konradin von Hohenstaufen, der sein Königreich sucht.“

Den Moment, da Konradin und sein 19-jähriger treuer Freund Friedrich von Baden-Österreich im Kerker ihr Todesurteil empfangen, hat der Maler Johann Tischbein festgehalten. Die Nachricht ereilt die Jungen beim Schachspiel. Das Bild ist in der zweiten Februarhälfte im „Deutschen Kalender 2012“ zu sehen. Otto Gmelin versetzt sich in diese Szene: „Wer wagt es zu sagen, du hättest den Tod begrüßt, oder du hättest nicht gezittert vor dem Grausamen? Aber es war dir nicht so neu. Ist dies das Leben gewesen? ... Heiliger Gott, was tust du? Warum ist dies alles so, wie es ist?“

Dann der Tag der Hinrichtung: „Der Tag ist klar, auf dem Platz steht das Gerüst ... Tausende schweigen. Erhebt sich kein Sturm? Fällt kein rettender Stern vom Himmel? Geschicht kein Wunder? ... Da fällt das Haupt ... Stumm steht einen Herzschlag die Menge. Mit Konradin starben den Tod der Treuen: Friedrich von Österreich, Graf Gerhard von Donoratico, Marschall Kroff von Flügelingen, Graf Wolfrad von Veringen und andere, deren Namen wir nicht wissen.“

In den letzten Absätzen der Erzählung schreibt Gmelin: „Ich grüße dich und euch alle, die ihr den Hufschlag im Blute habt! Solange Jugend sucht und leidet, träumt und flammt, glaubt und handelt, bist du nicht tot, Konradin.“

Noch mehr Bilder zur deutschen Geschichte:
Deutscher Kalender 2012



Der letzte Staufer

Februar	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag
2. Monatshälfte	13	14	15	16	17	18	19
7. Wochentag	20	21	22	23	24	25	26
13. Wochentag	27	28	29	1	2	3	4

Das Todesurteil: Der Maler Johann Tischbein, dessen berühmtestes Werk ein Portrait Goethes auf seiner italienischen Reise ist, hielt den Moment fest, in dem Konradin und Friedrich von Baden-Österreich das von Karl von Anjou verhängte Todesurteil empfangen. Bild aus dem „Deutschen Kalender 2012“.

SPITZENREITER der Woche

Empfehlenswerte Bücher, DVDs und CDs in der Reihenfolge des Interesses unserer Leser.
(Zum Vergleich in Klammern die Platzierungen der Vorwoche)



Deutscher Kalender 2012

2.000 Jahre deutsche Geschichte auf 25 großformatigen Kalenderblättern (zumeist in Farbe), mehr als 2.500 Gedenktage und 48 Kurzporträts bedeutender Persönlichkeiten: Auch für das Jahr 2012 bietet der Deutsche Kalender wieder viel Lehrreiches und Erhebendes aus Geschichte, Kunst, Kultur und Wissenschaft unseres Volkes. Einzigartiger Wandschmuck und Wissensvermittler!
14,90 € | 25 Blatt | Best. Nr. 6470

BÜCHER UND HÖRBÜCHER

- 1 Dr. Frey: **Deutscher Kalender 2012** (1)
€ 14,90 (Best.Nr. 6470)
- 2 David Korn: **Wem dient Merkel wirklich?** (5)
€ 12,90 (Best.Nr. 4657)
- 3 Dr. Brock: **Freispruch für Deutschland** (2)
€ 9,90 (Best.Nr. 3300)
- 4 **Das letzte Geheimnis.** Wie es wirklich zur Katastrophe des Zweiten Weltkriegs kam. € 19,90 (Best.Nr. 4909) (10)
- 5 **Genießen Sie Meinungsfreiheit?!** Begegnungen aus sechs Jahrzehnten National-Zeitung. € 14,90 (Best.Nr. 6450) (4)
- 6 **Geheimsache!** Was nicht im Geschichtsbuch steht € 19,90 (Best.Nr. 6376) (3)
- 7 Dr. Frey: **Antwort an Warschau:** Was Polens Regierung verschweigt und Berlin ... € 19,90 (Best.Nr. 4908) (6)
- 8 **Freimaurer!** Von Truman bis Breivik (9)
Vorbestellpreis: € 14,90 (Best.Nr. 6480)
- 9 Reinhard Pozorny: **Deutsches National-Lexikon** € 14,90 (Best.Nr. 3800) (11)
- 10 Amelie Winther: **Des Reiches Herrlichkeit** € 19,90 (Best.Nr. 6420) (-)
- 11 Eggers: **Helden der Wehrmacht** (in drei Bänden). Je € 12,90 Bd. 1 (Best.Nr. 3979), Bd. 2 (Best.Nr. 4665), Bd. 3 (Best.Nr. 4801) (-)
- 12 Gerd König: **Fiasko eines Bundes.** Erinnerungen des letzten DDR-Botschafters in Moskau. € 16,95 (Best.Nr. 6508) (-)
- 13 **Das Lexikon der antideutschen Fälschungen** € 24,90 (Best.Nr. 4222) (8)
- 14 **Was wusste mein Opa?** € 19,90 (Best.Nr. 4920) (7)
- 15 Dr. Heckermann: **Sprechen wir über Bismarck.** Der verleumdete Kanzler. € 19,90 (Best.Nr. 6469) (-)
- 16 **„Supersoldiers“:** Die Wehrmacht im Urteil ausländischer Experten. € 14,90 (Best.Nr. 4590) (13)
- 17 David Korn: **Wer ist wer im Judentum?** € 19,90 (Best.Nr. 4607) (16)
- 18 Adam Winnicki: **Wer regiert die USA?** € 12,90 (Best.Nr. 4962) (-)
- 19 Amelie Winther: **„Unverkennbar deutsch“** Unser Volk im Urteil der Welt. € 22,00 (Best.Nr. 6510) (12)
- 20 Hellriegel-Netzbandt (Hg.): **Deutscher National-Atlas** € 24,90 (Best.Nr. 3555) (19)

FILME AUF DVD

- 1 **Töten auf Tschechisch:** Die verschwiegenen Massaker an den Sudetendeutschen. € 19,95 (Best.Nr. 6474) (1)
- 2 **Filmen unterm Hakenkreuz** € 14,95 (Best.Nr. 6496) (2)
- 3 **Geheimakte Hess** € 19,95 (Best.Nr. 4522) (-)
- 4 **Beiderseits der Rollbahn** € 14,95 (Best.Nr. 6413) (7)
- 5 **Der letzte Friedenssommer** € 14,95 (Best.Nr. 6495) (-)
- 6 **Görings Geheimnis** € 14,95 (Best.Nr. 6479) (-)
- 7 **Olympia 1936:** Die Olympischen Spiele 1936 in privaten Filmaufnahmen. € 14,95 (Best.Nr. 6482) (4)
- 8 **Verbrechen an Deutschen:** Tabuthema der Political Correctness. € 9,95 (Best.Nr. 6465) (3)
- 9 **Mit der Kamera an der Ostfront** 3 DVDs. € 29,95 (Best.Nr. 6176) (6)
- 10 **Seit 5:45 Uhr wird zurückgeschossen** € 14,95 (Best.Nr. 6457) (-)

MUSIK AUF CD

- 1 **Soldaten, Helden, Vaterland** € 9,90 (Best.Nr. 3911) (4)
- 2 **Heino – Seine größten Erfolge** € 10,95 (Best.Nr. 6489) (1)
- 3 **Große Stimmen der 30er– 50er Jahre** 10 CDs € 12,90 (Best.Nr. 6473) (-)
- 4 **Lieder die wir einst sangen** € 12,90 (Best.Nr. 3702) (5)
- 5 **Caféhaus der 30er und 40er Jahre** € 7,90 (Best.Nr. 6323) (-)

MEDAILLEN

- 1 Reichskanzler Bismarck (7)
- 2 Medaille der Deutschen (-)
- 3 Friedrich der Große (1)
- 4 General Guderian (-)
- 5 Schlesien (-)
- 6 Pommern (-)
- 7 D-Mark (4)
- 8 Wiedervereinigung (10)
- 9 Kanzler Prof. Erhard (-)
- 10 Hoffmann von Fallersleben (-)

Bestellschein auf Seite 16

DEUTSCHER Buchdienst



Viviane Cismak: **Schulfrust.** Die Abrechnung einer Abiturientin. Ihre Erfahrungen an Schulen in Hessen und Berlin. 240 S., € 9,95. **Best. Nr. 6511.**

Amelie Winther: **„Unverkennbar deutsch“.** Unser Volk im Urteil der Welt. Ganz neu im DSZ-Verlag! 208 S., 64 Abb., € 22,-. **Best.Nr. 6510.**

Kubitschek / Paulwitz: **Deutsche Opfer – Fremde Täter.** Ausländergewalt in Deutschland. Hintergrund, Chronik, Prognose. 272 S., € 19,-. **Best.Nr. 6476.**

Korn: **Wem dient Merkel wirklich?** Was anderswo über die Kanzlerin verschwiegen wird. 128 S., € 12,90. **Best.Nr. 4657.**

Peter Winkelvoß: **Die türkische Frage.** 208 S., bebildert, € 17,90. **Best.Nr. 4966.**

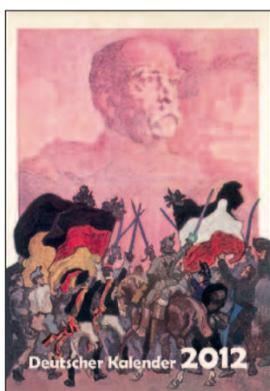
Dr. Gerhard Frey (Hg.): **Wer? Wann? Was?** Zitate entlarven Prominente. Mehr als 500 unglaubliche Aussprüche. 222 S., € 19,90. **Best.Nr. 6163.**

Winnicki: **Wer regiert die USA?** Die Drahtzieher der Globalisierung. Der wahre Einfluss von Israel-Lobby, Super-Reichen und Globalisierern. 144 S., bebildert, € 12,90. **Best.Nr. 4962.**

Dr. Gerhard Frey: **Deutsche Einheit, deutsche Freiheit.** Das Verbrechen der Teilung. Wie es scheiterte. Was zu tun bleibt. 160 S., bebildert, € 14,90. **Best.Nr. 6267.**

Hankel / Nölling / Schacht-schneider / Spethmann / Starbatty: **Das Euro-Abenteuer geht zu Ende.** Fünf namhafte Professoren warnen vor der Euro-Rettung und fordern: Zurück zur nationalen Währung! 252 S., € 19,95. **Best.Nr. 6487.**

Dr. Frey (Hg.): **Genießen Sie Meinungsfreiheit?!** Begegnungen aus sechs Jahrzehnten National-Zeitung. Die spektakulärsten Interviews: Prominente aus allen gesellschaftlichen Bereichen des In- und Auslandes sprechen Klartext. 176 S., € 14,90. **Best.Nr. 6450.**



Dr. Gerhard Frey (Hg.): **Deutscher Kalender 2012.** Wand-schmuck und Wissensvermittler: 24 Hauptmotive, 48 Bild-nisse großer Deutscher, 2500 deutsche Gedenktage. € 14,90,-. **Best.Nr. 6470.**

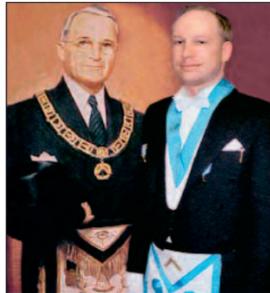
David Korn: **Wer ist wer im Judentum?** Lexikon der jüdischen Prominenz. Fast 4.000 Personen von besonderer Bedeutung. 512 S., bebildert, € 19,90. **Best.Nr. 4607.**

Unser aktuelles Angebot

Das Lexikon der antideutschen Fälschungen. Fehler und Fälschungen in deutschen Geschichtsbüchern und Lügen über die Wehrmacht. 400 S., € 24,90. **Best.Nr. 4222.**

Dr. Brock: **Freispruch für Deutschland.** Ausländische Persönlichkeiten widerlegen antideutsche Geschichtslügen. 160 S., € 9,90. **Best.Nr. 3300.**

Gerard Menuhin: **Die Antwort.** Der Sohn des genialen Musikers Yehudi Menuhin rechnet mit der Maulkorb-Mafia ab. Ein jüdischer Wahrheits-sucher, der Gerechtigkeit für Deutschland will. 144 S., Abb., € 14,90. **Best.Nr. 4685.**

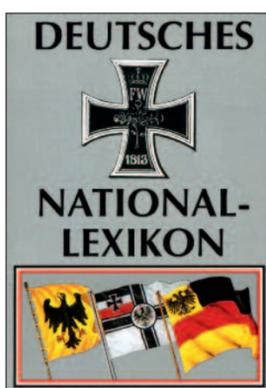


Freimaurer!
Von Truman bis Breivik

Demnächst Neu: Freimaurer! Von Truman bis Breivik. Der Atombomben werfende US-Präsident und der Kinder massakrierende Norweger haben mehr gemeinsam, als die Öffentlichkeit ahnt ... Daten, Fakten, verschwiegene Hintergründe, tiefe Einblicke 160 S., Bilder, € 17,90; (bis zum Erscheinen nur € 14,90). **Best.Nr. 6480.**

Dr. Gerhard Frey (Hg.): **Antwort an Warschau.** Was Polens Regierung verschweigt und Berlin nicht zu sagen wagt. 224 S., € 19,90. **Best.Nr. 4908.**

Friedrich Brettner: **Geflüchtet, Vertrieben, Besetzt.** Dokumentation über die Flucht der Zivilbevölkerung im Osten Österreichs vor der Roten Armee und die gewaltsame Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien. 288 S., zahlr. Abb., € 23,-. **Best.Nr. 4730.**



Deutsches National-Lexikon. 500 Stichworte. Deutsche Geschichte aus deutscher Sicht. 352 S., € 14,90. **Best.Nr. 3800.**

Dr. Heckermann: **Sprechen wir über Bismarck!** Der verleumdete Kanzler. Ein bewegendes Portrait. 212 S., € 19,90. **Best.Nr. 6469.**

Schlenger: **Deutschland, aber zackig!** Faszinierender Bild- und Textband. Deutsche Geschichte in Briefmarken. Fundgrube für Wahrheitsliebende und auch für Nicht-Briefmarkensammler. 192 S., beb., € 19,90. **Best.Nr. 6257.**

Amelie Winther: **Des Reiches Herrlichkeit.** Außergewöhnliche Stätten und Schauplätze deutscher geschichtlicher Größe. 208 S., € 19,90. **Best.Nr. 6420.**

Kandil: **Die deutsche Erhebung 1812–1815.** Die Befreiungskriege gegen die französische Fremdherrschaft. 240 S., € 19,90. **Best.Nr. 6498.**

Ingmar Knop: **Mit der EU in den Abgrund.** Deutschlands Selbstvernichtung. 160 S., bebildert, € 14,90. **Best.Nr. 4606.**

Grandt: **Der Euro-Crash kommt.** Wie Sie als Anleger sicher aus der Krise kommen. 320 S., € 19,95. **Best.Nr. 6509.**

Musik



Deutschland, Deutschland über alles. Die Hymne (3 Strophen) und weitere vaterländische Lieder. € 9,90. **Best.Nr. 3663.**

Deutsche National-Hymnen. Deutschlandlied, Heil Dir im Siegerkranz, Ich hab mich ergeben u.v.a. € 9,90. **Best.Nr. 4442.**

Einigkeit und Recht und Freiheit. Deutschlandlied, unvergängliche Vaterlandslieder. € 9,90. **Best.Nr. 3400.**

Soldaten, Helden, Vaterland. Nationallieder, Hymnen, Traditionsmärsche. Mit dem Deutschlandlied (3 Strophen). € 9,90. **Best.Nr. 3911.**

Das Lied der Deutschen. Eine musikalische Geschichte zu unserer Hymne, produziert von Frank Rennicke. € 15,80. **Best.Nr. 6384.**

Heino. Platin. Seine größten Erfolge. 2 CDs, € 10,95. **Best.Nr. 6489.**

Große Stimmen der 30er bis 50er Jahre. 10 CD-Box, € 12,90. **Best. Nr. 6473.**

Rosinenbomber-Hits. 4 CDs. Die schönsten Schlager und Melodien. Marika Röck, Vicco Torriani, Hans Albers, Heinz Rühmann, Zarah Leander uvm. € 12,90. **Best.Nr. 6477.**

Comedian Harmonists. Ihre großen Erfolge. Mein kleiner grüner Kaktus, Liebling, mein Herz lässt Dich grüßen, Veronika, der Lenz ist da u.v.a. 2 CDs, € 9,90. **Best.Nr. 6243.**

Hajo Herrmann (Hg.): **„Supersoldiers“.** Die Wehrmacht im Urteil ausländischer Experten. 160 S., € 14,90. **Best.Nr. 4590.**

Rulitz: **Die Tragödie von Bleiburg und Viktring.** Partisanengewalt in Kärnten am Beispiel der antikommunistischen Flüchtlinge im Mai 1945. 420 S., € 32,-. **Best.Nr. 6488.**

Werner H. Krause: **Verschmähte Waffenbrüder.** Die Tragödie der Ostvölker von 1941–45. 384 S. bebildert, € 29,80. **Best.Nr. 6426.**

Krause: **SS-Standarte „Kurt Eggers“.** Die Propaganda-Einheit der Waffen-SS im Zweiten Weltkrieg. 367 S., € 28,-. **Best.Nr. 6463.**



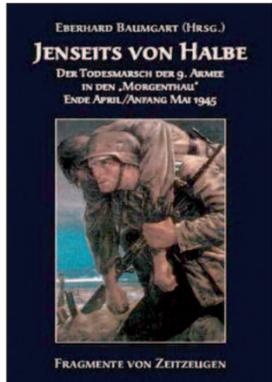
Geheimsache! Was nicht im Geschichtsbuch steht. Zeithistorische Details, die etablierte Historiker unter den Tisch fallen lassen. 240 S., Abb., € 19,90. **Best.Nr. 6376.**

Das letzte Geheimnis. Messerscharfe und detaillierte Analyse der Vorgeschichte zum 2. Weltkrieg. Dokumente, Fakten. 224 S., beb., € 19,90. **Best.Nr. 4909.**

Was wusste mein Opa? Eine passende Absage an Kollektivschuld-Prediger. 512 S., € 19,90. **Best.Nr. 4920.**

Julius Schaub: **In Hitlers Schatten.** Erinnerungen und Aufzeichnungen des Chefadjutanten 1925–1945. Hg. von Dr. Olaf Rose. 376 S., mit zahlr. Bildern und Dokumenten. € 29,80. **Best.Nr. 4535.**

Alfred de Zayas: **Völkermord als Staatsgeheimnis.** Eine überzeugende Widerlegung der These von einer deutschen Kollektivschuld. 204 S., € 26,90. **Best.Nr. 6451.**



Jenseits von Halbe. Der Todesmarsch der 9. Armee in den „Morgenthau“ Ende April/Anfang Mai 1945. 200 S., Bilder, Karten. € 24,80. **Best.Nr. 4208.**

Léon Degrelle: **Verschöpfung der Kriegstreiber 1914.** Das Attentat von Sarajewo. Hintermänner und Hintergründe. 400 S., 24 Bildseiten. € 28,00. **Best.Nr. 6265.**

Helden der Wehrmacht. Lebensbilder großer deutscher Soldaten. **Band 1:** Dietl, Dönitz, Guderian, Lüth, Marseille, Peiper, Rudel u. v. a. – **Best.Nr. 3979.** **Band 2:** Batz, Bräuer, Gille, Peltz, Steinhoff u. v. a. – **Best.Nr. 4665.** **Band 3:** Bühligen, Brill, Schirmer, Zorn u. v. a. Inkl. Sonderkapitel »Der Dank des Vaterlandes« mit leistungswerten Beiträgen von Oberst Herrmann und Dr. Frey. **Best.Nr. 4801.**

Jeweils 100 (Bd 3: 150) Lebensläufe, 224 S., je € 12,90. Paul: **Erfrorener Sieg.** Die Schlacht um Moskau 1941/42. 400 S., viele Karten. € 19,90. **Best.Nr. 6503.**

DVD



Alfred de Zayas: **Verbrechen an Deutschen.** Tabuthema der Political Correctness. 81 Min., € 9,95. **Best. Nr. 6465.**

Olympia 1936: Die olympischen Spiele in Berlin in faszinierenden privaten Filmaufnahmen. 126 Min., € 14,95. **Best.Nr. 6482.**

Der Arzt von Stalingrad. Deutsches Ärztedrama nach dem Bestseller-Roman von Heinz G. Konsalik. Mit O. E. Hasse, Mario Adorf, Siegfried Lowitz, Vera Tschschowa u.v.a. 105 Min., € 22,95. **Best.Nr. 4818.**

Alliierte Kriegsverbrechen. Vergessene Kriegsgräuelt im Zweiten Weltkrieg. Die erschütternde Dokumentation zeigt Grausamkeiten, die im Zweiten Weltkrieg von alliierter Seite begangen wurden. 90 Min., € 19,95. **Best.Nr. 4662.**

Geheimakte Heß. Geschichte und Hintergründe der gescheiterten deutsch-englischen Friedensverhandlungen. Hochbrisantes Material und authentische Aufnahmen. 70 Min., € 19,95. **Best.Nr. 4522.**

Beiderseits der Rollbahn. Dokumentarfilm vom Polenfeldzug 1939 bis zur Rückkehr der letzten Gefangenen 1955. 95 Min., € 14,95. **Best.Nr. 6413.**

Filmen unterm Hakenkreuz. Der lange Zeit verschollene Filmschatz des Ernst Grelle, der Ereignisse von 1938 bis Anfang 1943 festgehalten hatte, bis seine Kamera im eisigen russischen Winter versagte. 60 Min., € 14,95. **Best.Nr. 6496.**

„Seit 5.45 Uhr wird zurückgeschossen“. Dokumentation von Zeitzeugen, die die Entwicklung vor dem Krieg und verschiedene Feldzüge erlebt haben. 88 Min., € 14,95. **Best.Nr. 6457.**

Vondracek: **Töten auf Tschechisch.** Aufsehenerregende Dokumentation über Nachkriegsverbrechen an Sudeten-deutschen. 58 Min., € 19,95. **Best.Nr. 6474.**

Klartext. Eva Herman präsentiert: Was Massenmedien Ihnen verschweigen. 130 Min., € 19,95. **Best.Nr. 6507.**

Die verschwiegenen Kosten der Zuwanderung. Offenlegung der fehlgeschlagenen Einwanderungspolitik und ihrer Kosten. 104 Min., € 9,95. **Best.Nr. 6445.**

Berliner Filmschätze: Historische Aufnahmen aus der Hauptstadt. 66 Min., € 12,95. **Best. Nr. 6468.**



Mussolinis Befreiung vom Gran Sasso: Das spektakulärste Kommandounternehmen des Zweiten Weltkrieges- Originalaufnahmen und Interviews. 95 Min., € 12,95. **Best.Nr. 6471.**

BESTELLSCHEIN



Name, Vorname

Kundennummer (sofern bekannt)

E-Post (falls vorhanden)

Telefon-Nummer

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Hiermit bestelle ich:

Stk.	Titel	Preis	B.Nr.
	Deutscher Kalender 2012	€ 14,90	6470
	Dr. Gerhard Frey: Genießen Sie Meinungsfreiheit?!	€ 14,90	6450
	Geheimsache! / Was nicht im Geschichtsbuch steht	€ 19,90	6376

Ab einem Bestellwert von € 20,- liefern wir Ihnen Ihre Bestellung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland versandkostenfrei. Bis € 20,- betragen die Versandkosten € 3,-. Nach Österreich und ins Ausland berechnen wir nur die tatsächlich anfallenden Portokosten. Der Deutsche Buchdienst behält sich das Eigentum bis zur vollständigen Bezahlung vor. Ich bin damit einverstanden, dass Deutscher Buchdienst und DSZ-Verlag mich auch künftig über interessante Angebote informieren (wenn nicht gewünscht, bitte streichen).

Datum

Unterschrift

Bestellschein gleich einsenden an:

Deutscher Buchdienst • Pf 60 04 64 • 81204 München

Nutzen Sie auch unsere weiteren unkomplizierten Bestellmöglichkeiten

☎ 089/89608521 • Fax 089/8341534

info@deutscher-buchdienst.de • www.deutscher-buchdienst.de

Sprache – Wo die Seele Atem schöpft

Am 21. Februar ist Welttag der Muttersprache

Die Vereinten Nationen feierten im Jahr 2000 erstmals den 21. Februar zum „Internationalen Tag der Muttersprache“ aus. Die UNESCO, die Initiatorin des Gedenktages ist, teilt dazu mit: „Sprachliche und kulturelle Vielfalt repräsentieren universelle Werte, die Einheit und Zusammenhalt einer Gesellschaft stärken. Der Internationale Tag der Muttersprache erinnert an die Bedeutung des Kulturgutes Sprache. Er soll die Sprachenvielfalt und den Gebrauch der Muttersprache fördern und das Bewusstsein für sprachliche und kulturelle Traditionen stärken.“

Es gibt mehr als 6.000 Sprachen auf der Welt, die noch aktiv gesprochen werden. Davon aber, schreibt die UNESCO, sei die Hälfte vom Aussterben bedroht. „Alle zwei Wo-

sprachliche Landkarte Deutschlands stark verändert.

Nach Professor Bernhard Sowinski, Experte auf dem Gebiet der Dialektologie und Dialektliteratur, geht die Mundart der Schriftsprache voran, ist dabei örtlich gebunden, auf einen regionalen Personenkreis begrenzt und auf mündliche Realisierung bedacht. Nachbarmundarten, aber auch die Hochsprache nehmen auf die Dialekte Einfluss und entwickeln sie weiter.

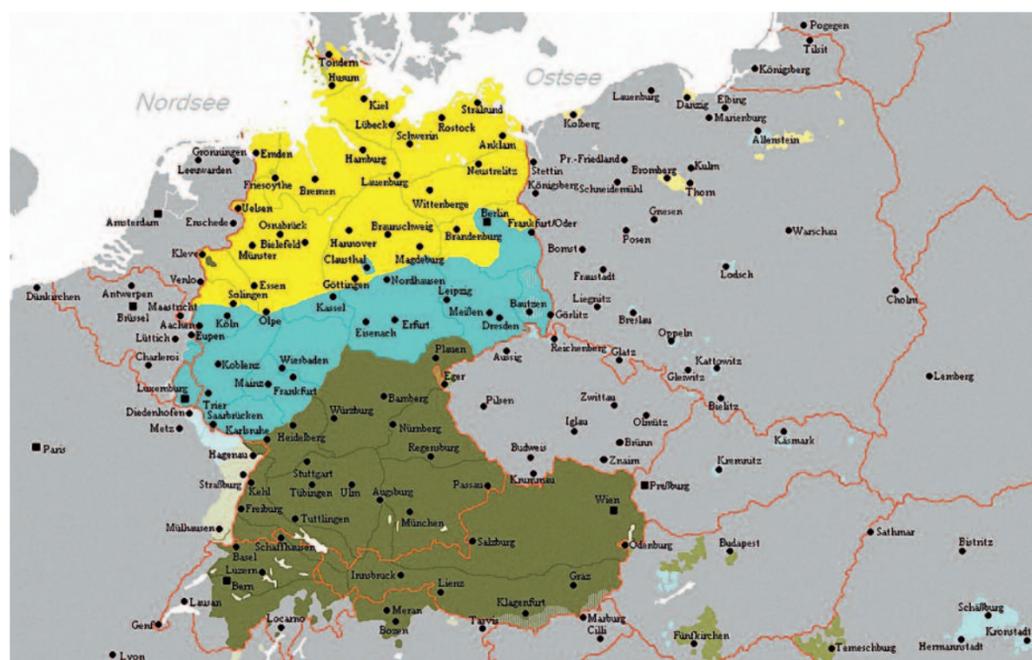
Die Herausbildung der deutschen Schriftsprache hing und hängt weitgehend von historischen Ereignissen ab. Wäre die deutsche Hanse nicht im 14. Jahrhundert untergegangen, hätte sich durch sie eine norddeutsch gefärbte Hochsprache durchsetzen können. So aber trat Luthers Bibelübersetzung (1522) mit

oder „p“, die anderswo durch die Lautverschiebung zu „s“, „f“ oder „pf“ wurden (vergleiche: englisch „pepper“, deutsch: „Pfeffer“), bleiben hier gleich.

Dialektgrenzen halten sich übrigens nicht an Staatsgrenzen. Der oberdeutsche Raum zum Beispiel, hier vor allem das Alemannische und Bairische, umfasst Baden-Württemberg und Bayern, reicht bis hinter Wien und ins Elsass. Weite Teile der Schweiz gehören dazu und auch Südtirol.

Wert und Ehre der deutschen Sprache

Die deutsche Hochsprache ist seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts reglementiert und standardisiert. Die Bestimmungen des „Duden“ wurden



Deutsche Dialektgrenzen: Die Karte zeigt die heutige Verbreitung des Niederdeutschen (blau), Mitteldeutschen (grün), und Oberdeutschen (gelb) und verdeutlicht, dass Mundarten über Staatsgrenzen hinweg zusammenhängen. In deutschen Sprachinseln und Sprachlandschaften (zum Beispiel Siebenbürgen) konnten sich ältere Formen der Dialekte halten. Das macht sie für Sprachwissenschaftler besonders interessant.

chen geht eine Sprache verloren.“ Dabei sind aber bei weitem nicht nur Sprachen betroffen, die noch von kleinen Stämmen in Südamerika genutzt werden. In Frankreich bereitet etwa das Bretonische Anlass zur Sorge, in Spanien das Katalanische.

Die deutsche Sprache kämpft währenddessen gegen das „Dialektsterben“. Am stärksten gefährdet, so die UNESCO, seien Nord- und Saterfriesisch. Nordfriesisch wird von noch rund 10.000 Menschen beherrscht, Saterfriesisch ist eine Form des Ostfriesischen und wird von nur noch 2.000 Menschen gesprochen und verstanden. Aber auch Dialekte mit einem größeren Verbreitungsraum wie das Bairische und das Alemannische zählt die UNESCO zu den 13 in Deutschland bedrohten Regional- und Minderheitensprachen, daneben Ostränkisch, Rheinfränkisch, Moselfränkisch, Niedersächsisch, Limburgisch-Ripuarisch. Als gefährdete Minderheitensprachen listet die UNESCO außerdem das Sorbische, das Jiddische und neben dem Jütländischen auch „Romani“ auf.

Hochsprache und Mundarten

Freizügigkeit, geforderte Flexibilität im Beruf, verbesserte Fortbewegungsmöglichkeiten und nicht zu vergessen die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland haben im vergangenen Jahrhundert die

mitteldeutschen Charakteristika in diese Lücke. Doch schon vorher gab es Tendenzen, die deutsche Sprache zu literarisieren und zu vereinheitlichen. In den Urkunden Kaiser Karls IV. etwa, in Johann von Tepl frühneuhochochdeutschem Text „Der Ackermann aus Böhmen“ und zeitgleich in den Werken der deutschen Mystiker finden wir solche Ansätze.

Ab den 20er Jahren des 16. Jahrhunderts hält Paracelsus in Basel seine Vorlesungen auf Deutsch, 1525 schreibt auch Albrecht Dürer sein geometrisches Fachbuch „Unterweisung der Messung“ in der Muttersprache. Sein Zeitgenosse Ulrich von Hutten wandte sich ebenfalls vom Lateinischen ab und „schreit“ 1521 „an das Vaterland, teutsch Nation, in ihrer sprach“. Die deutsche Hochsprache war in folgenden Zeiten der staatlichen Zerrissenheit und Instabilität immer ein einigendes Band. Die Grundlagen für dieses Bewusstsein reichen bis ins 6. Jahrhundert zurück, als durch die Zweite Lautverschiebung eine deutsche Sprache sichtbar, besser gesagt hörbar, wurde und aus dem germanischen Wort „theudo“, was Volk bedeutet, „diutisc“, also deutsch, wurde.

Auch für die Mundarten war die Lautverschiebung von Bedeutung. Die Wissenschaft unterscheidet zwischen totaler und fast totaler Lautverschiebung, zwischen partieller und fehlender Lautverschiebung. Am Beispiel des Plattdeutschen ist das deutlich zu sehen. Laute wie „t“

auch von der Schweiz und Österreich übernommen, so dass eine mit wenigen Ausnahmen einheitliche Schriftsprache im ganzen deutschsprachigen Bereich in Mitteleuropa herrscht. Daneben behaupten sich auch die Dialekte als kulturelles Erbe, dessen Verlust nicht nur für die regionale Identität mehr als schmerzhaft wäre. Deswegen gilt es, auch sie vor verderblichen Entwicklungen, wie sie auch die Hochsprache zu bewältigen hat, zu schützen.

Vor 85 Jahren veröffentlichte Hugo von Hofmannsthal seinen Aufsatz „Wert und Ehre der deutschen Sprache“. Darin schreibt er über die Wechselbeziehung zwischen Hochsprache und Mundarten: „Wir haben eine sehr hohe dichterische Sprache und sehr liebliche und ausdrucksstarke Volksdialekte, von denen die Sprache des Umgangs in allen deutschen Landschaften verschiedentlich angefärbt ist ... Wo aber ist dann die Nation zu finden? Einzig in den hohen Sprachdenkmälern und in den Volksdialekten. Die einen und die anderen stehen in Wechselbeziehung. In den Dialekten deutet der Naturlaut schattenhaft auf hohe Sprachgeburten, in den hohen Denkmälern blickt das Naturhafte hindurch – in beiden zusammen ist die Nation.“

Und Goethe wird das Zitat zugeschrieben: „Jede Region liebt ihren Dialekt, sei er doch eigentlich das Element, in welchem diese Seele ihren Atem schöpft.“ **Amelie Winther**

800 Jahre Thomanerchor

Neuer Kinofilm zum Jubiläum

Der weltweit berühmte Leipziger Thomanerchor feiert als ältester Knabenchor der Welt im März dieses Jahres seinen 800. Geburtstag. Nicht nur die lange Zeitspanne, sondern fast mehr noch der Umstand beeindruckt, dass der Chor über die Jahrhunderte hindurch alle politischen Systeme in ungebrochener Tradition überdauert hat. Gegründet wurde der Chor, zusammen mit der Thomasschule, auf Initiative des Markgrafen Dietrich des Bedrängten von Meißen im Jahr 1212 unter Kaiser Otto IV. Damals gehörte der Chor zum Augustiner-Chorherrenstift des Klosters St. Thomas in Leipzig.

Die große Zeit unter Johann Sebastian Bach

Seine Berühmtheit verdankt der Thomanerchor nicht zuletzt der Leitung durch viele bekannte Musikerspersönlichkeiten und Komponisten, wobei besonders Johann Sebastian Bach hervorsteht. In dessen Zeit gehörten dem Chor rund 55 Schüler an, die auf vier Chöre verteilt waren und zusammen mit den Stadtpfeifern und einigen Kunstgeigern die Kirchenmusik in der Nikolaikirche, Thomaskirche, Neuen Kirche sowie der Petri- und Johanniskirche auführten. Neben den Gesangspartien wirkten die Schüler auch als Streicher mit. An den Wochentagen sangen die Schüler bei den Frühgottesdiensten in der Thomas- und Nikolaikirche.

Heute besteht der Chor aus etwa 100 Jungen im Alter von neun bis 18 Jahren. Die Thomaner, wie sie genannt werden, wohnen im Internat, dem Thomasschule, und werden in der Thomasschule unterrichtet, einem Gymnasium mit vertiefter musischer Ausbildung. Die Jungen sind nicht in Klassen, sondern in sogenannten Stuben gemischt untergebracht. Dort lebt ein Älterer mit mehreren Jüngeren zusammen. Angestrebt wird ein erzieherisches Vertrauensverhältnis zu dem Älteren. Die Stuben werden jährlich neu gemischt, um die altersmäßige Struktur zu erhalten. Ein Schlafraum bietet Plätze für vier bis zehn Jungen. Das Internat verfügt über eine Turnhalle, einen Probensaal und einen Speisesaal. Es gibt eine Nähstube für die Konzertanzüge, ein Archiv, ein Modell-eisenbahnzimmer, einen Fitnessraum, ein Zimmer für die Schülerzeitung „Kastenjournal“, eine Sauna, eine Bibliothek mit Computerstationen und eine Krankenstube.

Jetzt avancieren die Thomaner sogar zu Kinostars. Am 16. Februar startete bundesweit die Neuproduktion „Die Thomaner“. Der Film begleitet die Thomaner und den Thomaskantor während einer Umbruchphase, in der große Veränderungen anstehen: Das Alumnat,

der Lebens- und Arbeitsmittelpunkt des Chores, wird umgebaut und seine Bewohner müssen währenddessen in ein Provisorium umziehen. Zugleich wird eine neue Generation junger Thomaner aufgenommen und der Chor muss sich wie in jedem Jahr neu finden und formieren.

Wie die Filmemacher mitteilen, versuchen sie das Geheimnis der Faszination zu ergründen, die von dem Knabenchor ausgeht. Der Streifen nehme die Chronologie des Thomaner-Jahres auf, begleite seine Protagonisten bei einer großen Konzertreise durch Südamerika, wo sie frenetisch gefeiert wurden, lasse das Publikum teilhaben am oft anstrengenden Proben- und Schulalltag der Jungen und ihrer knapp bemessenen Freizeit.

Stolz und Begeisterung

In sensiblen Porträts, so wird weiter ausgeführt, folgt der Film den Jungen bei den Auftritten in Südamerika. Man sieht die Thomaner ferner in besonders intensiven Probenzeiten, wenn sie sich auf die kirchlichen Hochfeste wie Weihnachten und Ostern vorbereiten. Kurz vor der Aufführung der Johannespassion in der Thomaskirche zu Ostern ist die Erschöpfung der Jungen nicht zu übersehen. Aber auch Stolz und Begeisterung kann man in den Gesichtern lesen, wenn die Jungen in Kirchen oder internationalen Opernhäusern unter den wachsamem Augen und Ohren ihres Kantors Georg Christoph Biller Messen und Kantaten singen oder sich auf dem Fußballfeld gegen die Mannschaft des Dresdner Kreuzchores schlagen.

Mit Fug und Recht kann man sagen, dass die Thomaner Bewunderer in aller Welt haben. Sie werden auf Tourneen in Europa, Amerika, Asien und Australien gefeiert wie Rockstars. Diesen Erfolg müssen sich die Jungen schwer erarbeiten, denn ihr Leben wird auch heute noch von einem anstrengenden Proben- und Schulalltag bestimmt, ist geprägt von den Regeln des Internats und dem Gedanken, dass vor allem die Gemeinschaft zählt. Der Film vermittelt einen beeindruckenden Blick hinter die Kulissen dieses Ausnahmehores und zeigt dabei nicht nur die Genialität der Bachschen Musik auf, sondern offenbart auch die positiven Auswirkungen der musikalischen Erziehung auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.

Der Film ist sehr empfehlenswert. Der Zuschauer taucht ein in eine einzigartige Welt zwischen Motette, Internat und Fußballplatz, in ein Leben, das geprägt ist von Erfolg und Leistungsdruck, Zweifel und Stolz, Heimweh und echter Freundschaft.



Weltweit unterwegs: Auftritt des Thomanerchors im „Teatro Colon“, Buenos Aires (eine Szene aus dem neuen Kinofilm).

Ein Mythos bleibt ein Mythos

Erwin Rommel – der Wüstenfuchs

Erwin Rommel auf den Brettern, die die Welt bedeuten: In Ulm erlebte das Theaterstück „Rommel – Ein deutscher General“ am 26. Januar seine Weltaufführung. Die Kritiken überschlugen sich nicht vor Begeisterung. Der Rezensent des Deutschlandradios bemängelte vor allem: „Das Stück wirkt am Ende wie ein Heldengedenken, das gewiss nicht gemeint sein kann.“ Ein Schauspiel über einen General der Wehrmacht aber darf nicht wie eine Verklärung wirken, und sicherlich haben Dramaturg Michael Sommer und Regisseur Stephan Suschke ihr Stück so nicht gemeint. Die „Augsburger Allgemeine“ beobachtet die Schlusszene, „die Gedenkfeier 1964, bei der Rommel zum leuchtenden Vorbild für die Bundeswehr und aller Deutschen verklärt wurde“, besser und nennt sie „fast zynisch“. Die „Südwestpresse“ kommentiert zusammenfassend: „Erwin Rommel ist nicht zu fassen – und bleibt ein Mythos.“ Und ein Mythos lässt sich auch mit allen Mitteln des modernen Theaters nicht dekonstruieren.

Bewunderer aus aller Welt

In Ulm ist der Stoff um den „Wüstenfuchs“ ohnehin greifbarer als ein Mythos, nämlich als Stück Regionalgeschichte. Man kennt Rommel, ist in der Nachkriegsgeneration sozusagen in seinem Schatten aufgewachsen. Sein 1928 geborener Sohn Manfred war mehr als zwanzig Jahre CDU-Oberbürgermeister in der Landeshauptstadt Stuttgart. In Heidenheim, knapp eine Autostunde nördlich der Münsterstadt Ulm, kam Erwin Rommel 1891 zur Welt, acht Kilometer westlich von Ulm, in Herrlingen, lebte er zuletzt. Hier biss er auch im Oktober 1944 auf die Giftkapsel. Auf dem Dorffriedhof fand er seine letzte Ruhe. Das örtli-



Erwin Rommel, im Dezember 1943. Im Ersten Weltkrieg wurde er mit dem Pour le Mérite ausgezeichnet, 1941 erhielt er das Eichenlaub, 1942 die Schwerter, 1943 die Brillanten zum Ritterkreuz. Der britische Historiker Sir David Fraser nannte in seiner Rommel-Biographie den Generalfeldmarschall „politisch naiv“. Rechts zu sehen ist der Schauspieler Gunther Nickles, der gegenwärtig am Ulmer Theater Erwin Rommel verkörpert.

che Rommel-Museum ist nach vorheriger Vereinbarung zu besichtigen. Im ausliegenden Gästebuch finden sich Einträge von Besuchern aus aller Welt: „Tapferer, anständiger Mann“, zitiert die „Süddeutsche Zeitung“ einen Bewunderer aus den USA. Vielleicht hat er den Hollywood-Film von 1951 gesehen, der den „Wüstenfuchs“ in Amerika zu einer Legende machte.

Georg Elser und Erwin Rommel

Rommel Pacheco, ein Namensvetter des mexikanischen Weltklassesportlers Rommel Pacheco, ist Student an der Nationalen Autonomen Universität von Mexiko. Rommel ist ein verbreiteter männlicher Vorname in Lateinamerika. Ja, bestätigt Pacheco auf Anfrage der National-Zeitung, er sei nach dem deutschen Generalfeldmarschall benannt. Was



er denn von seinem Namenspatron halte? „Ich denke, er war ein großer Marschall und ein ausgezeichnete Strategie“, antwortet der junge Mann.

Die Welt ist immer noch voll Bewunderung für den Soldaten Rommel. Doch gerade in seiner Heimat sieht nicht jeder diese Verehrung gerne. Manfred Maier zum Beispiel aus Heidenheim gehört dem Georg-Elser-Arbeitskreis an und bezeichnet sich als „Radikaldemokrat“. Als solcher sorgte er dafür, dass der Hitler-Attentäter Elser, bei dessen Anschlag im Münchner Bürgerbräukeller acht Unschuldige getötet worden waren, im schwäbischen Königsbrunn ein Denkmal bekommt. „Wie erinnert die Gesellschaft einen Mann, der Hitler schon 1939 töten wollte? Und wie erinnert sie einen, der bis 1944 für Hitler getötet hat?“, fragt der pensionierte Berufsberater, der offensichtlich eine Schwäche für

anglisierte Grammatik hat.

In Heidenheim jedenfalls erinnert seit 1961 ein Denkmal an den bekanntesten Sohn der Stadt. In der Nähe des Waldfriedhofs steht ein schlichter Kalksteinquader für Generalfeldmarschall Erwin Rommel und alle „in Nordafrika Gefallenen“. Auf der Rückseite des Denkmals heißt es über Rommel: „Aufrecht, ritterlich, tapfer bis zu seinem Tod als Opfer der Gewaltherrschaft.“ Das wollte Manfred Maier nicht gelten lassen. Schließlich mische er sich ja ein, wo es nötig sei. Er gehörte also zu denjenigen, die am 13. November 2011 unter dem Namen „Geschichtswerkstatt“ den Stein verhüllten. Die Parole auf der Plane: „Kein Denkmal mehr für den Nazigeneral!“ Da half es auch nicht, dass schon am 17. Oktober durch die Stadt eine Ergänzungstafel angebracht worden war, die sich mit einer Friedensmahnung 50 Jahre nach der Einweihung des Denkmals an eine Generation wendet, „die in einem einigen und friedlichen Europa ihre Heimat gefunden hat“.

Bernhard Ilg ist Oberbürgermeister von Heidenheim. Er will sich nicht an dem Denkmal stoßen. „Eine Zeit und ihre Menschen haben sich entschlossen, diesem Mann ein Denkmal zu setzen“, sagt er. Es jetzt zu entfernen, stehe ihm einfach nicht zu. Außerdem: „Ich halte es für schwierig, die Vergangenheit mit den Maßstäben der Gegenwart zu messen.“

Übrigens trägt die – an der Anzahl der stationierten Soldaten gemessen – größte Kaserne der Bundeswehr seit dem 20. Juli 1961 den Namen „Generalfeldmarschall-Erwin-Rommel-Kaserne“.

„Meinungsfreiheit geht über alles“

Die überparteiliche Zeitung „Die Umwelt“ aus Wien schreibt in ihrer aktuellen Ausgabe über die DSZ-Neuerscheinung „Genießen Sie Meinungsfreiheit?“. „Wer dieses Buch liest, der kommt auch nicht an der regelmäßigen Lektüre der National-Zeitung

vorbei, des Blattes, dem Meinungsfreiheit über alles geht!“

Positiv hervor hebt die Rezension das Gespräch, das National-Zeitungs-Herausgeber Dr. Gerhard Frey vor 50 Jahren mit Österreichs Bundeskanzler Alfons Gorbach von der ÖVP führte. Hier äußerte der Politi-

ker den Wunsch, „dass nun manche Irrungen und Wirrungen der Nachkriegszeit, manche Missverständnisse zwischen unseren beiden Staaten endgültig der Vergangenheit angehören und dass das naturgemäße herzliche Verhältnis Platz greift“.

Zur Meinungsfreiheit gehört auch, dass jemand mit gegenteiliger Ansicht zu Wort kommt. Bemerkenswert und aufschlussreich finden die Rezensenten der „Umwelt“ daher das Gespräch mit Sefton Delmer. „Er gab dabei zu, dass er mit seinen Propagandasendungen im Krieg die Deutschen verwirren wollte. Dabei waren ihm alle Mittel recht, auch mit der totalen Unwahrheit“. Er machte ferner als Brite 1971 aus seinem Herzen keine Mördergrube, wenn er auf Freys Frage, ob er es für besser hielte, wenn Deutschland geteilt sei, sagte: „Ich glaube, dass das Geteilte gar nicht so schlecht ist.“

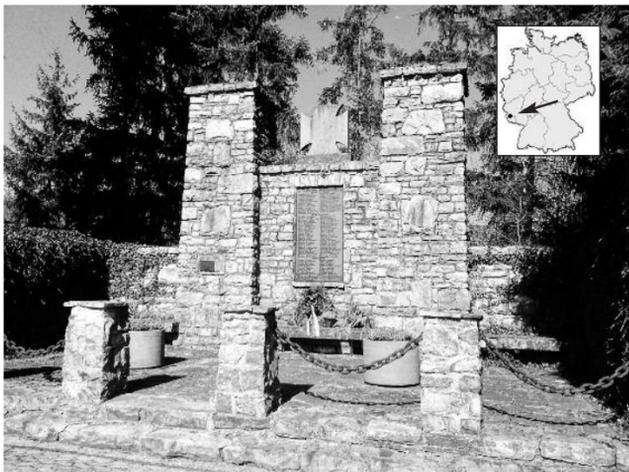
Weiter heißt es in der Buchbesprechung der „Umwelt“ über die spannende Lektüre: „Kein Wunder, dass 1966 eine Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) über Freys Wochenblatt anerkennend schrieb: ‚Die Zeitung ist interessant, sie bringt Interviews und viele Informationen.‘“ Aus österreichischer Sicht sei es, so „Die Umwelt“, besonders lobenswert, „dass es immer ein besonderes Anliegen Dr. Freys war, das gesamtdeutsche Element wach zu halten.“

Buch-Tipp:
Genießen Sie Meinungsfreiheit?! Begegnungen aus sechs Jahrzehnten National-Zeitung

Unsere unsterblichen Gefallenen

Stätten der Erinnerung an unsere Toten

Ehrenmal in Otzenhausen (Saarland)



Denkmal zu Ehren unserer Toten, errichtet im Jahre 1927. Die Gedenktafel erinnert an Gefallene in beiden Weltkriegen.

Wer schöne Aufnahmen von Ehrenmalen hat, wird gebeten, Abzüge für eine Veröffentlichung und anschließende Verwahrung in unserem Archiv einzusenden. Für begleitende Informationen (Entstehungszeitpunkt, Künstler etc.) sind wir dankbar. Bitte senden Sie entsprechende Bilder an:
National-Zeitung • Redaktion • Sven Eggers
Postfach 60 04 64 in 81204 München oder per E-Mail: info@dsz-verlag.de



Deutscher Kalender 2012

Deutsche Gedenktage
Wirken und Werden unseres Volkes

17.2.1922
VW „Käfer“ bricht mit über 15 Millionen produzierten Stück den Rekord des Ford „Tin Lizzy“ und ist von nun an das erfolgreichste Auto der Welt

18.2.1902
Start der U-Bahn in Berlin (Stralauer Tor-Potsdamer Platz)

19.2.1907
Gründung der Akademischen Freischar in Göttingen, studentischer Zweig der Wandervogel-Bewegung

20.2.1962
Dank deutscher Wissenschaftler (Wernher von Braun usw.) gelingt der Nasa die erste bemannte amerikanische Erdumkreisung

21.2.1902
Polarforscher Erich von Drygalski erreicht an Bord der „Gauß“ antarktisches Festland („Kaiser Wilhelm II.-Land“)

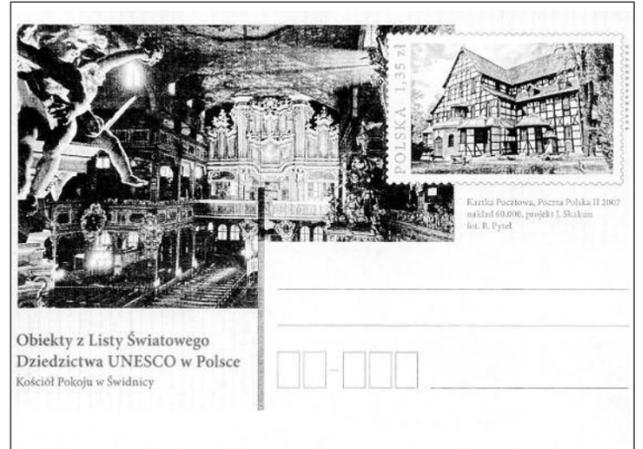
22.2.1902
Friedrich Wilhelm (Fritz) Strassmann *, genialer Chemiker (1938 mit Otto Hahn in Berlin weltweit erste Kernspaltung)

23.2.1932
ZK der KPD beschließt Deklaration „Gegen die Tributsklaverei des deutschen Volkes, gegen Versailles!“

Aus »Deutscher Kalender 2012«
Deutscher Buchdienst • ☎ 089 / 89 60 85 21

Briefmarke
der Woche

Friedenskirchen in Schweidnitz und Jauer



Objekte z. L. S. W. UNESCO
Dziedzictwa UNESCO w Polsce
Kościół Pokoju w Świdnicy

Mit dem berühmten Prager Fenstersturz begann 1618 ein Krieg, der dreißig Jahre andauern und an den Verhandlungstischen in den Rathäusern zu Münster und Osnabrück schließlich ein Ende finden sollte. Im Westfälischen Frieden wurde den wenigen in Schlesien noch lebenden Protestanten der Bau eigener Kirchen zugestanden, und zwar in Glogau, Schweidnitz und Jauer. Die „Friedenskirchen“ genannten Häuser durften nur außerhalb der Stadtgrenzen und auch nur in Fachwerkbauweise errichtet werden. Der Bau von Türmen sowie Glocken waren verboten. Erhalten geblieben sind die Friedenskirchen in Jauer und Schweidnitz, die 2001 zum Weltkulturerbe der UNESCO erklärt wurden.

Beide wurden zwischen 1654 und 1657 vom Breslauer Festungsbaumeister Albrecht von Saebisch errichtet. Von außen sehen die Friedenskirchen unscheinbar und bescheiden aus. Die barocke Innenausstattung ist dagegen prachtvoll. Beide Kirchen wurden 1991 umfassend restauriert. Große Teile der Holzkonstruktionen mussten erneuert werden. Die finanziellen Mittel wurden von der Evangelischen Kirche Deutschlands und der deutschen Stiftung Umwelt aufgebracht. Gottesdienste, auch in deutscher Sprache, finden wieder statt.

Eine Sonderpostkarte der polnischen Post zeigt eine Außen- sowie eine Innenansicht der Friedenskirche zu Schweidnitz in Niederschlesien.

Ja zur National-Zeitung ... und zwar Woche für Woche

- Normal-Abo BRD**
12 Monate die *National-Zeitung* ins Haus.
Monatliche Abogebühr: € 9,50
(Wenn Sie nicht verlängern wollen: Postkarte genügt!)
- Abonnement Österreich**
Normalversand (monatlich € 9,50) • Luftpost (monatlich € 12,50)
- Abonnement Europa**
Normalversand (monatlich € 10,75) • Luftpost (monatlich € 12,50)
- Abonnement Welt**
Luftpost (monatlich € 13,25)
- Sozial-Abo BRD**
Aus sozialen Gründen abonniere ich die *National-Zeitung* zum monatlichen Sonderpreis von € 7,-.
- Probe-Abo**
8 Ausgaben der *National-Zeitung* zum Sonderpreis von € 8,90
(Wenn Sie nicht verlängern wollen: Postkarte genügt!)
- Patenschafts-Abo / Geschenk-Abo**
Ich übernehme hiermit (Stückzahl) Patenschafts-Abos für sozial schwache Deutsche. Ich überlasse die Wahl des Beschenkten dem DSZ-Verlag. – Wer Abos an bestimmte Personen verschenken möchte, teilt den oder die Namen der Beschenkten bitte mit. Die Abogebühr richtet sich nach dem Wohnsitz des Empfängers.

Versand: als Postvertriebsstück (Normalversand)
 im neutralen zugestempelten Umschlag
 für mich oder als Patenschafts-Abonnement für ein Jahr

Auf Wunsch auch kürzere Laufzeiten mit Befristung möglich! Rechnungsstellung jährlich, halbjährlich oder vierteljährlich. Unsere Abo-Abteilung berät Sie gerne!

Lieferanschrift:

Name, Vorname

Straße, Haus-Nr.

PLZ, Ort

oder: Ich überlasse die Wahl des Beschenkten dem DSZ-Verlag

Rechnungsanschrift:

Name, Vorname Geburtsdatum

E-Mail (falls vorhanden) Tel.-Nr. (Bitte angeben!)

Straße, Haus-Nr.

PLZ, Ort

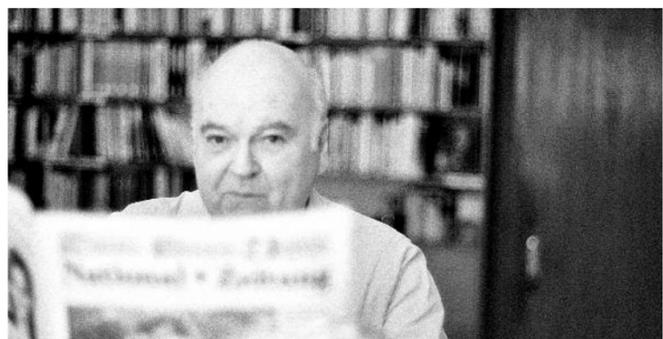
Ich bin damit einverstanden, dass DSZ-Verlag und Deutscher Buchdienst mich auch künftig über interessante Angebote informieren (wenn nicht gewünscht, bitte streichen).

Datum Unterschrift

Es wird garantiert, dass Sie die Abo-Bestellung binnen 14 Tagen schriftlich widerrufen können: Es genügt die Absendung des Widerrufs an: DSZ-Verlag, 81238 München.

Datum 2. Unterschrift

Unser Dankeschön: Alle Besteller, die mit diesem Bestellschein abonnieren, erhalten das Buch »Wem dient Merkel wirklich?« kostenfrei!
Bitte einsenden an: DSZ-Verlag • 81238 München
Fax: 089-8341534 • Tel.: 089-89608569 • abo@nationalzeitung.de



Dr. Gerhard Frey, Herausgeber

Wenn Sie den DSZ-Verlag fördern und den Bestand der *National-Zeitung* sichern möchten, gibt es verschiedene Möglichkeiten. Bitte kreuzen Sie das Gewünschte an:

- Ich möchte spenden.**
Teilen Sie mir Ihre Kontoverbindung mit.
- Ich möchte mich am Verlag beteiligen.**
Informieren Sie mich über Einzelheiten.
- Ich könnte mir vorstellen, den DSZ-Verlag in meinem Testament zu bedenken.**
Informieren Sie mich über Einzelheiten.

Name, Vorname Tel.-Nr.

Straße, Haus-Nr.

PLZ, Ort E-Mail (falls vorhanden)

DER ETWAS ANDERE WOCHENRÜCKBLICK

Verschwiegene Sorgen

„Im Stich gelassen“

Schulklassen mit hohem Ausländeranteil sorgen vor allem in Großstadt-Brennpunkten für erhebliche Probleme, die aber von Massenmedien nicht oder nur selten transportiert werden. Lehrer der Hermann-Schulz-Grundschule in Berlin-Reinickendorf haben jetzt in einem Brief an SPD-Bildungssenatorin Scheeres gegen die Zuweisung von immer mehr Kindern aus dem südosteuropäischen Raum protestiert. Allein in den vergangenen Monaten seien der Schule 16 Kinder zugeteilt worden, die „über keinerlei Deutschkenntnisse verfügen“. Man werde von den politisch Verantwortlichen im Stich gelassen. „Auch der begabteste Pädagoge kann unter dieser Voraussetzung keinen für alle Kinder zufriedenstellenden Unterricht durchführen“, heißt es in dem Schreiben. Einheimische würden quasi automatisch benachteiligt. Schon jetzt könne jedes fünfte Erstklässler-Kind kein Deutsch. Aus dem Schreiben, das von allen Lehrern der Schule mitgetragen wird: „Die Bildung einer Klassengemeinschaft wird durch die mangelnden Sprachkenntnisse zudem ungemein erschwert, und die Kinder aus Bulgarien, Rumänien, Griechenland und woher auch immer, sondern sich ab und bilden eigene Gemeinschaften.“ Die Lehrer der Schule fordern nun wenigstens Kleinklassen und mehr Lehrkräfte, damit die Roma-Kinder zunächst Deutsch lernen könnten. Die Lehrer beklagen zudem, dass die Eltern der Roma-Kinder auch wegen mangelnder Sprachkenntnisse nicht erreichbar seien bzw. aggressiv reagierten.

Linke Gewalt nimmt zu

Gemäß vorläufigen Zahlen zur „politisch motivierten Gewalt“ in der Bundesrepublik Deutschland hat die Zahl linksextremistischer Gewalttaten im Vorjahr um mehr als 26 Prozent zugenommen. Und es gab wesentlich mehr Opfer. Bei 1.160 entsprechenden Taten wurden 783 Personen verletzt; ein Anstieg von 43,1 Prozent. Stephan Meyer, innenpolitischer Sprecher der CDU im Bundestag, dazu: „Die rasante Zunahme linksextremistischer Gewalttaten um mehr als ein Viertel im vergangenen Jahr ist erschütternd. Ein Ende dieser schrecklichen Entwicklung ist immer noch nicht abzusehen.“ Er fordert eine stärkere strafrechtliche Verfolgung möglicher Hintermänner und Organisatoren von Anschlägen.

40 Prozent mehr Verletzte

Unter Berufung auf „Sicherheitskreise“ berichtet die „Bild“ von einem 30-Prozent-Anstieg bei politisch motivierter Ausländerkriminalität im Jahre 2011. Das Springer-Blatt: „Auch die Zahl der Verletzten infolge politisch motivierter Ausländerkriminalität ist im vergangenen Jahr deutlich gestiegen. Insgesamt wurden 119 Personen verletzt, das sind 40 Prozent mehr als noch im Jahr zuvor.“

Gute Geschäfte

Die Geschäfte der deutschen Export-Wirtschaft sind im vergangenen Jahr gut gelaufen. 2011 führten Deutschlands Unternehmen Waren im Gesamtwert von 1060,1 Milliarden Euro aus, wie das Statistische Bundesamt mitteilt. Dies seien 11,4 Prozent mehr als im Vorjahr gewesen. Der Wert der Einfuhren im vergangenen Jahr belief sich auf 902



Schule als Problem: In Berlin haben Lehrer jetzt Alarm geschlagen. Immer mehr ausländischen Schülern fehle es an grundsätzlichen Deutschkenntnissen. Dass dies einheimische Kinder benachteiligt, liegt auf der Hand, wird aber von politisch Verantwortlichen ignoriert.

Milliarden Euro und überschritt damit die bisherige Höchstmarke aus dem Jahr 2008.

Pleiten-Gefahr

Allein im Jahre 2011 sind in der Bundesrepublik Deutschland 30.200 Firmen in die Pleite gerutscht. Für 2012 wird mit 32.000 Firmenpleiten gerechnet. Das geht aus Angaben der Wirtschaftsauskunftei Creditreform hervor. Dass die Lage in der BRD im Vergleich zu Ländern wie Spanien, Portugal oder Griechenland noch relativ harmlos ist, kann kein wirklicher Trost sein.

Flughafen-Probelauf

Große Generalprobe auf dem neuen Berliner Flughafen. 10.000 Komparsen und Hunderte Angestellte übten vergangene Woche den Ernstfall – nämlich die Eröffnung am 3. Juni. Die Organisatoren waren anschließend sehr zufrieden. Der große Tag kann kommen. 22 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer und zehn Jahre nach dem Baubeginn wird der „Flughafen Berlin-Brandenburg Willy Brandt“ Drehkreuz der Hauptstadt und Europas. Erwartet werden 14 Millionen Passagiere noch in diesem Jahr.

„Wahlrend“

Neue „Forsa“-Meinungsumfrage: Danach legen CDU/CSU auf 38 Prozent zu, die FDP verharrt bei drei Prozent. Die SPD liegt weiter bei 27, Grüne sinken um zwei Punkte auf 13 Prozent. Für die Linke wurden acht, für die Piraten sieben Prozent gemessen.

Tote nach Raketenschlag

Bei einem Angriff einer US-Drohne in Nordwestpakistan sind vergangene Woche acht Menschen ums Leben gekommen. Nach pakistani-

schen Angaben erfolgte der Raketenschlag gegen ein Gebäude im Stammesgebiet Nord-Waziristan nahe der Grenze zu Afghanistan.

Sven Eggers

Auf Gedeih und Verderb

Der Fraktionschef der Grünen, Trittin, versichert, dass Deutschland im Falle eines israelischen Angriffs auf den Iran weiter an Israels Seite stehen werde. Trittin rechnet mit einem Militärschlag gegen den Iran. Der echte Friedensfreund der wahren Friedensbewegung der Grünen steht dann natürlich an der Seite des Aggressors.

Ist das wirklich Euro-Rettung?

Große Zweifel bedrücken die FAZ über den Sinn der Euro-Rettung:

„Des Rätsels Lösung, wie der Süden weiter locker auf Pump leben kann, obwohl der Kapitalmarkt höhere Zinsen verlangt, findet sich in Frankfurt. Dort sorgt die EZB mit Geldspritzen, Anleihekäufen und vor allem mit dem für die Abwicklung von Zahlungen zwischen den Euro-Notenbanken gedachten Target-System dafür, dass die Leistungsbilanzdefizite in Krisenländern hoch bleiben und Anpassungen aufgeschoben werden können. Das ganze funktioniert so ähnlich wie ein unbegrenzter Überziehungskredit. Fast zum Nulltarif zieht der Süden das Geld für Rechnungen aus dem geldpolitischen Verbund, im Norden steigen im Gegenzug lediglich die Forderungen zum Beispiel der Bundesbank gegenüber der Bank von Griechenland. So drückt der Süden einfach das Geld, das er zum Bezahlen der Rechnungen braucht. Heimlich, still und leise haben sich so Kreditsalden von fast einer halben Billion Euro aufgetürmt. Niemand weiß, wie lange das gut geht.“